

China

Thomas Heberer

Chinas zivilgesellschaftliche Entwicklung

Tobias ten Brink

Chinas neuer Kapitalismus: Wachstum ohne Ende?

Anja-Désirée Senz

Nationale Minderheiten zwischen Anpassung und Autonomie

Gerhard Paul

Geschichte des Mao-Porträts und seiner globalen Rezeption

Marcus Hernig

Zur Aktualität chinesischer Mythen

Heinrich Kreft

Chinas Aufstieg – eine Herausforderung für den „Westen“

Jin Ling

Chinesisch-europäische Zusammenarbeit in Afrika?

Editorial

Es könnte auch „Incredible China“ heißen: China hat 2009 den langjährigen Exportweltmeister Deutschland auf den zweiten Platz verwiesen und Japan als zweitgrößte Volkswirtschaft überholt. In diesem Jahr kann es mit einem Wirtschaftswachstum von etwa zehn Prozent rechnen. Eine immer stärkere Professionalisierung in Wirtschaft, Politik, Verwaltung und Forschung trägt dazu bei, die „enormen Potenziale“ des riesigen Landes besser zu nutzen. Der materielle Erfolg spiegelt sich im zunehmenden Selbstbewusstsein des „Drachen“ wider. Während der internationale Einfluss des Landes zunimmt, emanzipiert sich im Inneren die wachsende Mittelklasse: Mit der Zunahme der individuellen Autonomie in der Privatsphäre steigen auch ihre Ansprüche und Erwartungen.

Doch zeigen sich hier auch die Schattenseiten der raschen Modernisierung. Individuelle Freiheiten und der Zugang zu staatlichen Ressourcen sind bislang nur einer exklusiven Gruppe vorbehalten. Der Großteil der Gesellschaft, insbesondere die Landbevölkerung, lebt am Existenzminimum. Auch und gerade Stimmen aus China rufen nach einer Neudefinition des Verhältnisses zwischen individuellen Freiheiten und kollektiver Stabilität und Wohlstand – zuletzt deutlich geworden bei den Arbeitskämpfen von Beschäftigten in der Industrie im Sommer 2010. Die Öffnungs- und Reformpolitik im wirtschaftlichen Bereich stieß einen Wandel an, der auch Anpassungen im Politischen notwendig macht. Hier gibt es noch große Defizite: Presse-, Meinungs-, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit geraten angesichts staatlicher Restriktionen zur Farce. So ist China nach wie vor das Land mit den weltweit meisten Hinrichtungen.

Doch kann die Geschwindigkeit, in der eine so große Gesellschaft wie die Chinas sich modernisiert und „zivilisiert“, nicht von außen vorgegeben werden. Erfahrungen aus der europäischen Geschichte können zwar als Orientierung, aber selten als Maßstab dienen.

Asiye Öztürk

Thomas Heberer

Chinas zivilgesellschaftliche Entwicklung: Von Massen zu Bürgern?

Die Frage, ob und wenn ja in welcher Weise sich in China Elemente einer Zivilgesellschaft entwickeln, bedarf zunächst der Klärung folgender Punkte: Wie

Thomas Heberer

Dr. rer. pol., geb. 1947; Professor für Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Ostasien am Institut für Ostasienwissenschaften und am Institut für Politikwissenschaft der Universität Duisburg-Essen; Co-Direktor des Konfuzius Instituts Metropole Ruhr an der Universität Duisburg-Essen, 47048 Duisburg.
thomas.heberer@uni-due.de

ist der Begriff zu definieren? Unter welchen Voraussetzungen kann sich eine solche Gesellschaft innerhalb eines autoritären Staates herausbilden? In Europa wird „Zivilgesellschaft“ als die Entstehung einer vom Staat unabhängigen öffentlichen gesellschaftlichen Sphäre begriffen.

Eine solche Begriffsbestimmung passt jedoch nicht auf das gegenwärtige China, wo es aufgrund der politischen Strukturen enge und vielfältige Verflechtungen zwischen dem Parteistaat und zivilgesellschaftlichen Kräften gibt. Von daher erscheint eine Definition angebrachter, die „Zivilgesellschaft“ stärker an die Herausbildung von Bürgern und den Begriff der „Zivilisierung“ im Sinne von Norbert Elias (Wandel der Persönlichkeitsstruktur) knüpft.¹ Was die Frage der Voraussetzungen für eine solche Gesellschaft innerhalb eines autoritären Systems anbelangt, so argumentiert der US-amerikanische China-Historiker Thomas Metzger, das westliche Konzept von Zivilgesellschaft sei untrennbar verbunden mit einer Bewegung von „unten“ (das heißt ausgehend von Bürgern und ihren Interessenvereinigungen), mit dem Entstehen einer vom Staat unabhängigen Sphäre und einer nicht-utopischen Weltanschauung, so dass im Falle Chinas die Verwendung des Begriffs nicht angemessen sei.²

Binden wir den Begriff der Zivilgesellschaft jedoch stärker an die Herausbildung von Bürgern und Zivilisierungsprozesse, dann verlieren

die Faktoren der „Autonomie“ vom Staat und der Entwicklung „von unten“ an Bedeutung. Strukturen der Zivilgesellschaft können dann auch „von oben“ (durch den Staat) erzeugt werden und trotz enger Verflechtungen mit staatlichen Strukturen können „Bürger“ entstehen. Denn Staat und Gesellschaft stellen grundsätzlich keine voneinander getrennten Sphären dar, sondern sind über spezifische Netzwerke und Beziehungsgeflechte miteinander verbunden.³

Bezogen auf China meint Zivilgesellschaft daher, inwiefern sich Strukturen herausbilden, die zwar nicht autonom, aber auch nicht identisch mit dem Parteistaat sind, die staatliche Dominanz eingrenzen und die Atomisierung der Gesellschaft aufbrechen. In diesem Sinne geht es weniger um *Kontrolle* des Staates oder die Ausübung von Macht durch zivilgesellschaftliche Kräfte, sondern um *Einflussnahme* auf Politik und Gesellschaft.

Unter chinesischen Wissenschaftlern gibt es seit Ende der 1980er Jahre eine breite Diskussion über den Begriff „Zivilgesellschaft“ und seine Anwendbarkeit auf China. Ein kürzlich erschienener Sammelband fasst die wichtigsten Positionen zusammen: Die überwiegende Mehrheit der Diskutanten bindet den Begriff an die Entstehung von Vereinigungen und nichtstaatlichen Organisationen. Nur wenige gehen darüber hinaus und knüpfen den Begriff auch an Bürgerrechte, Individualisierungsprozesse oder Bürgerbewusstsein.⁴

Der polnische Soziologe Piotr Sztompka hat im Hinblick auf die postsozialistische Entwicklung in Osteuropa die Herausbildung von vier „Kulturen“ benannt, derer es bedürfe, um „zivilgesellschaftliche Kompetenz“ und damit die Voraussetzungen für eine moderne Zivilgesellschaft zu erlangen: *Unternehmenskultur*, *Bürgerkultur*, *Diskurskultur* und *Alltagskultur*.⁵ Sztompka weist damit auf die Notwen-

¹ Vgl. Norbert Elias, *Über den Prozeß der Zivilisation*, Frankfurt/M. 1989, S. 1 ff.

² Vgl. Thomas A. Metzger, *The Western Concept of the Civil Society in the Context of Chinese History*, Stanford 1998.

³ Vgl. Peter B. Evans, *Embedded Autonomy: States and Industrial Transformation*, Princeton 1995.

⁴ Vgl. Tang Jin (Hrsg.), *Da guoc. Gongmin shehui* (Große Staatspolitik. Zivilgesellschaft), Peking 2009.

⁵ Vgl. Piotr Sztompka, *Civilizational Incompetence: The Trap of Post-Communist Societies*, in: *Zeitschrift für Soziologie*, 22 (1993), S. 88 f.

digkeit der Herausbildung von Bürgern und auf die Rolle des Verhaltens und der Einstellungen der Menschen hin. Zivilgesellschaft umfasst in diesem Sinne nicht nur ein Bündel von Strukturen, Organisationen und Rechten, sondern auch bewusstes Handeln gesellschaftlicher Kräfte. Im Wirtschaftsbereich lässt sich dies – idealtypisch – auf sozial und gesellschaftlich verantwortungsvolles unternehmerisches Handeln im Sinne von unternehmerischer Sozialverantwortung beziehen (*corporate social responsibility*). Bürgerkultur wiederum setzt die Existenz von Gesellschaftsmitgliedern mit Bürgersinn und staatsbürgerlicher Verantwortung voraus und Diskurskultur kritische Intellektuelle, die verantwortlich und in zivilem Umgang miteinander kontroverse gesellschaftliche Grundfragen debattieren. Alltagskultur erfordert schließlich den Einsatz für sozial Schwache und zivilen Umgang in der Auseinandersetzung mit Andersdenkenden. All dies sind auch zentrale Faktoren des gegenwärtigen chinesischen Entwicklungsprozesses.

Zweifellos entwickeln sich in China die Voraussetzungen für Zivilgesellschaft und zivilgesellschaftliche Strukturen: Ein Privatsektor und ein Unternehmertum sowie gesellschaftliche Organisationen, Vereine und Nichtregierungsorganisationen (NRO) sind entstanden. Offiziellen Statistiken des Ministeriums für Zivilverwaltung zufolge waren Ende des Jahres 2009 423 000 gesellschaftliche Vereinigungen und *Non-profit*-Organisationen registriert.¹⁶ Diese sind indessen nicht einfach autonom, sondern über das Registrierungsverfahren an eine staatliche Organisation angebunden, der auch die Aufsicht obliegt.

Ein „öffentlicher Raum“ hat sich auch über das Internet entwickelt. Internetnutzer prangern gesellschaftliche Missstände und Probleme an, diskutieren sie und wirken dadurch als gesellschaftliches Korrektiv. Allerdings ist das Internet in China nicht primär ein Instrument der Systemkritik und -veränderung. Die Nutzer wollen damit vorrangig Regierungstätigkeit (*governance*) verbessern. Zugleich gibt es nicht nur im Internet, sondern auch in der akademischen Sphäre einen breiten Diskurs über Chinas soziale Probleme und politische Zukunft, der vom Staat nicht

unterbunden wird, solange die Parteiführung und ihr Handeln nicht direkt und offen angegriffen werden.¹⁷ Da diese strukturelle Seite zivilgesellschaftlicher Entwicklung bereits an anderer Stelle dokumentiert wurde,¹⁸ soll es im Folgenden um die Grundvoraussetzung für eine Zivil- oder Bürgergesellschaft gehen: die Herausbildung von Bürgern.

Bürger – Voraussetzung von Zivilgesellschaft

Dabei binde ich den Bürgerbegriff an vier Voraussetzungen: (a) die Existenz von Gesellschaftsmitgliedern mit Bürgersinn und -verantwortung; (b) die Existenz und Durchsetzbarkeit persönlicher Freiheitsrechte; (c) Gelegenheiten zur Mitwirkung an gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen (Partizipation) und (d) ein angemessener Lebensstandard als materielle Voraussetzung für soziales Engagement.

Bürger- oder Gemeinsinn in Form des Engagements von Individuen oder Gruppen für sozial Schwache oder ehrenamtliche Arbeit ist in China bislang noch relativ schwach ausgeprägt, auch wenn das Engagement großer Bevölkerungsteile nach dem Erdbeben in Südwestchina im Mai 2008 Anlass zur Hoffnung gegeben hat. Mit dem Anstieg des Lebensstandards und der Herausbildung einer Mittelschicht entwickeln sich allmählich philanthropische Vorstellungen, die der Staat durch Herausbildung von Bürgerverantwortlichkeit und Bürgersinn zu fördern sucht.

Der gegenwärtig noch schwache Stand des Bürger- oder Gemeinsinns zeigt sich am Grad der freiwilligen Mitwirkung von Stadt- und Landbewohnern an sozialen oder gemeinschaftlichen Aufgaben. Der Prozentsatz an ehrenamtlich Tätigen ist in China noch immer gering. Während in europäischen Gesellschaften 35 bis 40 Prozent der Bevölkerung

¹⁷ Ein guter Überblick über die jüngere Diskussion findet sich in dem von der Heinrich-Böll-Stiftung herausgegebenen Band: *Wie China debattiert. Neue Essays und Bilder aus China*, Berlin 2009.

¹⁸ Vgl. Thomas Heberer, *China – Entwicklung zur Zivilgesellschaft?*, in: APuZ, (2006) 49, S. 20–26; ders., *China: Creating Civil-Society Structures Top-down?*, in: Bruno Jobert/Beate Kohler-Koch (eds.), *Changing Images of Civil Society. From Protest to Governance*, London–New York 2008, S. 87–104.

¹⁶ Vgl. die Webseite des Ministeriums unter: <http://files.mca.gov.cn/cws/201001/20100128092527729.htm> (2.6.2010).

in freiwillige oder ehrenamtliche Tätigkeiten involviert sind, engagieren sich einem Bericht des chinesischen Staatsrates von 2007 zufolge nur rund 1,8 Prozent der Bevölkerung ehrenamtlich. Dafür lassen sich im Wesentlichen drei Gründe anführen:

Historische Gründe: Anders als in christlichen oder buddhistischen Gesellschaften, in denen der Gedanke der Nächstenliebe und der Barmherzigkeit eine große Rolle spielte, war das Mitempfinden mit Personen außerhalb unmittelbarer Bezugsgruppen (wie Clan, Familie, Dorf, Landsmannschaften etc.) in China eher gering. In den 1930er Jahren beklagte der Philosoph Lin Yutang entsprechend das Fehlen einer sozialen Gesinnung, Familiensinn sei für Chinesen zentral, nicht Gemeinsinn. Von daher sei dem chinesischen Denken das Konzept der Gesellschaft auch ganz fremd.⁹ Aus diesem Grunde votierten führende Denker Chinas zu Beginn des 20. Jahrhunderts für die Abschaffung der Familie und damit des Familiensinns (Kang Youwei) beziehungsweise für eine „moralische Revolution“ (*daode geming*, Liang Qichao).

Modernisierungsprozesse wie im derzeitigen China führten zum Zerfall traditionaler Gemeinschaften und Werte und zu einer Zunahme individualistischer und selbstbezogener Faktoren und Verhaltensweisen.

Fehlende Institutionen: Bislang fehlen Institutionen, die einer ehrenamtlichen sozialen Betätigung förderlich sein könnten wie funktionierende Rechtsinstitutionen, ein korruptionsresistentes Beamtensystem und ein Wertesystem, in dem unentgeltlicher Einsatz für Mitmenschen ein hohes Gut darstellt; dies behindert die Ausbildung zivilisatorischer Kompetenzen im Sinne von Bürgerpflichten sowie die Herausbildung eines Bürger- und Gemeinnsinns.

Gerade die sich differenzierende chinesische Gesellschaft ist aufgrund wachsender sozialer Probleme immer mehr auf freiwilliges soziales Engagement angewiesen. Da die Zahl derjenigen, die sich engagieren wollen, gering ist, versucht der Staat, „Freiwillige“ zu mobilisieren und „Freiwilligkeit“ von oben zu initiieren. Wo Freiwillige fehlen, dort sollen zu-

nächst Parteimitglieder (die organisatorisch – von der Parteidisziplin – abhängig sind) und Sozialhilfeempfänger (die sozial – von staatlicher Sozialhilfe – abhängig sind) ehrenamtliche Aufgaben übernehmen. Chinesische Presseberichte verdeutlichen, dass die Mehrheit der „Freiwilligen“ aus Parteimitgliedern besteht. Bereits 2005 hat ein chinesischer Untersuchungsbericht unterstrichen, dass es sich bei 80 Prozent der Freiwilligen in den städtischen Nachbarschaftsvierteln um Mitglieder von Partei und Jugendverband oder öffentlich Bedienstete handelte.¹⁰

Eines der Beispiele für Mobilisierung von oben ist die Freiwilligenvereinigung im Nachbarschaftsviertel Lugu-Shequ im Peking Shijingshan-Bezirk. Über die Hälfte der Mitglieder besteht aus Parteimitgliedern. Rentner bilden die Mehrheit. Doch auch wenn der Verein „von oben“ gegründet wurde und überwiegend aus Parteimitgliedern besteht, so erfüllt er wichtige Aufgaben im Bereich sozialer Wohlfahrt, Umweltschutz, Gesundheit, Verkehrs- und öffentlicher Sicherheit sowie Fortbildung. Künftig soll die Arbeit von Freiwilligenverbänden auch durch Steuervorteile gefördert werden. Dabei soll sich über die staatliche Mobilisierung und Erziehung Freiwilligkeit von „Mildtätigkeit“ hin zu „sozialer Verantwortung“ entwickeln. All dies ist Teil eines staatlichen Programms zur Erziehung und Heranbildung von Freiwilligen. Am Beispiel des Anreizsystems des genannten Lugu-Viertels wird dieser Erziehungsgedanke deutlich: Wer jährlich mehr als 100 Stunden an freiwilligen Aktivitäten ableistet, erhält den Titel eines „Sternfreiwilligen“ (*xingji yigong*), wobei es für über 1000, 3000 und 5000 freiwillig geleistete Stunden Geldprämien und spezielle Titelauszeichnungen gibt.

Der staatliche Paternalismus und der Bezug der Einzelnen zu Primärgruppen erschweren die Herausbildung eines Bürgersinns. Die sozialistische Erziehung lehrte die Menschen, dass derjenige ein guter Bürger ist, der sich einbeziehungsweise unterordnet und sich loyal gegenüber Partei und Staat verhält – ganz so wie eine 47-jährige Arbeiterin in Shenyang in einem Interview im Rahmen eines Forschungsprojektes erklärte: „Ich bin eine sehr gute Bürgerin, ich mache anderen keine

⁹ Vgl. Lin Yutang, *Mein Land und mein Volk*, Stuttgart (etwa 1947), S. 217.

¹⁰ Vgl. Shequ (Nachbarschaftsviertel), 11 (2005) 2, S. 15.

Schwierigkeiten.“ Oder wie es eine 55-jährige Rentnerin ausdrückte: „Ich gehe mit der Partei. Was die Leitung anordnet, das tue ich (...) wenn die Leitung mich ruft, komme ich.“

Unter vielen Älteren wirkt hier im Denken und Handeln die Institutionalisierung der autoritären Herrschaft fort. Macht wird über das Bewusstsein der Menschen in dem Sinne ausgeübt, dass die Menschen glauben, die Arrangements des Staates seien zu ihrem eigenen Besten. Solche Auffassungen, in denen sich die Macht des Systems niederschlägt, erschweren gleichsam eine Beteiligung der Menschen und damit die Herausbildung von Bürgern, weil der Staat alles zu richten scheint.

Individualisierung und individuelle Autonomie

Der Bürgerbegriff verlangt autonome Individuen, die selbstständige Entscheidungen treffen können. Auch chinesische Wissenschaftler argumentieren bereits entsprechend. Jedes Individuum, schreiben Yang und Ma, sei Träger von Selbstverwaltungsrechten.¹¹ Zu einem solchen Individualisierungsschub trägt zunächst der Modernisierungsprozess bei. Er bewirkt, dass traditionelle Strukturen und Bindungen aufgebrochen werden (etwa durch Aufweichen von Verwandtschaftsbeziehungen, Wanderungsbewegungen, Ausweitung der Marktverhältnisse, Leistungsprinzipien und Konkurrenzdruck, Erosion des Netzes sozialer Sicherheit oder Arbeitslosigkeit). Soziale Unsicherheit nimmt zu, der Einzelne wird stärker auf sich selbst zurückgeworfen, macht sich beruflich selbstständig und trägt selbst die Verantwortung für erhöhtes Risiko und soziale Unwägbarkeiten. Traditionelle Werte und Glaubensvorstellungen werden hinterfragt und relativiert. Es tritt das ein, was Ulrich Beck in Anlehnung an Norbert Elias „gesellschaftlichen Individualisierungsschub“ genannt hat.¹²

Zwar finden wir auch in den städtischen Nachbarschaftsvierteln Chinas einen Individualisierungsschub, er unterscheidet sich al-

lerdings von dem von Beck beschriebenen gesellschaftlichen. Er impliziert eher das, was unter anderem vom Sozialanthropologen Fei Xiaotong als „Selbstsucht“ oder „Egozentrismus“ bezeichnet wurde, als Charakteristikum traditionellen sozialen Verhaltens in China. Damit meinte er die fehlende Verantwortung für öffentliche Angelegenheiten.¹³

Die gegenwärtige urbane Atomisierung bewirkt einen Wandel vom Gruppen- (Familie, Clan, Dorf, *Danwei*¹⁴) zum individuellen Egoismus, der durchaus als Vorstufe zu gesellschaftsbezogenem Individualismus begriffen werden kann. Freiwilliges soziales Engagement wird daher eher abgelehnt, die Menschen konzentrieren sich auf ihre eigenen Lebensentwürfe. „Der beste Nachbar“, erklärte ein Vertreter des gehobenen Mittelstandes in einem der gehobenen Wohnviertel in der südchinesischen Wirtschaftsmetropole Shenzhen, sei der, den man nie sieht. Mit anderen Bewohnern wolle man möglichst wenig zu tun haben.

Im Modernisierungsprozess kommt es zu einem dreifachen Individualisierungsprozess: zum Verlust der Einbindung in traditionelle Sozialstrukturen und damit zum Verlust sozialer Absicherung und Bindungen, zur Aufweichung traditioneller Werte, Normen und Glaubensmuster und zu neuen Formen sozialer Einbettung. Modernisierung bewirkt eine zunehmende Auseinanderentwicklung von öffentlichem und privatem Bereich – ebenfalls ein Moment von Individualisierung. Voraussetzung für ein Mehr an Individualismus in der Gesellschaft ist ein Mehr an individueller Freiheit. Dabei darf individuelle Freiheit nicht mit dem demokratischen Freiheitsbegriff als Freiheit der Partizipation verwechselt werden. Individuelle Freiheit nimmt in sozialistischen Gesellschaften zu, so der Ökonom Janos Kornai, wenn (1) das Recht, bestimmte Arten von Entscheidungen zu treffen, von der Bürokratie auf das Individuum übergeht und wenn (2) bürokratische Zwänge gegenüber den Entscheidungen von Individuen nachlassen beziehungsweise aufgehoben werden.¹⁵ Ein solches Anwachsen individueller Auto-

¹¹ Vgl. Yang Zhangqiao/Ma Lihua, Chengshi shequ zizhi quanwei de minzhu jiangou (Demokratische Errichtung autonomer Rechte urbaner Nachbarschaftsviertel), in: Shehuixue (Soziologie), (2004) 3, S. 21.

¹² Ulrich Beck, Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt/M. 1986, S. 116.

¹³ Vgl. Fei Xiaotong, From the Soil. The Foundations of Chinese Society, Berkeley et al. 1992.

¹⁴ Dies sind Arbeits- und Wohneinheiten, die auch als soziale Gemeinde dienen.

¹⁵ Vgl. Janos Kornai, Individual Freedom and Reform of the Socialist Economy, in: European Economic Review, (1988) 32, S. 236f.

nomie und Privatheit können wir im urbanen Raum Chinas gegenwärtig überall erkennen.

Autonomie beinhaltet unter anderem eine geringere Abhängigkeit der Menschen von der Bürokratie, größere Eigenentscheidungen hinsichtlich individueller Lebensentwürfe und die Akzeptanz von Nicht-Partizipation durch den Parteistaat, ein wichtiger Faktor für eine Zivilgesellschaft. In nahezu allen Gesellschaften stellen partizipierende Bürger eine Minderheit dar. Denn Teil des Bürgerseins ist auch die Entscheidung, *nicht* aktiv zu partizipieren. Die Menschen im gegenwärtigen China können sich zwischen Abwanderung, Widerspruch und „politischem Epikureismus“ (Franz Neumann), das heißt einer bewussten Abstinenz von der Politik und Konzentration auf private Interessen, gekennzeichnet durch Passivität und Indifferenz, entscheiden.

Entsprechend lässt sich feststellen, dass vor allem in den gehobenen urbanen Wohnvierteln Chinas „Autonomie“ in Form individueller Selbstbestimmung bereits vorhanden ist. Abgesehen von den sozial Abhängigen (Sozialhilfeempfängern) und den politisch Abhängigen (Mitgliedern der Kommunistischen Partei Chinas, KPCh) kann kein Individuum mehr verpflichtet werden, sich in seinem Wohnviertel politisch oder sozial zu engagieren. Vielmehr ist die Gestaltung der Lebensentwürfe heute Angelegenheit jedes Einzelnen. Von daher trifft das Argument Amitai Etzionis, dass ein wesentlicher Grund für den Zusammenbruch der kommunistischen Systeme im fehlenden Raum für Autonomie, „sowohl in Bezug auf politische Äußerungen als auch wirtschaftliche Initiativen und Innovationen“ bestanden habe,¹⁶ auf das gegenwärtige China nicht zu.

Individuelle (politische) Autonomie im Sinne von Freiheiten privater Bürger gegenüber dem Staatsapparat und seinen Untergliederungen besteht primär für jenen Personenkreis, der weder sozial noch politisch von den staatlichen Strukturen abhängig ist. Diese Personengruppe, bestehend aus Personen mit regelmäßigen und zum Teil hohen Einkommen, interessiert sich nur selten für die Belange der Nachbarschaftsviertel und möchte ganz bewusst in keine kollektiven Aktivitäten einbezogen werden.

¹⁶ Amitai Etzioni, *From Empire to Community. A New Approach to International Relations*, New York et al. 2004, S. 29.

Das Anwachsen individueller Autonomie lässt sich als Teil des Wandels der chinesischen Gesellschaft von einer geschlossenen zu einer offenen interpretieren. *Geschlossene Gesellschaften* lassen sich als solche mit geringer sozialer Mobilität, Einbindung der Menschen in festgefügte Gemeinschaften und individueller Abhängigkeit von kollektiven Zwängen definieren, wobei private und öffentliche Sphären nicht getrennt sind. Dies entspricht den sozialen und politischen Verhältnissen Chinas bis in die 1980er Jahre hinein. Die *offene Gesellschaft* ist charakterisiert durch sozialen Wandel und verschiedene Formen räumlicher und gesellschaftlicher Mobilität. Traditionale Gemeinschaften beginnen sich aufzulösen, Individualisierungsprozesse führen zu einer Erosion kollektiver Werte und Normen, persönliche Lebensentwürfe beginnen sich von kollektiven Zwängen zu lösen. Öffentliche und private Räume bilden zunehmend getrennte Sphären, kollektive Schicksale (von Dörfern, Clans, Dorfgemeinschaften, *Danwei* etc.) werden zu persönlichen.¹⁷ Genau dieser Prozess *individueller Autonomisierung* hat sich seit den 1980er Jahren vor allem im urbanen Raum vollzogen.

In den boomenden Wirtschaftsmetropolen der chinesischen Ostküste wie in Shenzhen macht sich das relativ freie und offene politische Klima am deutlichsten bemerkbar. Menschen aus dem Landesinneren fühlen sich hier wesentlich freier als in ihrer Heimat. In Interviews im Rahmen einer Feldstudie erklärte beispielsweise eine 35-jährige leitende Angestellte (Hochschulabsolventin, Parteimitglied, aus Sichuan stammend): „Hier fühle ich mich sehr frei. Solange man nicht gegen Gesetze verstößt, kann man ungestört sein eigenes Leben führen. (...) In Shenzhen, wo die Wirtschaft relativ weit entwickelt ist, gibt es ein höheres Bewusstsein zur Einforderung demokratischer Rechte als im Landesinneren. (...) In Chengdu jedoch ist alles anders. Hier sagen die Leute, was sie denken. In Chengdu gehorchen sie. Ich denke anders seit und weil ich in Shenzhen lebe.“

Eine 30-jährige Kindergärtnerin aus Jiangxi konstatierte: „Ich möchte nicht zurück nach Jiangxi, dort finde ich es zu traditionell. Hier haben die Kinder ein viel höheres Niveau. Ein wesentlicher Unterschied besteht darin, dass

¹⁷ Vgl. Michael Baumann, *Der Markt der Tugend. Recht und Moral in der liberalen Gesellschaft. Eine soziologische Untersuchung*, Tübingen 1996, S. 502 ff.

in Jiangxi die Kindergärten staatlich sind, hier sind sie privat. In Jiangxi ist die Autorität der Kindergärtnerinnen hoch, hier die der Eltern. In Jiangxi trauen sich die Eltern nicht, ihre Meinung zu äußern, weil das Prestige der Erzieherinnen so hoch ist. Hier nehmen die Eltern regen Anteil am Kindergartenleben und äußern häufig ihre Meinung. Auch üben sie oft Kritik an unserer Arbeit. Wenn man nicht gut arbeitet, fliegt man raus. Mit den Eltern hier wird man nicht so leicht fertig. Selbst bei Kleinigkeiten regen sie sich auf und suchen ein Haar in der Suppe.“ In diesen Aussagen kommt das selbstbewusste Lebensgefühl der neuen Mittelschichten signifikant zum Ausdruck.

Die gesellschaftliche Entwicklung verlangt jedoch längerfristig die Überführung von individueller Autonomie in Bürgersinn und Bürgerengagement auf der Basis von Partizipationsmöglichkeiten, Freiwilligkeit und sozialer Solidarität. Dies ist nötig, um den Grad an sozialer Stabilität erhöhen sowie zentrifugalen Dynamiken einer Überindividualisierung und anderen sozial-zentrifugalen Tendenzen entgegenwirken zu können.

Staat als Moralstaat

Gleichwohl rufen auch in China Intellektuelle dazu auf, dem Verfall lokaler Gemeinschaften Einhalt zu gebieten. Gemeinschaften (wie Nachbarschaftsgemeinschaften) müssten wiedererrichtet und Bürger ermuntert werden, aktiver zu werden. Dabei solle der Staat eine wichtige Rolle spielen. Die Schaffung einer neuen Moral- und Werteordnung erscheint hier als ein zentraler Faktor der intendierten Gemeinschaftsbildung. Darauf weist unter anderem ein Programm zur Realisierung des Aufbaus einer neuen Bürgermoral (*gongmin daode jianshe shishi gangyao*) hin, welches die politische Führung im Jahr 2001 beschlossen hat und regelmäßig von den Medien propagiert wird. 2003 veröffentlichte der Ausschuss für die Leitung des Aufbaus der geistigen Zivilisation des Zentralkomitees der KPCh ein neues Dokument, mit welchem das Programm von 2001 konkretisiert werden sollte. Darin wurde der 20. September zum „Tag der Propagierung der Bürgermoral“ erklärt.¹⁸ Regelmäßig berichtet die Parteizeitung *Renmin Ribao* von der Beteiligung von Bürgern

an der Schaffung einer neuen Moralordnung. 2008 wurde eine Zentrale Kommission für die Anleitung zum Aufbau einer geistigen Zivilisation eingerichtet mit dem Ziel der Schaffung einer öffentlichen Meinung für freiwilliges soziales Engagement.¹⁹ Das Ministerium für Zivilverwaltung hat bereits mehrfach betont, dass die urbanen Nachbarschaftsviertel als Instrument zum Erlernen „zivilisierten Verhaltens“, zum „moralischen Aufbau“ der Gesellschaft sowie zur Hebung der „moralischen Qualität“ der Menschen fungieren sollen.

In vielen Nachbarschaftsvierteln findet sich der aus 20 Schriftzeichen bestehende Kurzmoralkodex als öffentlicher Aushang: das Vaterland lieben und sich an die Gesetze halten; höflich, ehrlich und glaubwürdig sein; solidarisch und freundschaftlich sein; fleißig, genügsam und voranschreitend sein; die Arbeit achten und Opfer bringen. Es sind primär Patriotismus, die Einübung von moralischen Werten durch Propagandaaktionen, soziale Kontrolle, selbstbewusstes Verfolgen der geforderten Standards und behördliche Anleitung, die zum Aufbau einer „Bürgermoral“ führen sollen. Dabei geht es aber nicht mehr um die Moral von neuen „sozialistischen Menschen“, sondern um die neue Moral von „Bürgern“. Der Staat betätigt sich hier als *Moralstaat*, der von oben neue institutionelle Muster in Form von Moralstandards zu setzen versucht.

Schlussfolgerung

Wachsender Lebensstandard, größere individuelle Freiheiten, zunehmende Partizipationsmöglichkeiten und Verrechtlichung begünstigen die Herausbildung von Bürgern im urbanen Raum. Der Staat sucht von oben Strukturen zu schaffen und Werte zu propagieren, die dieser Herausbildung förderlich sind. In und über die urbanen Nachbarschaftsviertel sollen die Bewohner an partizipative Mitwirkung herangeführt werden und diese erlernen. Freiwillige soziale Tätigkeiten, Vereinsgründungen oder der Transfer staatlicher Dienstleistungen in die städtischen Wohnviertel hinein schaffen Strukturen, die der Entwicklung von Gemeinschafts- und sozialem Engagement förderlich sein könnten. Mangelnde „bürgerliche“ Freiheitsrechte und fehlende Rechtssicherheit wirken hier allerdings beschränkend.

¹⁸ Vgl. *Renmin Ribao* (Volkszeitung) vom 19.9.2003.

¹⁹ Vgl. *Renmin Ribao* vom 10.10.2008.

Signifikant gestiegen ist das Maß an individueller Autonomie. Eine solche Autonomie, verbunden mit größerer Individualisierung, lässt sich auch als mögliche Vorstufe zu größerer organisatorischer Autonomie oder Selbstverwaltung der Nachbarschaftsviertel begreifen. Nach den negativen Erfahrungen mit Planwirtschaft und sozialer Repression streben die meisten Menschen zunächst nach höherem Lebensstandard und individueller Unabhängigkeit. Der Staat versucht diese Entwicklung unter anderem mit Hilfe der Nachbarschaftsviertel in Richtung sozialen Engagements zu lenken. Dabei geht er davon aus, dass zivilisatorische Lernprozesse, Partizipation und soziales *engineering* durch den Staat erst die Voraussetzungen für Bürger und Bürgersinn erzeugen.

Zivilgesellschaft erfordert die Schaffung von zivilgesellschaftlichen Strukturen, ein unabhängiges Rechtssystem und zivilisatorische Kompetenz. Mit dem Begriff „zivilisatorische Kompetenz“, der die kognitive Seite von Zivilgesellschaft umfasst, ist das Entstehen von Bürgern mit Bürgersinn gemeint, deren Denken und Handeln stärker auf die Gesellschaft gerichtet ist. Gesellschaftliches Engagement und Bürgersinn sind wichtige Elemente von Zivilgesellschaft. Teil der zivilisatorischen Kompetenz ist aber auch, dass Staat und Individuen lernen, andere Meinungen zu akzeptieren, mit Andersdenkenden zivil umzugehen und Konflikte friedlich zu lösen.

Unter Bedingungen fehlender zivilisatorischer Kompetenz wie in China kommt dem Staat die Aufgabe zu, die Voraussetzungen und Strukturen für zivilgesellschaftliche Prozesse (soziale Vereinigungen, Internetdiskussionen, soziales Engagement, Werte etc.) zu schaffen. Die staatlich induzierte Schaffung von Bürgern und Bürgerwerten ist der Versuch der Schaffung von Bürgern „von oben“. Es zeichnet sich daher ein neues „chinesisches“ Entwicklungsmodell ab: die Schaffung einer zunächst illiberalen Zivilgesellschaft von oben durch den Staat. Auch ein solcher Prozess kann dazu beitragen, aus „Massen“ (ein politischer Begriff) „Bürger“ (ein rechtlicher Begriff) zu machen – Bürger, die zumindest partiell die Möglichkeit zu politischer Partizipation erhalten und diese im Sinne zivilisatorischer Entwicklung zu nutzen beginnen.

Tobias ten Brink

Chinas neuer Kapitalismus: Wachstum ohne Ende?

Die Wirtschaftsentwicklung der Volksrepublik China gilt als die erfolgreichste auf der Welt. In absehbarer Zeit wird das Land zur zweitgrößten Volkswirtschaft der Erde aufrücken. Die chinesische Entwicklung überragt statistisch betrachtet seit 1978, dem Beginn der Reformpolitik, jeden

Tobias ten Brink

Dr. phil., geb. 1976; Postdoctoral Fellow am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Paulstraße 3, 50676 Köln.
tenbrink@mpifg.de

anderen langen Aufschwung in der Geschichte der Moderne. Eine Steigerung des jährlichen Pro-Kopf-Einkommens von etwa sechs Prozent konnte selbst in Japan nicht über einen derart langen Zeitraum erreicht werden, zumal er nicht annähernd so viele Menschen betraf. China ist nicht mehr nur die „Werkstatt der Welt“, sondern wird selbst zum Innovationsmotor. Freilich verläuft das Wachstum ähnlich wie in anderen Ökonomien zyklisch, wenn auch auf einem höheren Niveau. Phasen mit besonders hohen Wachstumsraten des Bruttoinlandsproduktes (BIP) von zehn Prozent und mehr wurden von schwächeren abgelöst. Und auch wenn sich tatsächlich massenhafte Wohlstandssteigerungen nachweisen lassen, fallen diese doch immer noch bescheiden aus. Um die Dynamik ebenso wie die Destabilisierungsfahren der chinesischen Wirtschaft zu verstehen, lohnt sich ein Blick auf ihre Spezifika.

Neue Spielart des Kapitalismus

Mitte der 1970er Jahre – am Ende der sogenannten „Kulturrevolution“ – befand sich die chinesische Gesellschaft in einer tiefen Krise. Mit dem Beginn des Reformprozesses 1978 begann die chinesische Machtelite unter Führung des Reformflügels um Deng Xiaoping, das Land in einem *Trial-and-Error*-Verfahren zu restrukturieren. In mehreren Reformphasen durchlebte es tief greifende Veränderungen. Resultat ist eine bislang einmalige Transformation eines kommandowirtschaft-

lichen Systems in ein stärker über den Markt gesteuertes Entwicklungsmodell.

Wesentliche Merkmale des Wachstumserfolgs Chinas müssten eigentlich jeden Verteidiger des freien Marktes verstummen lassen: Die Wirtschaft ist durch eine hohe staatliche Interventionsdichte gekennzeichnet, im Unterschied zu den Transformationsländern des Ostblocks wurde auf vorschnelle Liberalisierungen verzichtet und noch dazu regiert die Kommunistische Partei Chinas (KPCh). Das Erbe einer bürokratischen Kommandowirtschaft, der herrschenden Partei und die Rolle eines industriellen Spätentwicklers haben – unter den besonderen Bedingungen der ostasiatischen Wachstumsregion und einer Phase fortgeschrittener Transnationalisierung der Weltwirtschaft – eine neuartige Spielart des Kapitalismus hervorgebracht. Diese Variante kann als *markoliberaler Staatskapitalismus* bezeichnet werden: Ein markoliberaler, unternehmerischer Geist ist mit einem umfassenden Staatsinterventionismus verbunden, der sich an makroökonomischen Erfolgsparametern orientiert.¹

Ein Bezug auf die offizielle Losung der KPCh, die das Land zur „sozialistischen Marktwirtschaft“ erklärt hat, greift hier zu kurz. Die Staatsintervention sowie das Staatseigentum stellen keine Negation kapitalistischer Eigentumsverhältnisse dar, sondern fungieren als eine Form der partikularen Verfügung über ökonomische und politische Macht. Typische Merkmale kapitalistischer Wirtschaften wie der Zwang zur Akkumulation des Kapitals, eine rücksichtslose Wachstumsorientierung (und damit das Fehlen qualitativer, sozial-ökologischer Kriterien des Wachstums) sowie ausgeprägte soziale Gegensätze haben die chinesische Ökonomie zu einem Mekka des globalen Kapitalismus gemacht, ohne dass diese jedoch ein und dieselben Charakteristika wie liberale Kapitalismen westlicher Prägung aufweist. Im Folgenden werden drei Dimensionen des neuen chinesischen Kapitalismus beschrieben.

¹ Vgl. ausführlicher Tobias ten Brink, Strukturmerkmale des chinesischen Kapitalismus, Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Discussion Paper, (2010) 1, online: www.mpifg.de/pu/mpifg_dp/dp10-1.pdf (13.5.2010); Barry Naughton, *The Chinese Economy: Transitions and Growth*, Cambridge 2007; Christopher A. McNally (ed.), *China's Emergent Political Economy: Capitalism in the Dragons's Lair*, London 2007.

Glück und Gefährdung: Chinas Einbindung in die Weltwirtschaft

Der Erfolg Chinas hängt zu einem großen Teil mit Faktoren zusammen, die nicht von der chinesischen Machtelite beeinflusst wurden, sondern die vielmehr auf günstigen weltwirtschaftlichen und ostasiatischen Konstellationen beruhten: Im Gegensatz zu anderen „staatssozialistischen“ Gesellschaften konnte die Nation von der in den 1970er Jahren einsetzenden Globalisierungsphase profitieren.

Der Versuch, die Wirtschaft auf den Export auszurichten, war auf ausländische Direktinvestitionen (ADI) und technisches Wissen angewiesen. Die Nähe zur ostasiatischen Wachstumsregion diente diesem Interesse. Der ostasiatische Raum und die innerasiatischen Handels- und Produktionsketten bildeten ein entscheidendes externes Moment in der weltwirtschaftlichen Einbindung Chinas. Die von vorübergehend oder dauerhaft im Ausland lebenden Überseechinesen gebildeten Geschäftsnetzwerke in Ostasien spielten dabei ab den 1980er Jahren eine besonders wichtige Rolle in der Industrialisierung Chinas. Sie ebneten den erst in den 1990er Jahren steigenden ausländischen Investitionen aus anderen Quellen den Weg.

Von diesem Zeitpunkt an gründete die bedeutende Zunahme der ADI auf einer speziellen Situation, die nicht allein mit den niedrigen Arbeitskosten in China erklärt werden kann: eine in den 1990er Jahren mitunter als „Anlagenotstand“ deklarierte Überakkumulation von Kapital in den klassischen Produktionszentren. Zu viel Kapital stand gewissermaßen wenigen lohnenden Investitionen gegenüber, weshalb die Investitionsquote in Europa, Nordamerika und Japan entsprechend gering war.

Seit Mitte der 1990er Jahre konnten die USA und China ihr Wachstum auf zwei unterschiedlichen, jedoch voneinander abhängigen Wegen erzielen. Während in den USA große Anteile des BIP-Wachstums auf den schuldenfinanzierten Konsum und weniger auf Investitionen zurückzuführen waren, verlief der chinesische Aufschwung spiegelverkehrt: Er beruhte auf einer beispiellos hohen Investitionsquote und einer vergleichsweise geringen internen Konsumquote. Die relative Bedeutung der Investitionen nahm noch zu, von etwa 30 Prozent des

BIP zu Beginn der 1990er Jahre auf annähernd 40 Prozent nach 2000. Große Mengen an liquiden Mitteln im „Norden“ (das heißt in den traditionellen Industriestaaten) stellten die Versorgung mit Geldanlagen sicher und heizten den Investitionsboom weiter an. Zudem fungierten die alten Zentren des globalen Kapitalismus als Endabnehmer von Exportgütern.¹²

Die Unternehmen der entwickelten Volkswirtschaften (auch in Ostasien) schufen sich vor diesem Hintergrund neue Wettbewerber in dem Maße, wie sie selbst versuchten, von der chinesischen Dynamik zu profitieren. Das Ergebnis ist eine Restrukturierung der Wettbewerbsverhältnisse auf den internationalen Märkten, da die chinesische Staatsführung nicht nur ADI begünstigte, sondern auch selbst beziehungsweise vermittelt durch chinesische Konzerne zum *Global Player* aufstieg.

Bis heute erzielt die chinesische Volkswirtschaft weltweit die höchsten BIP-Wachstumsraten, wenngleich auch auf Kosten anderer Exportwirtschaften. Allerdings bringt die extrem hohe Abhängigkeit vom Weltmarkt erhebliche Gefährdungen mit sich. Die globale Krise 2008/2009 und das Ende des Konsumbooms in den OECD-Ländern¹³ zogen Kriseneffekte in den auf diese Verbrauchermärkte orientierten chinesischen Branchen nach sich. Die Ausfuhren verringerten sich im Jahr 2009 um ein Viertel. Bei der vorwiegend für den Weltmarkt produzierenden Elektronik- und Textilindustrie, aber auch in anderen Sektoren, ging die Zahl der Entlassungen in die Millionen. Dazu kam, dass durch die Kreditkrise die finanziellen Ressourcen für ausländische Investitionen geringer wurden.

Hinzu tritt ein weiterer Aspekt der tiefen Einbettung in globale Produktions- und Konsumtionsketten. Viele Industriestätten des chinesischen Festlandes fungieren als Produktionsplattformen für Endprodukte. Als Bestandteil globaler, meist von amerikanischen, europäischen oder ostasiatischen Markenfirmen dominierter Produktionsverbünde, die zum Beispiel das Apple iPhone in China zu-

sammenbauen lassen, ist die Volkswirtschaft daher den Rhythmen des globalen Kapitalismus direkt ausgesetzt. Viele der chinesischen Exporte sind gegenwärtig nur in dem Sinne „chinesisch“, dass sie in China zusammengefügt wurden. Dies bedeutet: Den Großteil der Profite erzielen die multinationalen Konzerne, nicht die lokalen Produzenten oder Zulieferer. Zusätzlich machen Erstere den einheimischen Herstellern auf dem chinesischen Binnenmarkt das Leben schwer – ein Sachverhalt, der in der Krise an Bedeutung gewonnen hat, wie bereits der chinesische Markenführer unter den Computerherstellern, Lenovo, feststellen musste.

Vorteile und Schwachstellen: Der fragmentierte Parteistaat

Das System der Volksrepublik zeichnet sich entgegen der hierzulande immer noch existierenden Legende eines von der KPCh von oben nach unten totalitär beherrschten Einheitsstaates durch eine bemerkenswerte Kombination zentraler und dezentraler Macht aus. Ein durch kapitalistische Imperative wie Nützlichkeitsabwägungen und Profitinteressen geprägtes Beziehungsgefüge verschiedener Entscheidungsstrukturen ist entstanden. Dieses Mehrebenensystem ist zugleich Ausdruck und Förderer einer regionalisierten Binnenwirtschaft. Die hierdurch resultierende Konkurrenz der politischen Instanzen unterhalb der Zentralregierung, die sich gegenseitig bei der Einwerbung von Investitionen überbieten, fördert sowohl dynamische als auch problematische Wirtschaftsentwicklungen.

Zwar besitzt der Zentralstaat weiterhin eine entscheidende Rolle. Er stellt grundlegende Rahmenbedingungen der Kapitalakkumulation bereit – über die Verwaltung und die Rechtsetzung über die Schaffung wirtschaftlicher Infrastruktur im Transport-, Energie- und Kommunikationssektor bis zur Regulierung der Arbeitsbeziehungen. Auch kontrolliert er wichtige Konzerne und, was noch wichtiger scheint, die größten Banken. Dies hat der Peking-Regierung einen erheblichen wirtschaftspolitischen Spielraum verschafft, was die gewaltigen Konjunkturprogramme, die im Zuge der Weltwirtschaftskrise ab 2008 aufgelegt wurden, bezeugen.

Die Funktionen des Staates sind jedoch seit Ende der 1970er Jahre verstärkt auf den subna-

¹² Vgl. Hung Ho-fung, *Rise of China and the global overaccumulation crisis*, in: *Review of International Political Economy*, 15 (2008) 2, S. 149–179.

¹³ Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung; engl. *Organisation for Economic Co-operation and Development*.

tionalen politischen Ebenen konzentriert worden. Die Koexistenz von 22 Provinzen, fünf Autonomen Regionen, vier regierungsunmittelbaren Städten mit dem Status einer Provinz (Peking, Shanghai, Tianjin, Chongqing) und zwei Sonderverwaltungszone (Macao, Hongkong) stellt ohnehin ein disparates Gebilde dar. Darüber hinaus machen die fünf relevanten Regierungsebenen – Zentralregierung, Provinzen, Bezirke, Kreise und Gemeinden – eine Detailsteuerung unmöglich.¹⁴

Weil die lokalen Staatsapparate auf ihrem Hoheitsgebiet verstärkt wirtschaftliche Leistungen mittels Kontrolle von und direkter Intervention in Firmen anregen, interpretieren dies China-Forscher als einen wesentlichen Rahmen der Wachstumsdynamik. Regierungsbeamte fördern nicht nur, sondern ersetzen gewissermaßen auch wirtschaftliche Aktivitäten. Dabei unterstützen enge Beziehungen (*guanxi*), aber auch Korruption und Bestechung die Allianzen zwischen (privaten, halbstaatlichen, staatlichen) Unternehmern, Partei und Staat. Etwa 90 Prozent der reichsten 20000 Chinesen verfügen über sehr gute, häufig verwandtschaftliche Beziehungen zu hohen Regierungs- oder Parteifunktionären.¹⁵

Doch der Wettbewerb zwischen den lokalen Staatsapparaten (auch und gerade innerhalb von Provinzen etwa zwischen Stadtregierungen), die massive Staatsintervention und die Regionalisierung der Wirtschaft ziehen auch negative Effekte nach sich. So sind Probleme der Überinvestition von Produktionskapazitäten und der Dopplung von Investitionen festzustellen, die aus der anarchischen Konkurrenz resultieren. Die Gefahr besteht, dass eine Stagnation der ADI und ein Nachlassen der Wirkung des großen Konjunkturprogramms zu einer Verschärfung etwa des Problems der

Überschusskapazitäten oder Büroleerstände führt, zumal die Konjunkturspritzen diese Tendenzen noch beschleunigen können. Ferner erschweren die beträchtlichen regionalen Unterschiede in den Entwicklungsniveaus des Landes eine stabile Entwicklung. Hoch entwickelte städtische Zentren und große, agrarisch geprägte, rückständige Gebiete bilden ein regelrecht gespaltenes Akkumulationsmodell.

Dennoch wird das aktuelle Krisenmanagement „mit chinesischen Charakteristika“ als ein großer Erfolg gewertet. Mittels enormer finanzieller Ressourcen leiteten der Zentralstaat (nicht zuletzt auf Grundlage der umfangreichen Währungsreserven) und die lokalen politischen Instanzen fiskal-, zins- und kreditpolitische Maßnahmen ein, die bisher (August 2010) einen Einbruch der Wachstumsraten unter die kritische Rate von etwa sieben bis acht Prozent verhindern konnten. (Unterhalb dieser Rate könnten mehrere Millionen zusätzlicher Arbeitskräfte pro Jahr nicht mehr in die städtischen Arbeitsmärkte integriert werden.) Das im Gefolge der Krise aufgelegte und nur teilweise von der Zentrale finanzierte Konjunkturpaket in Höhe von circa 4600 Milliarden Yuan (etwa 460 Milliarden Euro) dient dem weiteren Aufbau wirtschaftlicher und sozialpolitischer Infrastrukturen (Schienennetz, Autobahnen, Gesundheits- und Bildungswesen) und der technologischen Modernisierung. Neben die fiskalpolitischen Stimuli traten geldpolitische Maßnahmen. Während in liberalen Volkswirtschaften die (private) Kreditvergabe einbrach, konnte die chinesische Regierung den großen Staatsbanken nicht nur vorgeben, dass, sondern auch in welcher Richtung sie Geld zu verleihen hatten.

Doch die mittelfristigen Folgen dieser Krisenlösungsstrategie erscheinen ungünstig. Der Staat setzt darauf, dass die weltweite Konjunktur wieder anzieht, doch bislang hat sich diese Erwartung nicht in erhofftem Maße erfüllt. Aktuelle Investitionen könnten sich also bald als Überinvestitionen, die Kredite sich als faule Kredite herausstellen.¹⁶

¹⁴ Vgl. Dali L. Yang, *Remaking the Chinese Leviathan: Market Transition and the Politics of Governance in China*, Stanford 2004; Zheng Yongnian, *De Facto Federalism in China: Reforms and Dynamics of Central-local Relations*, Singapur 2007.

¹⁵ Auch die seit über einem Jahrzehnt wachsende Zahl der Privatisierungen und Privatunternehmen setzt die engen Beziehungen zwischen Partei, Staat und Unternehmen nicht außer Kraft. Das Privateigentum bleibt eingebettet in das (lokale) politische Umfeld. Viele ehemalige politische Kader der KPCh gingen in den 1990er Jahren den Weg des *red capitalist*. Vgl. Bruce J. Dickson, *Integrating Wealth and Power in China: The Communist Party's Embrace of the Private Sector*, in: *The China Quarterly*, (2007) 192, S. 827–854.

¹⁶ Von einer Analyse der chinesischen Kapitalmärkte muss an dieser Stelle abgesehen werden. Eine rigide staatliche Kontrolle des Kapitalverkehrs und der Wechselkurse verhindert bislang eine tief greifende Integration in die globalen Finanzmärkte. Der *Shanghai Stock Exchange A Shares Index* (Index inländisch handelbarer Aktien) hat in der ersten Jahreshälfte 2010 deutlich an Wert eingebüßt.

Auch der Immobilienmarkt gilt als Sorgenkind. Der Staat versucht nun, die erheblich ausgeweitete Kreditausgabe wieder zu drosseln. Doch auch dies funktioniert nicht immer wie gewünscht. Bis zum Sommer 2010 wuchs sie immerhin noch einmal um 15 Prozent. Folge werden (wieder einmal) notleidende Kredite sein, die das Finanzministerium und andere Staatsorgane wie der Staatsfonds Huijin bearbeiten müssen.

Ende des Niedriglohnmodells?

Eine schier endlose Zahl sehr niedrig entlohnter Menschen, die häufig als sozial deklassierte Wanderarbeiter auf der Suche nach Arbeit umherziehen, war jahrzehntelang das Rückgrat der chinesischen Wirtschaftsentwicklung.⁷ Doch diese Konstellation kann nicht unbegrenzt andauern. Erst jüngst, im Juni 2010, kam in einer Reihe aufsehenerregender Arbeitskämpfe zum Ausdruck, dass diese Grundlage des chinesischen „Wirtschaftswunders“ – hohe Ausbeutungsraten und eine extreme Ungleichheit – zur Disposition steht. Neuere Schätzungen zufolge verfügen 0,4 Prozent der Haushalte über 70 Prozent des Reichtums. Der Lohnanteil am BIP ist von 53 Prozent im Jahr 1992 auf etwa 40 Prozent im Jahr 2006 gesunken.⁸

Aufgrund der erheblichen Nachfrageausfälle im Exportsektor und der weltwirtschaftlichen Ungleichgewichte verweist die Staatsführung seit einiger Zeit verstärkt auf die Notwendigkeit, den Binnenmarkt zu stärken. Um dies zu erreichen, müssten sowohl die Löhne erheblich angehoben wie auch die sozialen Sicherungssysteme massiv ausgebaut werden. Dadurch aber, so Kritiker, stünde ein zentraler Wettbewerbsvorteil Chinas, die niedrigen Arbeitskosten und Steuern, die den Export beflügeln und Investitionen anziehen, infrage.

⁷ Im Jahr 2006 wies die Statistik 764 Millionen berufstätige Menschen auf, darunter etwa 320 Millionen in der Landwirtschaft, 200 Millionen im sekundären und 250 Millionen im tertiären Sektor. In den beiden letzteren Sektoren arbeiten etwa 200 Millionen Wanderarbeiter.

⁸ Vgl. He Jianwu/Louis Kuijs, *Rebalancing China's economy – Modeling a policy package*, in: World Bank China Research Paper, (2007) 7, online: www.worldbank.org.cn/english/content/working_paper7.pdf (2.2.2010).

Dem Vorschlag, die Unterkonsumtion zu bekämpfen, und dem Ziel, eine „harmonische Gesellschaft“ zu schaffen, also eine Art sozialpartnerschaftlicher Interessenausgleich, stehen erhebliche Hindernisse im Weg. Zwar werden offiziellen Angaben zufolge etwa 20 Prozent des Konjunkturpaketes für Sozialausgaben verwendet, doch dies kann eine Umorientierung auf den Binnenmarkt allein kaum garantieren. Gleichzeitig verlagern ausländische Großkonzerne Teile ihrer Produktion in die nördlichen, zentralen und westlichen Provinzen, um von den dortigen „Vorteilen“, das heißt im Klartext: niedrigeren Arbeitskosten, zu profitieren.⁹

Darüber hinaus bestehen Zweifel, ob neue Bestimmungen etwa zur Heraufsetzung des Mindestlohns in den Provinzen auch wirklich implementiert werden. Einige Strömungen innerhalb der Machtelite (etwa in den Regierungen der reichen Ostprovinzen) sehen die Krise als „Chance“ zur Modernisierung der Wirtschaft. Ihre Politik läuft auf die Schließung kleinerer Firmen und die Konzentration des Kapitals in größeren Unternehmenskonglomeraten hinaus, womit die Industrie modernisiert werden soll. Eine Eindämmung sozialer Ungleichheiten erscheint in diesem Szenario eher unwahrscheinlich.

Tatsächlich fehlt dem Versprechen, den Binnenkonsum zu stärken, in der Realität der chinesischen Arbeitsbeziehungen eine essenzielle Voraussetzung: die Vertretungskompetenz und Mobilisierungsfähigkeit der Gewerkschaften. Im System der Arbeitsbeziehungen des „sozialistischen“ China besitzen die (von Marx und anderen) eigentlich vorgesehenen Träger einer nach-kapitalistischen Gesellschaft lediglich einen Platz als machtlose, ausführende Objekte. In vielen Industriesektoren liegen die Basislöhne gegenwärtig nur bei etwa 50 Prozent des Gesamtlohns. Die Ableistung von Überstunden und Prämien als Lohnergänzung zeugt von der schwachen Verhandlungsposition der Lohnabhängigen. Damit einher geht eine heftige Konkurrenz zwischen den Mitarbeitern, die Gewerk-

⁹ Freilich stellt die Lohnhöhe nur einen Teil der tatsächlichen Kosten dar. Würden in den Metropolen Chongqing oder Wuhan keine niedrigen Steuern und durch moderne Infrastrukturen erzeugte sinkende Logistikkosten bestehen, würden große US-amerikanische oder taiwanische Firmen wie HP oder Foxconn dort wohl kaum ansässig.

schaften eigentlich zu überwinden trachten. Doch kollektive Verhandlungen über Löhne, Arbeitsrechte und Arbeitsbedingungen fehlen genauso wie branchenweite Tarifverträge: Die Regelung des Lohnverhältnisses ist auf der Ebene der einzelnen Unternehmen konzentriert. Bislang agieren die großen Staatsgewerkschaften (sofern sie überhaupt im Betrieb präsent sind) bei der Regulierung der betrieblichen Arbeitsbeziehungen vorwiegend als Co-Manager und Organisatoren von Freizeitaktivitäten. Ihre enge Anbindung an den Parteistaat verhindert eine unabhängige Interessenvertretung der Beschäftigten.

Demgegenüber kontrollieren die Arbeitgeber die wichtigsten volkswirtschaftlichen Ressourcen und besitzen häufig – das betrifft nicht nur die Manager der Staatsunternehmen – den Status eines politischen Kaders, was ihre Einflussmöglichkeiten erhöht. Ein Interesse an einer grundlegenden politischen Umwälzung haben sie nicht.

Der Parteistaat tritt diesem Ungleichgewicht zwar rhetorisch entgegen. Doch seine ausgleichende Stimme weist in diesem Zusammenhang eher auf eine grundlegende Aufgabe des Staates in kapitalistischen Systemen gegenüber unternehmerischen Partikularinteressen hin. Das offensichtliche Ziel des Parteistaates besteht darin, rechtliche Normen zur Regulierung des Lohnarbeitsverhältnisses zu institutionalisieren.

In den letzten Jahren haben die Widerstände jedoch zugenommen. Die Arbeiter entwickeln (wie in vielen anderen Ländern zuvor) soziale Ansprüche. Neben den bereits vom Staat eingeräumten Klagemöglichkeiten sind neue Formen der kollektiven Gegenwehr entstanden.¹⁰ Die lokale Einhaltung der Arbeitsgesetze hängt vom sozialen Druck ab, was sich teilweise in erfolgreichen Klagen etwa bezüglich der Auszahlung ausstehender Löhne manifestiert.

Die Regierung befürchtet nun, vereinzelte Unruhen könnten in einen sozialen Flächenbrand münden. Das Regime weiß um die Explosivität sozialer Proteste, die Älteren unter

den Mächtigen haben das Jahr 1989 noch in wacher Erinnerung, als eine studentisch geprägte Demokratiebewegung in eine Revolte der städtischen Bevölkerung und vieler Belegschaften überging und nur noch mittels Waffengewalt gestoppt werden konnte. Bei den Streiks im Sommer 2010 bei Zulieferern von Toyota oder Honda wurden offensive Forderungen wie nach besserer Bezahlung gestellt, die beteiligten Arbeiter hielten Versammlungen ab und wählten eigene Delegierte. Die sozialen Versprechen der Regierung, so befürchten Teile der Machteliten, könnten sich nunmehr zu allzu „unrealistischen“ Ansprüchen der Arbeiter verselbstständigen.¹¹

Markoliberaler Staatskapitalismus chinesischer Prägung

In den letzten Jahrzehnten kombinierten die chinesischen Machteliten in Politik und Wirtschaft erfolgreich die Selbsterhaltungsinteressen des Parteistaates mit der Umorientierung auf die Kräfte des Marktes. Die Doppelstruktur von Partei und Staat hat sich vor dem Hintergrund einer günstigen weltwirtschaftlichen Lage alles in allem als erstaunlich flexibel erwiesen. Auch wenn innerhalb der Machteliten Zentrifugalkräfte wirken, schafft deren relative Homogenität einen Spielraum für die Initiierung und Implementierung neuer Politiken. Es existiert ein Fortschrittsglaube, der an die Hochzeiten der Moderne erinnert und in neuartiger Weise zugleich auf die Vorzüge der „wissenschaftlichen“ Planung und der einzelunternehmerischen Schöpferkraft setzt.

Es stellt sich allerdings heraus, dass genau diejenigen Merkmale, die als Quellen des wirtschaftlichen Erfolgs gelten – wie die streng nach quantitativem Wachstum streben-

¹⁰ Vgl. China Labour Bulletin 2009, *Going It Alone: The Workers' Movement in China (2007–2008)*, online: www.clb.org.hk/en/files/share/File/research_reports/workers_movement_07-08.pdf (5.6.2009).

¹¹ Diese neueren Entwicklungen unterstützen eine Strömung in den Staatsgewerkschaften, die eine größere Unabhängigkeit und eine Stärkung gewerkschaftlicher Vertretungskompetenz in den Betrieben anstrebt. Ebenso fordert eine kleine Zahl chinesischer Experten Reformen des Systems der Lohnfindung, um die „Lohnempfänger reich zu machen“. Vgl. Boy Lüthje, *Arbeitsbeziehungen in China: „Tripartismus mit vier Parteien?“*, in: WSI-Mitteilungen, (2010) 9, S. 473–479. Chinesische Soziologen veröffentlichten jüngst eine scharfe Kritik an den unwürdigen Arbeits- und Lebensbedingungen der Wanderarbeiter. Vgl. Appeal by Sociologists, *Address to the Problems of New Generations of Chinese Migrant Workers*, online: <http://sacom.hk/archives/644> (12.7.2010).

den lokalen Entwicklungsstaaten sowie eine angebotsorientierte, Lohn- und Verteilungsfragen kaum berücksichtigende und den Ausbau zivilgesellschaftlicher Strukturen gering schätzende Politik –, in sich ihre krisenhaften Schattenseiten tragen. Während die Dezentralisierung der politischen Regulierung einen Trend zur Überinvestition und Dopplung von Investitionen beschleunigt, gefährdet die soziale Polarisierung das Wachstum der inneren Nachfrage. Eingeklemmt zwischen dem öffentlichen Versprechen, den Konsum zu stärken und die soziale Sicherung auszubauen, womit nicht zuletzt die wachsenden Ansprüche der arbeitenden Bevölkerung befriedigt werden sollen, und dem fortdauernden Glauben an die mit niedrigen Löhnen verbundenen Wettbewerbsvorteile, schwankt die Staatsführung zwischen ausgleichend-autoritativen und desorganisiert-despotischen Formen des Krisenmanagements.

Die Wohlstandsmehrung in breiten Bevölkerungsschichten und die hiermit verbundenen individuellen Aufstiegsmotivationen bildeten bis heute die Grundlage der Herrschaftssicherung und -stabilisierung. Wenn dies infrage gestellt wird, droht auch der chinesische Entwicklungsweg vor ernsthafte Zerreißproben gestellt zu werden.

Es lag unter anderem an der hohen internationalen Nachfrage, dass die chinesische Wirtschaft seit den 1990er Jahren keinen ernsthaften Einbruch erlebt hat. In der gegenwärtigen Krise hat sich dieser Faktor abgeschwächt und die Exportwirtschaft belastet. Dass die hohe Wachstumsrate nicht empfindlich gestört wurde, ist seitdem vor allem den Rettungsaktionen des Staates zu verdanken – und der Tatsache, dass es an keinem anderen Ort der Erde bessere Wachstumsaussichten gibt. Auch deshalb strahlt der Stern Chinas weiter.

Zweifellos ist die chinesische Wirtschaftsentwicklung imposant – ein Gang durch die Metropolen des Landes oder die gigantischen Industrieparks und Fertigungsanlagen sagt mehr als tausend Worte –, doch widerspruchsfrei ist sie beileibe nicht. Einmal mehr zeigt sich, dass ein Kapitalismus ohne Krisen und soziale Widersprüche nicht zu haben ist. Das gilt auch für den markoliberalen Staatskapitalismus chinesischer Prägung.

Anja-Désirée Senz

Zwischen kultureller Anpassung und Autonomie: Nationale Minderheiten in China

Das heutige China zeichnet sich durch eine große Heterogenität aus, die nicht nur aus regionalen und ökonomischen Unterschieden resultiert, sondern auch ethnisch bedingt ist. Denn in China lebt eine Vielzahl von Gesellschaften, deren kulturelle Prägung sich von den „Han-Chinesen“ unterscheidet. Der Name „Han“ geht zurück auf die Han-Dynastie zwischen 206 v. u. Z. und 220 n. u. Z. und wurde zur Selbstbezeichnung für die heutige chinesische Mehrheitsbevölkerung. Jedoch sind auch die Han-Chinesen keineswegs eine homogene Gruppe, sondern das Ergebnis der Vermischung verschiedener Völker im Laufe der Geschichte. Insofern gibt es innerhalb dieser Gruppe erhebliche, zumeist regional gedeutete Unterschiede bei Sprache, Sitten und Gebräuchen. Trotz dieser unterschiedlichen Lebensweisen ist ihre gemeinsame Identität jedoch sehr ausgeprägt, und ein wichtiges verbindendes Element ist der Stolz auf die Heimat China und die chinesische Kultur.

Anja-Désirée Senz

Dr. phil.; wissenschaftliche Geschäftsführerin des Konfuzius-Instituts Metropole Ruhr an der Universität Duisburg-Essen, Bismarckstraße 120, 47057 Duisburg.
anja.senz@uni-due.de

Nach offizieller chinesischer Lesart gibt es neben den Han-Chinesen weitere 55 Nationalitäten – ethnische Gruppen, die als anerkannte „nationale Minderheiten“ Chinas gelten und deren Größe zwischen einigen Tausend und mehreren Millionen Personen variiert. Chinesische Lieder besingen die Beziehungen zwischen den verschiedenen Nationalitäten der multiethnischen Gesellschaft Chinas gern als das Zusammenleben einer großen Familie bestehend aus „56 Brüdern und Schwestern“. Die Han-Chinesen sind mit etwa 1,2 Milliarden Menschen die zahlenmäßig größte Gruppe und stellen, um im Bild zu bleiben, den „großen Bruder“ für die übrigen

55 nationalen Minderheiten dar, die als eine Gruppe „kleiner Geschwister“ zusammen etwa 106 Millionen Menschen umfassen. Das sind nur etwa 8,6 Prozent der Gesamtbevölkerung, aber die von ihnen bewohnten Regionen umfassen zwei Drittel der Gesamtfläche Chinas, insbesondere die rohstoffreichen, aber wenig erschlossenen Grenzgebiete.

Traditionelles chinesisches Weltbild

Im traditionellen Weltbild galt China als das „Reich der Mitte“. Dieses Zentrum der zivilisierten Welt, in dessen Mittelpunkt der chinesische Kaiser lebte, war umgeben von „Barbaren“, deren kulturelles Niveau mit wachsender Entfernung vom Mittelpunkt abnahm. Die Ackerbau treibenden Han-Chinesen fühlten sich diesen „Barbaren“, vielfach waren es Nomaden- und Jägervölker, überlegen. Der Konfuzianismus, für viele Jahrhunderte die staatstragende Ideologie Chinas, war die Basis dieses Überlegenheitsgefühls.

Im konfuzianischen Denken ging man davon aus, dass die Ausstrahlung der chinesischen Kultur und ihrer Errungenschaften so stark sei, dass sich die nicht-chinesischen Völker an diese anpassen würden, wenn man sie ihnen nur vermittelte. So konnten aus „Barbaren“ „Chinesen“ werden, wenn diese sich in das chinesische System einfügten und ihre kulturellen Eigenarten aufgaben.¹ Ein interessantes Beispiel für die kulturelle Anpassung sind die in den nördlichen Regionen Chinas lebenden Mandschuren. Zu ihnen werden heute etwa 10 Millionen Menschen gerechnet. Im 17. Jahrhundert eroberten sie China und installierten die letzte Dynastie, die Qing. Während dieser Herrschaftszeit, die erst 1911 ein Ende fand, passten sie sich jedoch in hohem Maße chinesischen Lebensgewohnheiten an. Inzwischen ist sogar ihre Sprache nahezu in Vergessenheit geraten.

Die Unterschiede zwischen verschiedenen Völkern wurden in China vornehmlich kulturell und über unterschiedliche Stadien der kulturellen Entwicklung interpretiert, wobei sich die Han-Chinesen als die fortschrittlichsten

und zivilisiertesten Menschen betrachteten. Im Zuge der Auseinandersetzung mit dem Westen wich das Denken in kulturellen Einflusszonen ab Ende des 19. Jahrhunderts allmählich der Notwendigkeit, feste territoriale Grenzen zu definieren und einen Nationalstaat zu schaffen. Nach den politischen Wirren zu Beginn des 20. Jahrhunderts bestand für die neue kommunistische Führung Chinas ab 1949 eine wesentliche Herausforderung darin, das chinesische Territorium und seine Grenzen zu sichern und die nationale Einheit zu erreichen. Die chinesische Politik gegenüber den auf chinesischem Gebiet lebenden ethnischen Minderheiten reflektiert diesen Aspekt insofern, als im offiziellen Sprachgebrauch nicht von verschiedenen Ethnien (*zuqun*), sondern von 56 in China lebenden Nationalitäten (*minzu*) beziehungsweise 55 nationalen Minderheiten (*shaoshu minzu*) gesprochen wird.

Nach der Gründung der Volksrepublik China bemühte sich der chinesische Staat um die Identifizierung nationaler Minderheiten. Nach offizieller chinesischer Definition gilt eine Gruppe dann als nationale Minderheit, wenn sie sich durch gemeinsame historische Wurzeln, eine stabile Gemeinschaft von Mitgliedern mit einem erkennbaren Siedlungsgebiet, eine gemeinsame Sprache sowie ökonomische und kulturelle Gepflogenheiten von anderen Menschen unterscheidet. Doch erweist sich die Anwendung dieser Definition als schwierig. Manche Gruppen (wie die Hui) haben keine eigene Sprache. Zudem leben die etwa zehn Millionen Menschen, die den Hui zugerechnet werden, in sechs chinesischen Provinzen – sie gelten als diejenige ethnische Gruppe, die am weitesten verstreut in China lebt. Ihr Siedlungsgebiet ist also kaum abzugrenzen. Der zentrale Unterschied zwischen den Han-Chinesen und den Hui ist ihre Religion, denn die Hui sind islamisch geprägt. Ihre Herkunft geht auf Kaufleute aus dem arabischen und persischen Raum zurück, die im 7. Jahrhundert nach China kamen.²

Frühe chinesische Nationalitätenpolitik

Der erste Verfassungsentwurf von 1949 verfolgte mit Bezug auf ethnische Minderheiten den Gedanken der „Einheit und Gleichheit“.

¹ Vgl. Gudula Linck, Die Menschen in den Vier Himmelsrichtungen. Chinesische Fremdbilder, in: Helwig Schmidt-Glintzer (Hrsg.), Das andere China, Wiesbaden 1995, S. 257–289.

² Vgl. Michael Dillon, China's Muslim Hui Community: migration, settlement and sects, Richmond 1999.

Dessen Artikel 50 formulierte, dass alle Nationalitäten innerhalb der chinesischen Grenzen gleich und Diskriminierung, Unterdrückung sowie Separatismus verboten seien. Der Theorie nach sollten offiziell anerkannte Minderheiten den Han-Chinesen rechtlich gleichgestellt und in der Ausübung ihrer Religion, Sprache und Kultur nicht eingeschränkt werden. Zugleich wurde im Sinne der nationalen Einheit die unbedingte Integration in den chinesischen Staat gefordert.

Wichtiger Teil der chinesischen Nationalitätenpolitik war die offizielle Anerkennung ethnischer Gruppen als nationale Minderheiten. Bis zum Jahr 1979 erkannte der chinesische Staat insgesamt 55 Minderheiten an. Alle späteren Forderungen ethnischer Gruppen auf Anerkennung als eigenständige nationale Minderheit wurden von der politischen Führung Chinas abgelehnt. Doch erweist sich die offizielle Anerkennung nicht nur deshalb als problematisch. Es wurden z. B. auch verschiedene ethnische Gruppen, die mehrheitlich in den Provinzen Sichuan und Yunnan leben, unter der gemeinsamen Bezeichnung Yi zusammengefasst, obwohl sie große kulturelle Unterschiede aufwiesen. Die Mosuo wiederum wurden aus vielfältigen, hauptsächlich politischen Gründen nicht als eigenständige Gruppe anerkannt, sondern zählen bis heute zur Minderheit der Naxi. Diese in der Provinz Yunnan lebende Gruppe umfasst insgesamt 300 000 Menschen. Im Gegensatz zu den Naxi ist die Sozialstruktur der Mosuo jedoch matrilinear geprägt, die verwandtschaftlichen Verhältnisse, das Erbrecht und die Abstammungslinie sind also an der Familie der Mutter und nicht an der des Vaters orientiert.

Anerkannte Minderheiten mit größeren zusammenhängenden Siedlungsgebieten erhielten eine regionale Gebietsautonomie. Daher gibt es neben den chinesischen Provinzen heute fünf sogenannte *Autonome Gebiete*. Darüber hinaus bestehen weitere autonome Verwaltungseinheiten auf den nachgeordneten staatlichen Ebenen, den Kreisen und Gemeinden. So wurde beispielsweise im südwestlichen China 1958 das Autonome Gebiet Guangxi der Zhuang geschaffen. Von den 55 nationalen Minderheiten sind die Zhuang mit etwa 16,2 Millionen Menschen heute die größte Gruppe. Ihr Siedlungsgebiet erstreckt sich neben drei Provinzen im Südwesten Chinas auch auf Vietnam und Laos, wo sie unter den

Namen Tay, Giay oder Nung bekannt sind. Ein gemeinsames ethnisches Bewusstsein der Zhuang war zunächst jedoch gering ausgeprägt. In den frühen 1950er Jahren bezeichnete sich die Mehrheit der Menschen, die heute zu den Zhuang zählen, selbst nicht als Zhuang, sondern identifizierte sich mit verschiedenen kleinen, lokalen sozialen Gruppen, die verstreut in Chinas Südwesten lebten und teils im Streit miteinander lagen, andere definierten sich als Han-Chinesen. Keine Regierung vor 1949 hatte sie als Zhuang beziehungsweise als eine gemeinsame ethnische Gruppe betrachtet. Vor diesem Hintergrund scheint es, dass frühe Sonderregelungen für Minderheitenangehörige wie Selbstverwaltungsrechte oder Quoten in politischen Gremien Strategien des chinesischen Staates waren, die isoliert lebenden sozialen Gemeinschaften Südwestchinas unter einer gemeinsamen Bezeichnung in den chinesischen Staat zu integrieren.³

Beispiele zeigen, dass viele ethnische Gruppen nicht prinzipiell die staatliche Berechtigung zur ethnischen Zuordnung in Zweifel zogen, sondern ihre Kritik gegen eine falsche Kategorisierung richteten und sich damit letztlich in die staatliche Ordnung einfügten. Insofern resultiert ethnisches Bewusstsein in China heute aus einem Dreiklang von ethnischem Selbstverständnis, der Abgrenzung zu anderen Gruppen sowie der staatlichen Zuschreibung. Bereits in den 1950er Jahren fielen die positiven Ansätze der chinesischen Nationalitätenpolitik – das heißt diejenigen politischen Programme, welche die ethnischen Minderheiten betrafen – den teils mit großer Radikalität in ganz China umgesetzten politischen Experimenten der kommunistischen Führung zum Opfer. So galt z. B. „lokaler Nationalismus“, also die Förderung der lokalen ethnischen Gruppenzusammengehörigkeit, als schweres Delikt. Mit dem Klassenkampf als Leitlinie wurden ethnische Konflikte als Konflikte zwischen Klassen gedeutet. Nach dem Verständnis der damals in China dominanten stalinistischen Lehre, welche Gesellschaften nach unterschiedlichen Entwicklungsniveaus abstuft, galten ethnische Minderheiten außerdem als historisch rückständig, wurden nicht selten als unterentwickelt verachtet und sollten mit Hilfe der kommunistischen Ideologie modernisiert werden. Besonders schlimm traf es

³ Vgl. Katherine Palmer Kaup, *Creating the Zhuang: Ethnic politics on the PR China*, Ann Arbor 1997.

die Minderheiten in der Kulturrevolution von 1966 bis 1976, als ihre Sitten und Gebräuche, die Schriften und religiösen Ausdrucksformen verboten wurden.¹⁴ Moscheen und Tempel wurden geschlossen und religiöse Würdenträger ebenso wie Gläubige verfolgt. Religiöse Feste, bei denen zur Ahnenverehrung Tiere geopfert wurden, wurden als „Verschwendung“ gebrandmarkt, Schamanen wurden als „Betrüger“ bezeichnet, Liederfeste verboten, weil sie „die Produktion behinderten“ oder weil „anstößige Texte“ gesungen wurden. Vielfach kam es zur Zerstörung und Schändung von Kulturgütern und religiösen Stätten, Aufstände wurden brutal niedergeschlagen.¹⁵ Diese Ereignisse stellen eine schwere Hypothek für die Beziehungen zwischen den Han-Chinesen und den ethnischen Minderheiten dar.

Wandel der Nationalitätenpolitik in den 1980er Jahren

Im Zuge der Reform- und Öffnungspolitik ab 1978 und dem wachsenden politischen Interesse, die wirtschaftliche Entwicklung auch in den Minderheitengebieten zu forcieren, änderte sich die Nationalitätenpolitik. Sie verfolgte fortan den Gedanken der „Autonomie und Gleichheit“. Dieser fand einen ersten Ausdruck in der Verfassung von 1982 und dem „Autonomiegesetz“ von 1984, welches den Minderheiten *formell* die weitreichendsten Freiheiten seit 1949 gewährte. Neben verwaltungstechnischen Rechten wie bei Entscheidungen zur Gestaltung der lokalen Wirtschaftsentwicklung oder im Bildungswesen zählten dazu auch Sonderregelungen für Minderheitenangehörige beim Hochschulzugang, der Geburtenplanung, der Verwendung eigener Sprachen und Schriften und einer Quotenregelung in den Parlamenten (Volkskongressen) auf den verschiedenen politischen Ebenen. Eine wirkliche Autonomie besteht jedoch bis heute nicht.

Aufgrund der politischen Struktur der Volksrepublik ist die Kommunistische Partei Chinas

(KPCh) allen Verwaltungsorganen übergeordnet. Das Autonomiegesetz bezieht sich auf den staatlichen Verwaltungsapparat und vermag daher die Rechte der ethnischen Minderheiten nicht ausreichend zu schützen. Außerdem können formal gewährte Rechte nicht eingeklagt werden, weil China kein Rechtsstaat ist. Bei wichtigen Punkten wie der Ansiedlung von Industrieanlagen, der Ausbeutung natürlicher Ressourcen oder Zuwanderungsregeln für Han-Chinesen haben die Minderheiten kein formales Mitspracherecht. So kommt es, dass in vielen sogenannten Autonomen Gebieten ethnischer Minderheiten Han-Chinesen die Bevölkerungsmehrheit bilden, was zu großer Unzufriedenheit bei vielen Minderheitenangehörigen führt. Die Migration erfolgte in den vergangenen Jahrzehnten durch staatliche Umsiedlungen von Han-Chinesen aus den bevölkerungsreichen Zentren Ostchinas, durch die Stationierung von Armee-Einheiten, die Verschiebung von städtischen Mittelschulabgängern in Minderheitengebiete sowie durch inoffizielle Einwanderung.¹⁶

Seit den 1990er Jahren haben sich aufgrund des Rückzugs des Staates und des durch die Reformpolitik bedingten raschen sozialen Wandels neue Freiräume für die ethnischen Minderheiten und lokale Kulturen ergeben. Im religiösen und kulturellen Bereich werden viele Traditionen wieder gepflegt. Dies gilt nicht nur für den Islam und den Buddhismus, sondern auch für animistische Vorstellungen. So können traditionelle Heiler und Schamanen ihren Tätigkeiten wieder nachgehen und erfreuen sich auch im urbanen Raum wachsender Popularität. Auch steigt die Repräsentation der Minderheiten in den staatlichen Gremien und eine Ergänzung des Autonomiegesetzes von 2001 betont insbesondere den Aspekt der Verbesserung von Rekrutierungschancen ethnischer Minderheiten in die staatliche Verwaltung. Doch auch weiterhin entspricht der Anteil der Minderheiten besonders in der Lokalverwaltung zumeist nicht ihrem jeweiligen lokalen Bevölkerungsanteil.

¹⁴ Vgl. June Dreyer, Assimilation and accommodation in China, in: Michael Brown/Sumit Ganguly (eds.), Government policies and ethnic relations in Asia and the Pacific, Cambridge–London 1997, S. 351–391.

¹⁵ Vgl. Thomas Heberer, Die Nationalitätenfrage in China am Beginn des 21. Jahrhunderts, in: Gunter Schubert (Hrsg.), China: Konturen einer Übergangsgesellschaft auf dem Weg in das 21. Jahrhundert, Hamburg 2001, S. 81–134.

¹⁶ Vgl. Mette Halskov Hansen, Frontier people, Vancouver et al. 2005.

Armut und Konflikte

Das Verhältnis zwischen der Han-Mehrheit und den nationalen Minderheiten ist zwei-

felsfrei konfliktbehaftet. Es lassen sich drei zentrale Konfliktfelder unterscheiden:

Politisch: Zum einen sind Konflikte politischer Natur, weil den Minderheiten Selbstbestimmungsrechte beziehungsweise eine gleichberechtigte politische Teilhabe fehlen. Sehr wesentlich resultiert dieser Mangel aus der Grundstruktur des chinesischen politischen Systems und wird im Rahmen des gegenwärtigen Gefüges kaum zu überwinden sein.

Ökonomisch: Zum zweiten basieren Konflikte auf ökonomischen und damit eng verbunden auch auf ökologischen Problemen. Landumwidmung, industrielle Erschließung, Rohstoffexploration und Umweltzerstörung bilden den Kerninhalt dieser Art von Konflikten. Die Siedlungsgebiete ethnischer Minderheiten werden in starkem Maße ökonomisch ausgebeutet, oftmals allerdings, ohne dass die ethnischen Minderheiten an den Erträgen partizipieren würden. Insgesamt zählt ein großer Teil der heutigen Minderheitengebiete zu den ärmsten Regionen Chinas: 80 Prozent der Menschen in Minderheitengebieten lebten zu Beginn des neuen Jahrtausends unterhalb der Armutsgrenze. Seit Gründung der Volksrepublik im Jahr 1949 flossen Subventionen in diese Gebiete, doch wurden sie häufig im Interesse der Han-Gebiete eingesetzt. Und obwohl ein Wirtschaftswachstum in den Siedlungsgebieten ethnischer Minderheiten zu verzeichnen ist, haben sich die Entwicklungsunterschiede zu den Han-Gebieten, die sich deutlich rascher entwickeln, in den vergangenen Jahren vergrößert.

Benachteiligt sind Minderheitenangehörige auch auf dem Arbeitsmarkt, was zu deutlich höheren Arbeitslosenraten im Verhältnis zur han-chinesischen Mehrheit führt. Zwar fließen Finanzmittel für den Infrastrukturaufbau und zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung im Rahmen des sogenannten Go-West-Programms explizit nach Westchina, wo ein Großteil der ethnischen Minderheiten lebt. Dies hat jedoch unter anderem die Zuwanderungen von Han-Chinesen begünstigt und damit massiven Einfluss auf die lokalen Strukturen genommen.

In ganz China hat die rasante Wirtschaftsentwicklung schwere ökologische Folgen. Von dieser Umweltzerstörung sind auch die Siedlungsgebiete ethnischer Minderheiten stark

betroffen. Die Umweltverschmutzung durch Industriebetriebe führt zu hohen Krankheitszahlen. In einigen Bezirken der Miao in Südwestchina beispielsweise ist die Lebenserwartung im Vergleich zum Landesmaßstab deutlich niedriger. Nach offiziellen Angaben ist der Grund in der Wasserverschmutzung durch Industrieabfälle zu sehen. Der Nordwesten Chinas wiederum, in dem früher hauptsächlich Viehzucht betrieben wurde, ist ökologisch schwer geschädigt, weil Weidegebiete in großem Umfang in Ackerland umgewandelt wurden. Die für den Ackerbau notwendige Bewässerung führte zur Austrocknung von Flüssen und Binnenseen, der Überweidung der Graslandschaften folgten Versalzung und Vegetationsrückgang sowie eine Ausbreitung der Wüsten. Die Verschlechterung der Bodenqualität sowie der Verlust von Anbauflächen und der Rückgang der Erträge entzieht vielen Angehörigen ethnischer Minderheiten die Existenzgrundlage, so dass gerade die jüngeren auf der Suche nach alternativen Einkommensquellen in die Städte abwandern. In den Städten kam es jedoch in den vergangenen Jahren immer wieder zu Gewalttätigkeiten zwischen der Han-Bevölkerung und ethnischen Zuwanderern, die oftmals für den Anstieg von städtischer Kriminalität oder den Drogenhandel verantwortlich gemacht werden.

Soziokulturell: Insgesamt ist der chinesische Modernisierungsweg und der gesellschaftliche Wandel in China für die ethnischen Gruppen mit einem unterschwelligen Gefühl der Bedrohung verbunden, weil mit ihm die Zuwanderung von Han-Chinesen, die Abwanderung von Angehörigen der eigenen Ethnie, die industrielle Erschließung der Minderheitengebiete, Umweltprobleme sowie die Aufweichung der jeweiligen Kultur einhergehen. So sind es zum Dritten soziokulturell begründete Spannungen, die aus dem mangelnden Respekt für die ethnischen Gruppen und die Bewahrung ihrer Kultur resultieren.

Die ethnischen Minderheiten reagieren unterschiedlich auf diese Konfliktformationen. Generell scheint der Gebrauch der eigenen Sprachen und Schriften unter den meisten Minderheitenangehörigen ebenso abzunehmen wie das Tragen von Trachten. Ausschlaggebend hierfür dürfte zum einen der gesellschaftliche Modernisierungsprozess sein, mit dem eine Angleichung in Alltagsleben und Konsumgewohnheiten einhergeht. Da

im Bildungssystem außerdem Schriften und Sprachen der Minderheiten als zweitrangig betrachtet werden, werden Minderheitensprachen oftmals nur in der Grundschule oder der ersten Stufe der Mittelschulen gelehrt, danach ist Chinesisch die einzige Sprache. Wer eine Universität besuchen oder beruflich aufsteigen möchte, benötigt in erster Linie gute Chinesisch-Kenntnisse. Viele Eltern bevorzugen daher aufgrund angenommener besserer Zukunftschancen eine „chinesische“ Ausbildung.[¶] Insgesamt tendieren viele der kleineren ethnischen Gruppen demnach zu Resignation und Anpassung an die Mehrheitskultur. Bei einigen Gruppen wächst aber auch das Bewusstsein ethnischer Identität durch eine Rückbesinnung auf die eigenen Traditionen. Bei einem weiteren Teil schlägt dieses Bewusstsein in Widerstand um, wobei vielfältige Formen des aktiven und passiven, des gewaltfreien und gewalttätigen Widerstandes unterschieden werden können.

Xinjiang und Tibet

Besonders konfliktgeladen ist die Situation der ethnischen Minderheiten im westchinesischen Xinjiang. Dort kommt es seit Beginn der 1990er Jahre immer wieder zu schweren Auseinandersetzungen mit den han-chinesischen Machthabern und dies konfrontiert die chinesische Zentralregierung mit größeren innenpolitischen Problemen als der Fall Tibet. Doch anders als die Tibeter haben die ethnischen Gruppen Xinjiangs weder innerhalb noch außerhalb Chinas einen dem Dalai Lama vergleichbar bekannten Vertreter. Ihre Anliegen werden daher international weniger vernommen.

Das westchinesische Xinjiang, dort wo China an die Mongolei, Russland, Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan und die Region Kashmir grenzt, umfasst ein Sechstel der Gesamtfläche Chinas. Als Grenzregion zur früheren Sowjetunion war es stets von besonderem sicherheitspolitischem und strategischem Interesse. Heute ist die Region wegen ihres Reichtums an Bodenschätzen wie Erdöl, Gas und Kohle von hoher Bedeutung. In

diesem westlichsten Teil Chinas leben zehn nationale Minderheiten. Von den insgesamt 17 Millionen Einwohnern Xinjiangs sind die Uiguren mit acht Millionen die größte ethnische Gruppe. Daher heißt das Gebiet offiziell *Autonomes Gebiet Xinjiang der Uiguren*. Die Uiguren sind ein islamisch geprägtes Turkvolk mit langer Tradition und Geschichte und Lebensgewohnheiten, die im klaren Kontrast zu denjenigen der Han-Chinesen stehen. Als Anfang der 1990er Jahre die sowjetischen Republiken Kasachstan, Kirgisistan und Tadschikistan unabhängig wurden, keimte auch bei den chinesischen Uiguren die Hoffnung auf eine gemeinsame uigurische Republik. Forderungen nach einem eigenen Staat aber wurden von den chinesischen Behörden gewaltsam unterdrückt und als Terrorismus bezeichnet. Repression, Versammlungsverbote, die Überfremdung durch die chinesische Zuwanderung und die vielfältigen Formen der ethnisch bedingten Benachteiligung haben die Konflikte geschürt, die Polarisierung zwischen Chinesen und Uiguren gefördert und führen anhaltend zu Gewalttätigkeiten.[¶]

Ähnlich problematisch ist die Situation in Tibet. Wie bei den Uiguren ist auch bei den Tibetern das ethnische Wir-Gefühl und das Bewusstsein, nicht „chinesisch“ zu sein, stark ausgeprägt.[¶] Der gesamte tibetische Kulturraum ist etwa doppelt so groß wie die heutige chinesische Verwaltungseinheit, die nach der Gründung der Volksrepublik China geschaffen wurde. In diesem *Autonomen Gebiet Tibet* sowie in den angrenzenden chinesischen Provinzen Qinghai, Gansu, Sichuan und Yunnan leben Tibeter. Allerdings sind sie ethnisch und sprachlich keine einheitliche Gruppe. Zu der von China anerkannten nationalen Minderheit der Tibeter werden etwa 4,5 Millionen Menschen gerechnet. Im *Autonomen Gebiet Tibet* leben neben den Tibetern weitere offiziell von China anerkannte nationale Minderheiten wie die Salar und die Tu.

Aus chinesischer Perspektive ist Tibet seit vielen hundert Jahren ein Teil Chinas. Nach dem Verständnis der politischen Führung in

¶ Vgl. Gerard Postiglione, Education of Ethnic Groups in China, in: James Banks (ed.), The Routledge International Companion on Multicultural Education, New York–London 2009, S. 501–511.

¶ Vgl. Colin Mackerras, China, Xinjiang and Central Asia, London et al. 2009.

¶ Vgl. Thomas Heberer, Verwaltungsmethode zur Reinkarnation eines Lebenden Buddhas, in: Zeitschrift für chinesisches Recht, 15 (2008) 1, S. 1–9.

Peking wurden die Menschen in Tibet durch den chinesischen Einmarsch 1950 von den mittelalterlichen Verhältnissen der Leibeigenschaft befreit. Aus Sicht der Tibeter hingegen war dies eine Invasion. Mit Verweis auf längere Perioden der faktischen Unabhängigkeit Tibets von China betrachten sie die Herrschaft der Chinesen über Tibet als illegitim. Aufgrund der wechselvollen Geschichte ist der völkerrechtliche Status Tibets bis heute umstritten.

Für China ist Tibet von großer ökonomischer und strategischer Bedeutung. War das tibetische Hochland früher vor allem eine Pufferzone gegenüber den geostrategischen Interessen Russlands und Großbritanniens, ist es heute wirtschaftlich wichtig. Die Erschließung und Ausbeutung der Rohstoffe, die Zerstörung von Klöstern und eine Politik der ethnischen Verdrängung durch Besiedlung aus Zentralchina haben das Gesicht Tibets in den vergangenen Jahrzehnten verändert. Lhasa, die Hauptstadt der Region und ehemalige Residenz des Dalai Lama, gleicht in vieler Hinsicht inzwischen einer chinesischen Stadt.

Seit 2006 verbindet eine Eisenbahn Tibet mit dem restlichen China. Sie ist das sichtbare Symbol für Chinas Willen, Tibet zu erschließen. Neben wirtschaftlichem Fortschritt will man auch den Tourismus nach Tibet bringen und so hatte sich nach chinesischen Angaben die Zahl der Touristen bereits im ersten Halbjahr nach Eröffnung der Zugstrecke nahezu verdoppelt. Die überwiegende Mehrheit der rund eine Million Besucher kam aus China, nur 73 000 ausländische Gäste waren darunter. Der Widerstand der Tibeter gegen diese „Entwicklungspolitik“ äußert sich in Unruhen sowie Fluchtbewegungen besonders nach Indien und Nepal. Zugleich ist aber auch eine Angleichung der tibetischen Jugend an ein weltliches Leben und seine Konsumkultur zu beobachten. Diese entfremdet sie möglicherweise stärker von ihren religiös-kulturellen Wurzeln, als jeder administrative Druck aus Peking es vermag.

Tourismus als Wirtschaftsfaktor

Die Mehrheit der ethnischen Minderheiten lebt in den dünnbesiedelten chinesischen Randgebieten im Norden, Westen und Süden.

Im chinesischen Kernland und an der prosperierenden Ostküste siedeln vornehmlich Han-Chinesen. Die han-chinesische Mehrheit lernt die nationalen Minderheiten daher kaum durch persönliche Kontakte beziehungsweise im Zusammenleben kennen. Sie beziehen ihre Kenntnisse über die Lebensgewohnheiten und die Kultur der Minderheiten vielmehr aus der Schule, aus Büchern, Zeitungen oder aus Film und Fernsehen.

Betrachtet man diese mediale Wiedergabe genauer, zeigt sich, dass in Reportagen über einzelne Regionen und die dort lebenden ethnischen Gruppen oftmals spezifische Bilder erzeugt werden. So wird beispielsweise ein scharfer Kontrast zwischen modernen und traditionellen Lebensformen gezeichnet. Die farbenreichen Trachten, natürlichen Landschaften und einfachen landwirtschaftlichen Arbeitsmethoden der ethnischen Gruppen kontrastieren mit der großstädtischen Moderne und neuen Technologien. Damit wird beim Betrachter das Bild der Rückständigkeit ethnischer Minderheiten erzeugt und wach gehalten, die mit chinesischer Hilfe überwunden werden kann. Nationale Minderheiten werden auch gerne in exotischer Weise in bunten Gewändern singend und tanzend dargestellt, wobei Musik, Gesang und Tanz häufig an den han-chinesischen Geschmack angepasst werden. Diese Bilder verfügen über einen ästhetischen Wert für die Han-Chinesen. Aber durch die Reproduktion von Stereotypen über „die Anderen“ dienen sie kaum dem Erwerb tatsächlicher Kenntnisse über die jeweilige Kultur.¹⁰

Ein Effekt der erfolgreichen wirtschaftlichen Entwicklung des vergangenen Jahrzehnts sind Einkommenssteigerungen, die es den Chinesen erlauben, zu verreisen. Traf man vor 15 Jahren noch vornehmlich Touristen aus Europa, Amerika und den asiatischen Nachbarländern an allen wichtigen Sehenswürdigkeiten Chinas, hat sich das Bild inzwischen gewandelt. Zwar kommen nach wie vor viele ausländische Touristen, aber die Zahl der Chinesen, die das eigene Land erkunden, ist in den vergangenen fünf Jahren um 600 Millionen gestiegen. Die Reise-lust erstreckt sich neben den aus historischen Gründen berühmten Orten auch auf die Ge-

¹⁰ Vgl. Anja-Désirée Senz/Yi Zhu, Von Ashima zu Yi-Rap, Duisburg 2001.

bierte der ethnischen Minderheiten, vor allem die nord- und südwestlichen Landesteile. Aufgrund der vielen dort lebenden ethnischen Minderheiten gelten diese Regionen als exotisch.

Für diese Gebiete ist der Tourismus eine wichtige, oft die einzige Einnahmequelle. So entstanden in den vergangenen Jahren auch sogenannte „Minderheitenparks“. Dort soll die Lebensweise einzelner Minderheiten, ihre Trachten, Zeremonien und Musik für Touristen vorgeführt werden. Oftmals werden dabei auch Teile der materiellen Kultur – Kleidung, Gefäße, Musik – feilgeboten, die an den Geschmack der Touristen angepasst wurden, um sie besser vermarkten zu können. Diese Form der Kommerzialisierung wird nicht von allen positiv beurteilt. Während die Einen die Einkommensverbesserungen begrüßen, sehen Andere darin einen Ausverkauf beziehungsweise eine Aushöhlung der lokalen Kultur. Die Einen lehnen diese Form der musealen Präsentation als unauthentisch ab, die Anderen sehen darin eine Chance, kulturelle Gebräuche vor dem Vergessen zu bewahren. Und wo die Einen die Parks als „touristische Ausweichorte“ begrüßen, welche touristische Überfremdung und die damit verbundenen Probleme für die Dörfer (wie Müllentsorgung) reduzieren helfen, kritisieren die Anderen die stereotype Darstellung von traditionellen Lebensweisen.

Wie auch immer man urteilt, die „Minderheitenparks“ könnten zumindest ein Hinweis darauf sein, dass die Mehrheitsgesellschaft im Gegensatz zu früher Interesse an den nationalen Minderheiten zeigt und langsam ein Umdenkungsprozess einsetzt, der die Relevanz ethnischer Vielfalt für das kulturelle Leben Chinas erkennt. Wenn mit dem gestiegenen Interesse auch der Respekt für die Minderheiten wächst, wäre dies ein wichtiger Beitrag zur Minderung bestehender sozialer Spannungen. In politischer Hinsicht müsste die gegenwärtige Autonomie in ein System der territorialen Selbstverwaltung überführt werden, bei dem den ethnischen Minderheiten die Gestaltung ihres Lebensraumes obliegt und dadurch eine Bewahrung ihrer lokalen Kulturen unter selbstgewählten Vorzeichen möglich wird.

Gerhard Paul

„Chinas Mona Lisa“ – Zur Geschichte des Mao-Porträts und seiner globalen Rezeption

Ende des Jahres 2007 erschien in spanischen Zeitungen eine Anzeige des französischen Automobilherstellers Citroën: Von einer Anschlagfläche herunter schielt Mao Zedong, Vorsitzender des Zentralkomitees (ZK) der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) von 1949 bis 1976, dem neuesten Citroën-Modell hinterher. Nach Protes-

ten aus China musste sich der Autobauer beim chinesischen Volk entschuldigen und die Werbung einstellen. Der Anzeige zugrunde lag das offizielle Staatsporträt Maos auf dem Platz des Himmlischen Friedens, dem Tiananmen Platz, in Peking. Dieses Porträt ist als „Chinas Mona Lisa“ und als „Mona Lisa der Weltrevolution“ bezeichnet worden. Es sei Chinas erster und einziger globaler Markenartikel, befand die New York Times, „a kind of George Washington, James Dean and Che Guevara wrapped in one“. Wie die Fotos von Marilyn Monroe und Che Guevara gehört es zu den Ikonen des 20. Jahrhunderts. Mit Maßen von sechs mal vier Metern und einem Gewicht von zwei Tonnen ist es ein Bild der Superlative und vermutlich das größte Outdoor-Porträt, das es gibt. Allein während der Kulturrevolution wurde es in einer Auflage von 2,2 Milliarden Exemplaren vervielfältigt. Der Vergleich mit Leonardo da Vincis „Mona Lisa“ drängt sich auf. Wie diese schaut Mao den Betrachter frontal an, und wie Da Vincis Gemälde entfaltet auch das Mao-Bild eine eigene ästhetische Kraft.

Gerhard Paul

Dr. rer. pol., geb. 1951; Professor am Institut für Geschichte und ihre Didaktik an der Universität Flensburg, Auf dem Campus 1, 24943 Flensburg. paul@uni-flensburg.de www.prof-gerhard-paul.de

Bild-Variationen

Mindestens acht Varianten des Mao-Porträts auf dem Tiananmen Platz lassen sich unter-

scheiden. Über ein erstes Porträt ist nur bekannt, dass es im Frühjahr 1949 und damit noch vor der Gründung der Volksrepublik (VR) China *auf* dem Balkon über dem Tor des Himmlischen Friedens angebracht war. Das erste offizielle Porträt, das man während der Proklamation der VR am 1. Oktober 1949 den Massen präsentierte und das nun unterhalb des Balkons angebracht war, war ein Tag zuvor aufgehängt worden. Es beruhte auf einer Fotografie, auf der Mao eine achteckige Kappe und eine grobe, dunkle Uniformjacke mit Stehkragen trägt. Seine unmittelbare Funktion war es, den Menschen auf dem riesigen Platz das Bild ihres Staatsgründers zu zeigen, der auf der Tribüne nur als winziger Punkt zu sehen war und von dem es bislang nur wenige Bilder gab. Mao hat den Kopf hier leicht nach rechts gewendet. Über die Betrachter auf dem Platz hinweg schaut er teilnahmslos in die Ferne. Zum 1. Mai 1950 ersetzte man dieses Bild durch ein Gemälde, das Mao nun ohne Kappe zeigte. Wie auf dem ersten Porträt war der „Große Vorsitzende“ aus der Untersicht dargestellt, den Kopf leicht nach links und den Blick gegen den Himmel gerichtet – ebenfalls ohne Blickkontakt zu den Menschen auf dem Platz. Zum ersten Jahrestag der Staatsgründung löste ein viertes Porträt dieses Bild ab, auf dem Mao den Kopf nun wieder leicht nach rechts gedreht hatte, aber weiterhin den Blickkontakt zu den Massen mied. Das eigentliche Ursprungsporträt, wie es bis heute dem offiziellen Porträt zugrunde liegt, stammt aus dem Jahr 1952. Es wurde von dem Kunsterzieher Zhang Zhenshi geschaffen und beruhte ebenfalls auf einer fotografischen Vorlage. Erstmals schaute Mao die Betrachter nun mild lächelnd und direkt an. Dass nur ein Ohr zu sehen war, wurde später als ignorant kritisiert und abgeändert.

Neben diesen Porträts lassen sich drei weitere Varianten ausmachen: das *Two-ear*-Porträt von 1958; das im Unterschied zu 1952 gebläutete, auf der linken Gesichtshälfte leicht verschattete Porträt Wang Guodongs von 1966, auf dem Mao nun deutlich älter und väterlicher dargestellt ist und seinen Kopf wie schon auf dem Porträt von 1950 wieder leicht



Mao Zedong; verschiedene Bild-Variationen

Quelle: Sammlung Paul, Flensburg.

nach rechts gewendet hat, wodurch nur mehr sein rechtes Ohr zu erkennen ist; sowie das seit Ende der 1970er Jahre bis heute offiziell gültige *Two-ear*-Porträt von Liu Yang. Der „Große Vorsitzende“ wirkt hier deutlich älter, die Augenhöhlen weisen Schatten auf, sein Gesicht ist breiter und leicht aufgedunsen, wodurch die bislang markanten Gesichtszüge verschwimmen.

Zeitloses Herrscherbild

Im Unterschied zu anderen Herrscherporträts des 20. Jahrhunderts dominiert seit nunmehr 60 Jahren eine immer gleiche, ikonenhaft starre Darstellung das offizielle Porträt Maos. Dieser erscheint nicht als der Agitator wie vor ihm Lenin, als Anführer einer Massenbewegung wie Hitler oder als Verkünder des Fortschritts wie Stalin, sondern einzig als

† Vgl. Gerhard Paul, Das Mao-Porträt. Herrscherbild, Protestsymbol und Kunstikone, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History, 6 (2009) 1, S. 58–84.

† New York Times vom 28.5.2006.

der alterslose väterliche „Führer“. Mit dem Verzicht auf jedwede Herrschaftssymbole und -insignien betont das Porträt die übernatürlichen und göttlichen Fähigkeiten des „Großen Vorsitzenden“, dessen Wille und Kraft als Person im Mittelpunkt der Darstellung stehen. Anders auch als das bekannte Stalin-Bild von Fjodor Schurpin, das den Diktator mit Moderne und Zukunft – symbolisiert durch Traktoren, Hochspannungsmasten und Sonnenaufgang – in Verbindung bringt, verzichtet das Mao-Porträt auf jegliche identifizierbaren Hintergründe. Dadurch wird die transzendente Qualität des Porträtierten hervorgehoben und dieser zur übermenschlichen Figur verallgemeinert. Durch den fehlenden Bildhintergrund, den Verzicht auf zusätzliche Herrschaftsinsignien als auch durch die nur minimalen Änderungen am Ursprungsbild ist es den Einflüssen der Zeit enthoben. Mao erscheint keiner besonderen Rolle verpflichtet, sondern einzig als über den Massen schwebender gottähnlicher „Führer“. Durch die fotorealistische Abbildung sowie durch die Fixierung der Betrachter durch den Porträtierten bleibt Mao zugleich eine diesseitige Person.

Unterstrichen wird dieser Eindruck durch die graue, Uniform ähnliche Jacke, die er auf allen Porträts seit 1951 trägt. Zeigten ihn die ersten Porträts noch in einem dunklen Militäranzug mit hoch geschlossenem Stehkragen, bildete ihn Xin Mang erstmals in einem grauen Anzug ab. Dieses, später als Mao-Anzug populär gewordene Kleidungsstück bestand aus einem modernisierten schmalen Rundkragen, zwei symmetrisch aufgenähten Brust- und Seitentaschen sowie fünf Uniformknöpfen, die den Anzug bis zum Kragen verschließen. Anders als Stalin verzichtete Mao auf jedweden Ordensschmuck; vielmehr bestach seine Kleidung durch betonte Schlichtheit, absolute Korrektheit und strenge Symmetrie. Historisch geht das Kleidungsstück auf einen von Sun Yat-sen, den Revolutionsführer und Gründer der chinesischen Republik, in Auftrag gegebenen Anzug zurück, der 1923 von der Kuomintang zur Pflichtkleidung der chinesischen Beamten erklärt und seit 1927 auch von dem jungen Mao getragen wurde.^P

^P Vgl. Tina Mai Chen, Mao Zedong and Sun Yat-sen suits, in: Edward L. Davis (ed.), *Encyclopedia of contemporary Chinese culture*, London-New York 2005, S. 373 f.

Anders als spätere Poster lässt das offizielle Mao-Porträt keine originären chinesischen Traditionen etwa der Tusche- oder Bauernmalerei erkennen. Vielmehr ist es der westlichen beziehungsweise der sowjetischen Malerei verpflichtet, wie sie seit 1949/50 an den Kunstakademien in China gelehrt wurde, deren Lehrer vielfach in der Sowjetunion studiert hatten. Und auch der Kult, der um das Porträt später gemacht wurde, erinnert eher an byzantinische Traditionen, in dem der Kaiser als Abbild Gottes erschien. Wie damals sollten die Untertanen in ihrer Haltung zum Bild und im Umgang mit diesem Staat und Partei ihre Loyalität bezeugen.

Blick aus dem Bild und Aura des Ortes

Das Mao-Porträt stellt eine offene Komposition dar, die ihre Wirkung vor allem durch die von ihm ausgelösten Blickbeziehungen zwischen Betrachter und Bild sowie durch den Ort seiner Präsentation bezieht.^F Mit dem Blick aus dem Bild findet eine Raumerweiterung statt. Das Bild öffnet sich dem Betrachter und fängt ihn geradezu ein. In diesem Sinne ist das Porträt nicht nur gestaltetes Abbild, sondern zugleich Medium, das den Betrachter zur Teilnahme auffordert. Wie die „Mona Lisa“ entfaltet das Mao-Porträt damit eine eigene Kraft, indem es unabhängig von den Standorten und Bewegungen jedes einzelnen Betrachters auf dem Platz auf jeden Blick simultan reagiert und die Betrachter durch den Blick auf das Bild an Maos „übernatürlichem Wesen“ teilhaben lässt. Allerdings agieren Porträt und Betrachter nie auf Augenhöhe. Vielmehr schwebt Mao über diesen, was das Übernatürliche und Göttliche des Porträtierten betont. Sein Blick überstrahlt den Platz und von diesem aus die Welt. Dieser Effekt sei sehr bewusst geschaffen worden, wie einer der Mao-Porträtisten später einräumte: „This image is very different from any indoor painting in its method of representation and visual effect. (...) It should be equally ideal when viewed from front or sidewalks, and equally powerful when viewed from any spot in Tiananmen Square, whether from the Golden Water Moat, the nati-

^F Vgl. Wu Hung, *Remaking Beijing: Tiananmen Square and the Creation of a Political Space*, London 2005, S. 78.

onal flag pole, or from the Monument to the People's Heroes.“⁵

Seine Wirkung erzielt das Mao-Porträt darüber hinaus durch den besonderen Ort seiner Präsentation. Zur klassischen Ikonografie des Herrschers zählte immer auch ein entsprechendes architektonisches Umfeld. Vor allem symbolische Orte des Sieges wie Feldherrenhügel, Triumphbögen oder Siegessäulen eigneten sich als Hintergründe, vor denen man sich wie in einer Blue Box porträtieren ließ. Auch das Mao-Porträt macht hiervon keine Ausnahme. Seine Wirkung ist daher auch im Kontext des Ortes und dessen Architektur zu sehen. Diese statteten das Bild mit einer zusätzlichen Aura aus. Der Ort fungiert dabei als metaphorischer Körper, der dem Bild Bedeutung und Sinn verleiht. Für die kanadische Kunsthistorikerin Francesca Dal Lago ist der Ort des Porträts der wichtigste Faktor der Bildwirkung überhaupt.⁶

Seit 1949 hängt das Porträt unverändert an der Nordseite des Tiananmen Platzes. Für die Betrachter befindet es sich optisch vor der Kulisse des mächtigen Kaiserpalastes. Das Bild thront gleichsam über dem Tor des Himmlischen Friedens aus dem 15. Jahrhundert, das bis 1911 für alle normal Sterblichen den Zugang zur Verbotenen Stadt versperrte, und exakt an der Stelle, an der bis zum Ende der Kaiserzeit die kaiserlichen Dekrete der Öffentlichkeit bekannt gemacht worden waren – traditionell ein Ort besonderer Bedeutung. Topografisch befindet es sich auf der Zentralachse des Pekinger Stadtplans. Zugleich hängt es unterhalb der Tribüne, von der aus Mao 1949 die VR China proklamierte und die wiederum von dem offiziellen Staats- emblem – den ährenumkränzten fünf goldenen Sternen und dem goldenen Zeichen des Kaiserpalastes und des Tores des Himmlischen Friedens – gekrönt wird. Für Millionen chinesischer Kommunisten ist der Tiananmen Platz seit 1949 der Ort des Sieges und das symbolische Zentrum des neuen China. Das Porträt besitzt somit keine dekorative Funktion, es beherrscht vielmehr einen zentralen Ort und kreiert zusammen mit an-

deren Elementen des Platzes einen symbolischen Raum, der traditionelle mit neuen sozialistischen Elementen verknüpft. Seit 1950 ist das Porträt durch die Schriftzüge „Lang lebe die Volksrepublik China“ und „Lang lebe die Einheit der Völker der Welt“ eingefasst, welche die Bedeutung Maos als Gründer des modernen China wie als Weltpolitiker betonen.

Die Funktion des Ortes und des Tores als Resonanzkörper des Porträts ist das Ergebnis einer rigorosen Stadtplanung. Diese löste das Tor seit 1958 aus seinem traditionellen Umfeld, ließ andere Tore und Monumente sowie die den Platz begrenzenden Mauern schleifen und neue Monumente wie das Denkmal der Volkshelden errichten. Zusätzliche symbolische Bedeutung erhielt der Ort dadurch, dass das Tor seit 1949 mit dem offiziellen Staats- emblem über eine Krone verfügte.

Bis zur Kulturrevolution wurde das Porträt, einer christlichen Reliquie vergleichbar, nur wenige Tage im Jahr gezeigt: um den 1. Mai sowie am Nationalfeiertag, dem 1. Oktober. Seit 1966 hängt das Bild dauerhaft an seinem heutigen Platz. Einmal im Jahr, jeweils unmittelbar vor den Feiern zum 1. Oktober, wird es seitdem durch ein weitgehend identisches Bild ersetzt. Lediglich ein einziges Mal – nach dem Tode Stalins – hing an seiner Stelle zu Ehren des verstorbenen Sowjetführers dessen Konterfei. Nach Maos Tod 1976 wurde das farbige Porträt als Zeichen der Trauer für kurze Zeit durch eine Schwarzweißfotografie ersetzt, an dessen Rändern ein Trauerflor angebracht war. Seit dieser Zeit nun bezieht sich Mao gleichsam auf sich selbst, indem er über den riesigen Platz auf sein eigenes Mausoleum blickt und somit den gesamten Platz beherrscht.

Bildkult

Erst mit der Kulturrevolution setzte sich das Mao-Porträt als wichtigstes Andachtsbild und als allgegenwärtige Ikone in China durch.⁷ Voraussetzungen hierfür waren seine multimediale Präsenz und die unterschiedliche Materialität seiner Darstellungen. Seit

⁵ Ge Xiaoguang zit. nach: Jia Yinting (Hrsg.), *Tiananmen*, Peking 1998, S. 92.

⁶ Vgl. Francesca Dal Lago, *Personal Mao: Reshaping an Icon in Contemporary Chinese Art*, in: *The Art Journal*, 58 (1999) 2, S. 46–59, hier: S. 48.

⁷ Vgl. Robert Benewick, *Icons of Power: Mao Zedong and the Cultural Revolution*, in: Harriet Evans/Stephanie Donald (eds.), *Picturing Power in the People's Republic of China – Posters of the Cultural Revolution*, Lanham 1999, S. 123–138.

der Kulturrevolution begrüßten lebensgroße Maos die Besucher in den Eingängen von öffentlichen Gebäuden. An markanter Stelle positioniert zierten sie in Form von Plakaten Regierungsgebäude, Schulen, Kindergärten, Parks und Kultureinrichtungen. Kopien des Tiananmen Porträts befanden sich jetzt in fast jedem Haus. Mit der Mao-Bibel, die 1966 die Auflagenhöhe von einer Milliarde Exemplare überschritt und deren Frontispiz ebenfalls das Porträt des „Großen Vorsitzenden“ schmückte, erfuhr das Bild eine weitere Verbreitung. Für einige Zeit nahm die Verehrung Maos geradezu rituellen Charakter an, wenn Mao-Worte vor dem Bild rezitiert, Loyalitätstänze vor dem Porträt aufgeführt oder geradezu fanatisch Kopien hergestellt wurden. Ein sowjetischer Beobachter schrieb beeindruckt: „Bauern ziehen mit Mao-Postern auf die Felder. Manchmal zäunen sie die Felder mit Mao-Bildern ein. Bauern aus Tibet platzieren Mao-Büsten neben Bildnissen von Buddha. Rotgardisten tragen das Porträt Maos auf Brusthöhe wie Ikonen durch Straßen und Gänge.“¹⁰ Mitunter hatte der Kult skurrile Züge, wenn dem Porträt Erlösungs- und Wunderqualitäten zugeschrieben wurden. Die Zeitung *Peking Review* berichtete von einem Mann, der bewusstlos in einem Krankenhaus gelegen und beim Betrachten eines Mao-Porträts die Erinnerung zurück erhalten habe.¹¹

Das US-Satiremagazin *The Onion* brachte die Herrschaftsfunktion des Bilderkults auf den Punkt. Unter der Überschrift „Riesiges Mao-Poster erringt die Macht in China“ hieß es in einer fiktiven Meldung aus Peking vom 2. Oktober 1949: „Das chinesische Volk feierte heute, einen langen Bürgerkrieg beendend, die Machtübertragung an ein sechs mal vier Meter großes Poster des Vorsitzenden der Kommunistischen Partei Chinas Mao Zedong. Nachdem die postergeführte Regierung in ihr Amt eingeführt war, fand ein großer Parteitag auf dem Platz des Himmlischen Friedens statt, währenddessen das Bild vom Balkon herunter über die versammelte Masse schaute. Tausende waren gekommen, um dem Poster, das jetzt die bevölkerungsreichste Nation der Erde führt, ihren Tribut zu zollen. Das Zentralkomitee wählte das Pos-

ter zum alleinigen Führer der neuen kommunistischen Regierung Chinas; kleinere Abbildungen sollen regional die Autorität über das geeinte Land gewährleisten.“¹⁰

Bild gegen Bild

Die Beziehungen zwischen Herrschern und Beherrschten erschöpften sich auch in China keineswegs nur in kultischer Verehrung und Erlösungsglauben. Gerade dort, wo die Bürger in ihrer Haltung zum Bild und im Umgang mit diesem Staat und Partei ihre Loyalität bezeugen sollten, war das Porträt immer auch Ziel von Protest. Bekannt wurden vor allem die Demonstrationen vom Frühjahr 1989. Wu Hung hat diese als Kulminationspunkt einer *image-making movement* beziehungsweise als *war of monuments* bezeichnet.¹¹ Nicht zufällig handelte es sich bei vielen Akteuren um Kunststudenten und Künstler. Die Aktionen begannen am 19. April, als Studenten der Pekinger Zentralakademie der Bildenden Künste nach dem Tod des Reformpolitikers Hu Yaobang ein Porträt des Politikers am Denkmal der Heroen des Volkes gegenüber dem Mao-Bild anbrachten. Für Schlagzeilen sorgte am 23. Mai der Farbanschlag von drei jungen Männern aus dem Geburtsort Maos auf das Mao-Porträt. Wie einer der Beteiligten später erklärte, habe man die Kritik an der Kommunistischen Partei „an ihrer Wurzel Mao“ demonstrieren wollen. Da andere Demonstranten eine Diskreditierung ihrer Bewegung befürchteten, und auch Mao unter ihnen vielfach noch als positive Ikone gegen das korrupte Regime und sein Porträt damit als sakrosankt galt, wurden die drei „Frevler“ von Mitstreitern gepackt und der Polizei übergeben. Höhepunkt der Proteste war die Errichtung eines Gegenmonuments, der *Goddess of Democracy*, am 30. Mai 1989 durch Kunststudenten unmittelbar gegenüber und auf Augenhöhe mit dem Mao-Porträt.¹² Die Freiheitsgöttin auf dem Tiananmen Platz schaute Mao direkt an. Sie bekundete damit symbolisch ihren An-

¹⁰ Zit. nach: George Urban (ed.), *The Miracles of Chairman Mao: A compendium of devotional literature 1966–1967*, London 1971, S. 171–178, hier: S. 175 f.
¹¹ Ebd., S. 144.

¹⁰ Scott Dikkers (ed.), *Our Dumb Century: 100 Years of Headlines from America's Finest News Source*, New York et al. 1999, S. 77.

¹¹ W. Hung (Anm. 4), S. 109, 85 und 113.

¹² Vgl. Tsao Tsing-yuan, *The Birth of the Goddess of Democracy*, in: Jeffrey N. Wasserstrom/Elisabeth J. Perry (eds.), *Popular Protest and Political Culture in China*, Boulder 1994, S. 140–147.

spruch auf Teilhabe an der Macht. Unmittelbar zu Beginn der blutigen Niederschlagung der Protestbewegung am 4. Juni 1989 wurde das Gegensymbol unter den Augen Maos von einem Armeepanzer zerstört. Nachdem ein Panzer die Zelte der auf dem Platz campierenden Demonstranten überrollt hatte, steuerte er mit Vollgas die Statue der Freiheitsgöttin an, die daraufhin zusammenstürzte und so zur wichtigsten Märtyrerin der Demokratiebewegung avancierte.

„Mona Lisa der Weltrevolution“

Mit den antiautoritären Protestbewegungen der 1960er Jahre und der Pop Art der 1970er Jahre begann das Mao-Porträt um den Erdball zu zirkulieren. Es wurde Teil eines globalen *cultural* beziehungsweise *visual flow*.¹³ In dem sich Bedeutung und Funktion des Bildes immer neu veränderten. Befördert durch eine merkwürdig positive Rezeption der Kulturrevolution in den antiautoritären Milieus des Westens übertrug sich der Mao-Bildkult seit 1967 auf die studentischen Protestbewegungen in Westeuropa und den USA: der erste Schritt auf dem Weg des Mao-Bildes zur globalen Ikone des Jahrhunderts. Vergleichbar der zwischen Reliquienkult und Protestgestus schwankenden Verehrung Che Guevaras wurde das Mao-Bild auf Demonstrationen in Paris, New York und Berlin wie eine Monstranz mitgeführt. Es wurde Teil eines öffentlichen Kollektivakts, der politische Identität und mediale Wirkung gleichermaßen zu garantieren schien. In Deutschland war es vor allem die Kommune 1, die durch spektakuläre Aktionen wie den Abwurf von Mao-Bibeln von der Berliner Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche das Mao-Porträt als Protestsymbol und Provokationsmedium bekannt machte.¹⁴ Anfangs sei der Mao-Kult noch eine „Jugendstimmung“ und „radikal chic“ gewesen; später sei das Mao-Porträt zur Antithese und zum Symbol des Protestes gegen Konsumgesellschaft

und Kapitalismus, zur „Mona Lisa der Weltrevolution“, avanciert.¹⁵ Sich einen Mao-Button anzustecken oder das Porträt an die Wand seiner Studentenbude zu pinnen, galt als radikalste Antithese zur bürgerlichen Welt wie zur revisionistischen Alt-Linken. Das Mao-Bild avancierte durch solche Praktiken zu einer der Hauptikonen der Studentenbewegung und zur „Popikone der Weltrevolution“,¹⁶ ohne dass sich die „68er“ jemals ernsthaft mit der Herrschaftspraxis ihres leuchtenden Vorbilds auseinandergesetzt hätten.

Indes demonstrierte die spätkapitalistische Gesellschaft zugleich ihre Fähigkeit, solche Protestsymboliken in Warenkultur und Kulturindustrie einzuverleiben. Die Rockgruppe Pink Floyd integrierte es in ihre Bühnenshow. Angeregt vom Mao-Kult der französischen Studenten verhalf der Pariser Modeschöpfer Pierre Cardin seit 1967 dem Mao-Anzug im Westen zum Durchbruch. International verblasste dabei immer mehr die Erinnerung an Mao als brutalem Gewaltpolitiker.

Mona Lisa der Pop Art

Inspiziert vom Mao-Kult der „68er“ griffen Künstler das Mao-Porträt auf. Auch diesen ging es weniger darum, sich kritisch mit der diktatorischen Praxis oder dem totalitären Kunststil in China auseinanderzusetzen als vielmehr darum, die eigenen Mechanismen der Bildproduktion in Medien und Kunst zu reflektieren. Das Mao-Porträt fungierte dabei lediglich als Folie. Bereits 1966 schuf Thomas Bayrle ein mit einem Elektromotor betriebenes kinetisches Holzrelief mit dem Mao-Porträt der 1950er Jahre, das sich in drei Schritten in einen roten Stern verwandelte. Ein Mao-Porträt der 1960er Jahre lag einem Gemälde Gerhard Richters zugrunde. Dieser reproduzierte Maos Gesicht in extremer Unschärfe, wodurch dieser gespensterhaft wie verklärt zugleich wirkte. Ebenfalls noch vor Andy Warhol hatten auch Roy Lichtenstein, Sigmar Polke und Salvador Dalí Mao zum Gegenstand künstlerischer Arbeiten gemacht.

¹³ Vgl. Marita Sturken/Lisa Cartwright, *Practices of looking. An introduction to visual culture*, Oxford 2001, S. 315ff.; Fuwei Shen, *Cultural Flow between China and the outside world throughout history*, Peking 1996.

¹⁴ Vgl. Laura K. Diehl, *Die Konjunktur von Mao-Images*, in: Sebastian Gehrig/Barbara Mittler/Felix Wemheuer (Hrsg.), *Kulturrevolution als Vorbild? Maoismus im deutschsprachigen Raum*, Frankfurt/M. 2008, S. 179–201, hier: S. 179.

¹⁵ Gerd Koenen, Rotwelsch und Zeichensprache, in: Andreas Schwab/Beate Schappach/Manuel Gogos (Hrsg.), *Die 68er. Kurzer Sommer – lange Wirkung*, (Ausst.-Kat.), Frankfurt/M. 2008, S. 262–271, hier: S. 269.

¹⁶ L. K. Diehl (Anm. 14), S. 179.

Zur Ikone der Pop-Kultur wurde Mao indes erst durch Andy Warhol und die Pop Art, die als transnationale Übersetzungsmaschine fungierte.¹⁷ Indem sich Warhol der ideologisch wie propagandistisch geformten Ikone bediente, die er in seinem Stil adaptierte und nach Gesetzen des kapitalistischen Kunstmarktes vertrieb, führte er den mit dem Mao-Porträt verbundenen Mythos ad absurdum. Wie in der Markenwerbung reduzierte er den chinesischen Staatschef auf den Status einer Marke, bei der es letztlich nur auf die richtige Verpackung, das heißt auf die Farbgebung von Gesicht und Hintergrund, ankam. Insgesamt schuf Warhol mehr als 2000 Mao-Porträts.¹⁸ Mit ihnen machte Warhol Mao noch zu dessen Lebzeiten zum größten Popstar des Jahrhunderts und zur beliebig reproduzierten Massenware. In der verfremdenden Entpersonalisierung geriet das Mao-Porträt zur teuer gehandelten Ware des Kunstmarktes.

Im Zentrum der künstlerischen Thematisierung Mao Zedongs im Westen standen so primär die eigenen medialen und künstlerischen Perspektiven und Mechanismen und kaum einmal das offizielle Herrscherporträt in China selbst oder gar die historische Gestalt. Wie andere Künstler thematisierte Warhol nicht den historischen Partei- und Staatsführer, „sondern das modifizierte, kommerzialisierbare Symbol, die künstliche Maofigur der westlichen Perspektive, die für bestimmte Schlagworte stand“.¹⁹ Indem Künstler wie Warhol und Richter Mao in markt- und medienkritischer Absicht auf eine von Kunstsammlern zu erwerbende Ware und auf ihre dekorative Hülle reduzierten, ihn damit zur konsumierbaren Kunstperson machten, lösten sie ihn aus seinen originären historisch-politischen Kontexten heraus und leisteten somit der Aufspaltung von Oberfläche und Hintergrund, von Bild und Abbild Vorschub. Auf diese Weise entideologisierten sie das Porträt, negierten seine originäre Herrschaftsfunktion, machten

es konsumierbar und trugen damit letztlich zur globalen Popularisierung und Mythologisierung Maos bei.

Am radikalsten dekonstruiert wurde das Mao-Porträt von dem aus Peking stammenden, der Kunstrichtung des Zynischen Realismus verpflichteten Künstler Zhang Hongtu. In Installationen wie „Pingpong-Mao“ griff Zhang die Ikonenhaftigkeit des Mao-Bildes auf, dessen Gesichtsumriss bereits genügt, um die Erinnerung an das Ursprungsbild zu aktivieren. Einer der wenigen Künstler, die die Produktion des Mao-Bildes und den Mao-Kult selbst zum Thema machten, war Jörg Immendorf, ehemals selbst Mitglied der maoistischen Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD). Mit seinem Gemälde „Anbetung des Inhalts“ von 1985 betrieb er zugleich ein Stück künstlerischer Biografearbeit.

„Mao Craze“

Obwohl nach Maos Tod und dem öffentlichen Eingestehen von Fehlern Maos, dessen Bilder schrittweise aus der Öffentlichkeit verschwanden, blieb das Porträt vom Tiananmen Platz hiervon verschont. Da Mao anders als andere Diktatoren des 20. Jahrhunderts selbst nie entmachtet oder fundamental infrage gestellt wurde, überlebte sein Porträt die politischen und kulturellen Veränderungen nach 1989. Es blieb daher als politische Ikone, als banaler Alltagsgegenstand sowie als Objekt der Kunst auch im modernen China präsent.

Der Bruch mit der chinesischen Variante des Sozialistischen Realismus nach 1989 beförderte eine kritisch-ironische Auseinandersetzung mit dem Mao-Bild in der chinesischen Gegenwartskunst. Künstler begannen mit dem idealisierten Porträt zu spielen wie etwa Wang Keping, der das Abbild des gereiften Mao mit dem einer korpulenten buddhistischen Gottheit verband und damit auf dessen Vergötzung anspielte, oder Liu Wei, in dessen Gemälden Mao nur mehr Hintergrund für ein Kinderfoto ist. In ihrer Thematisierung des Mao-Kults orientierten sich chinesische Künstler vor allem an den Mao-Bildern Gerhard Richters und Andy Warhols. Als bedeutendster Repräsentant der Pop Art-Künstler Chinas und einer der ersten, der Mao als Subjekt in die chinesische Kunstszene einführte,

¹⁷ Vgl. Lydia Haustein, *Global Icons. Globale Bildinszenierung und kulturelle Identität*, Göttingen 2008, S. 233 ff.

¹⁸ Vgl. Sabine Müller, *Symbole in der modernen Medien- und Konsumgesellschaft – Andy Warhols Mao Wallpaper*, in: Jörn Lamla/Sighard Neckel (Hrsg.), *Politisierter Konsum – konsumierte Politik*, Wiesbaden 2006, S. 185–204.

¹⁹ Ebd., S. 202.

gilt Yu Youhan. Seit den frühen 1990er Jahren setzte er sich wiederholt mit dem Mao-Porträt und seiner Vergangenheit auseinander. Dabei benutzte er sowohl Darstellungstechniken der traditionellen chinesischen Malerei als auch der offiziellen Propagandakunst und der Pop Art. Nur selten erfolgte die Auseinandersetzung in genuin chinesischen Kunsttraditionen wie den populären Neujahrsbildern, die die Luo Brothers verwendeten.

Heute könne man in China auf keine moderne Kunstaussstellung gehen, auf der sich nicht mindestens ein Drittel der Künstler „irgendwie an Mao abarbeitet, und sei es nur, weil sich solche Kunst gut verkauft“, so der in Peking lebende ehemalige *Titanic*-Redakteur Christian Y. Schmidt im Jahr 2008.²⁰ Tatsächlich provozierte beziehungsweise motivierte weniger die Politik und herausragende Stellung Maos die Künstler, sondern vor allem dessen Porträt und der es umgebende Bilderkult. Zum Teil war und ist diese Auseinandersetzung biografisch oder politisch motiviert, zum Teil verselbständigte sie sich analog der öffentlichen Nutzung des Mao-Bildes zum modischen Selbstzweck. „Überall und immer wieder“, so Schmidt, werde Mao „mit Ikonen der westlichen Moderne kombiniert, tritt er mit Marilyn Monroe und der Freiheitsstatue auf oder trinkt Coca Cola“. Die standardisierte Kunstware Mao löste die standardisierte Propagandakunst um den „Großen Vorsitzenden“ ab.

Im heutigen China ist der ideologische Mao-Kult einem unpolitischen Alltagskult gewichen, der das Mao-Bild als mächtiges Motiv im Leben der meisten Chinesen präsent hält.²¹ Mao-Porträts zieren Schaufenster und Kioske. Models gefallen sich in T-Shirts mit dem Aufdruck des Konterfeis des „Großen Vorsitzenden“. Das Mao-Bild fungiert als Warenzeichen für anspruchsvolle Konsumartikel. Das Bild hat gar den Status eines Talismans erhalten, indem es von Taxi- und Busfahrern benutzt wird, um Gefährte wie Passagiere vor Unfällen zu bewahren. All das hatten die Werbefachleute von Citroën nicht bedacht, als sie 2007 ihre Werbekampagne mit dem Porträt Maos planten.

²⁰ Frankfurter Rundschau vom 1.8.2008.

²¹ Vgl. Michael Dutton, *From Culture Industry to Mao Industry*, in: *Boundary*, 32 (2005) 2, S. 151–168.

Marcus Hernig

„Großartiges Reich der Mitte“: Zur Aktualität chinesischer Mythen

Weida de zhongguo“ (großartiges Reich der Mitte) – so lautet das Urteil vieler Chinesen über ihr Land. Die Aussage wird oft spontan und wenig reflektiert getroffen, als wäre sie eine Selbstverständlichkeit. Das „großartige Reich der Mitte“ ist ein Mythos, der so alt ist wie die Kultur des Reiches am Gelben Fluss und Yangtse-Strom. Eine beispiellose Entwicklung zu einem nicht nur wirtschaftlich bedeutenden Staat in der globalisierten Welt des 21. Jahrhunderts lässt den Mythos heute wieder aktuell erscheinen.

Marcus Hernig

Dr. phil., geb. 1968; Außerordentlicher Professor für German and Chinese Studies an der Zhejiang-Universität in Hangzhou; Sida Lu 266, 2/3f, 200081 Shanghai/China. mhernig@gmx.net

Ursprünglich war der Begriff „Reich der Mitte“ ein Plural und bezeichnete die geografische Lage kleiner Fürstentümer am Gelben Fluss, die als „Staaten der Mitte“¹ den Kern des heutigen Chinas bildeten. Im Laufe der Jahrhunderte entstanden weitere Staaten um diese geografischen Kerne herum. Sie wurden schließlich vom Potentaten Qin Shi Huang (259–210 v. Chr.), der sich als „erster Kaiser von Qin“ bezeichnete, im Jahr 221 v. Chr. geeint. So wurden die „Länder in der Mitte“ zum „Reich der Mitte“.

Der geografische Begriff „Reich der Mitte“ wurde sehr bald zu einem kulturellen: Das, was in der Mitte lag und ein geeintes Reich bildete, galt als höherstehender und entwickelter als die meist nomadisierenden „Barbarenländer“ an der Peripherie. Wer „in der Mitte“ lebte, der war gewiss, in einer Region zu leben, die laut Selbstwahrnehmung als

¹ Jacques Gernet, *Die chinesische Welt*, Frankfurt/M. 1988, S. 58.

politisches und kulturelles Zentrum der Welt galt, ohne dass diese Region viel von der „Außenwelt“, besonders jener in Europa, wusste.

Auch viele Europäer waren bis zu Beginn des 19. Jahrhunderts davon überzeugt, dass China eine der „bestmöglichen Welten“, wenn nicht gar die „beste mögliche Welt“ unseres Planeten darstellte – im Unterschied zu heute waren darunter viele prominente Deutsche: Denker wie Gottfried Wilhelm Leibniz oder Christian Wolff outeten sich damals als „China-Fans“, die in sinoskeptischen und eurozentrischen Denkern wie Johann Gottfried Herder ihre „Gegenspieler“ fanden. Ihre Diskurse drifteten schnell ins Extreme, egal ob Leibniz den chinesischen Kaiser als „hervorragenden Fürsten“^F pries oder Herder China als eine „balsamierte Mumie, mit Hieroglyphen bemalt und mit Seide umwunden“^F abtat. Nicht zuletzt seit Marco Polos Erzählungen war der Mythos vom sagenumwobenen „Reich der Mitte“ auch im Westen geboren.

Genährt wurde der Mythos aktuell durch die beiden internationalen Großereignisse: den Olympischen Spielen 2008 in Peking und der Weltausstellung Expo 2010 in Shanghai. Beide Veranstaltungen waren beziehungsweise sind Superlative staatlicher Planungsleistung, die China wieder in den Mittelpunkt der Welt rückten: Mit 16 Medaillen Vorsprung wurden während der Olympischen Spiele die USA von China in der Nationenwertung auf Rang zwei verwiesen. 70 Millionen Besucher holten die Welt mitten hinein nach Shanghai, das sich noch bis Oktober 2010 mit Akteuren aus 242 Nationen und internationalen Organisationen als „Stadt der Mitte“ fühlen kann. In einer globalisierten Welt kulturell erneut zum „Reich der Mitte“ zu werden, ist ein Kerninhalt dessen, was heute gern als „Chinesischer Traum“ bezeichnet wird.

Gefühl des Besonderen: Mythos vom „Reich der Mitte“

Im griechischen Sinne ist unter dem Begriff „Mythos“ eine Geschichte oder Erzählung

^F Gemeint war der Mandschu-Kaiser Kangxi (von 1654 bis 1722). Zit. nach: Adrian Hsia, Deutsche Denker über China, Frankfurt/M. 1985, S. 14.

^F Ebd., S. 129.

zu verstehen, welche vielen Menschen in einer Gesellschaft bekannt ist, und welche die Welt der Menschen mit der Welt der Götter und Geister verknüpft. Doch ist dies im Folgenden nicht gemeint, wenn vom Mythos des „Reichs der Mitte“ die Rede ist. Passender ist die Definition von Roland Barthes: Unter Mythos versteht er viel allgemeiner und wesentlich diesseitiger eine „Aussage“ des aktuellen öffentlichen Diskurses. Er ist „im allgemeinsten Sinn (...) ein Begriff, ein Produkt oder ein Erklärungsmuster mit großer öffentlicher Ausstrahlung.“^F

Der Gedanke des „Reichs der Mitte“ erinnert an jenen Baum, den Roland Barthes als Beispiel für seine Definition des Mythos anführt: „Ein Baum ist ein Baum. Gewiss! Aber ein Baum, der von Minou Drouet ausgesprochen wird, ist schon nicht mehr ganz ein Baum, er ist ein geschmückter Baum, der einem bestimmten Verbrauch angepasst ist, der mit literarischen Wohlgefalligkeiten, mit Auflehnungen, mit Bildern versehen ist, kurz: mit einem gesellschaftlichen Gebrauch, der zu der reinen Materie hinzutritt.“^F Weit wichtiger als die geografische Situation, „in der Mitte zu liegen“, ist demnach die kulturelle Bedeutung des „Reichs der Mitte“, das heißt der „gesellschaftliche Gebrauch“ dieser Aussage: Spätestens seit der Reichseinigung und den ersten Kaisern manifestierte sich in den Köpfen der gesellschaftlichen Eliten Chinas ein kulturelles Überlegenheitsgefühl als Bewohner dieses zentralen Reiches, „das an Alter und Cultur sich selbst das Erste aller Länder, die Mittelblume der Welt nennen“.^F

Das „Reich der Mitte“ galt als „Erfolgsgeschichte“, das selbst Krisenzeiten in Form von Eroberungen durch feindlich gesinnte Völker wie die Mongolen erfolgreich überstand. Der Erfolg bestand darin, diese „niedrig stehenden Barbaren“ ohne entwickelte Agrar- und Stadtkultur und vor allem ohne entwickelte Literatur zu höherwertigen Menschen umzuformen – kurzum: sie zu sinisieren. Sie erhiel-

^F Roland Barthes, *Mythen des Alltags*, Frankfurt/M. 2003, S. 85.

^F Ebd.

^F Herder zit. nach: A. Hsia (Anm. 2), S. 118. Der Ausdruck „Mittelblume“ geht zurück auf die Selbstbezeichnung Chinas als *zhonghua*, dessen zweiter Bestandteil *-hua* sowohl Blume oder Blüte als auch aufblühen bedeutet.

ten damit eine neue Identität: die chinesische. Der Mythos vom „Reich der Mitte“ erweiterte sich um das in China verbreitete Bild einer „großen Familie“ verschiedener Volksgruppen (*minzu*), die nun nach vielen blutigen Kriegen und Konflikten verbunden durch einen kulturellen Kanon lebten.

Einer beeindruckenden Verwaltungsbürokratie gelang es spätestens ab der Zeit der Han-Dynastie (206 v. Chr. bis 220 n. Chr.), chinesische Kulturmerkmale fest in die Organisationsstruktur des Staates zu integrieren, so dass diese zu einem allgemein verbindlichen Bildungskanon wurden. Der Konfuzianismus und seine Schriften gehörten zu den bekanntesten Merkmalen einer spezifisch chinesischen Kultur. Wer in China Erfolg haben beziehungsweise das Land führen wollte, der musste sich diese Kulturmerkmale aneignen. Dazu gehörte vor allem das darin vorgeschriebene Verhältnis zwischen Herrscher und Untertanen zu verinnerlichen, wie sie die fünf Beziehungen (*wulun*) konfuzianischer Ethik vorgeben.¹⁷ Für den Untertan bedeutete dies: „Diene Deinem Herrscher und ordne Dich unter“. Auch der Herrscher wurde verpflichtet: „Sorge für Stabilität und Ordnung im Staate, so dass Dein Untertan ein sicheres Leben führen kann.“

Bis heute stellen diese Verhaltensprinzipien die Grundlage des chinesischen Staates dar. Ihre Erfüllung legitimiert das Mandat des Herrschers und ist Kernaufgabe der Politik. Ein wesentlicher Grund dafür, dass der Mythos des „Reichs der Mitte“ bis heute aufrechterhalten werden konnte, so auch unter der „modernen“, sogenannten sozialistischen Regierung, liegt im Erfolg dieses Regulierungsprinzips.

„Reiches Land und starkes Volk“: Mythos von der Auferstehung Chinas

Mitte des 19. Jahrhunderts traf China der größte Schock seiner Geschichte: Die erfolgreichen Angriffe britischer Kanonenboote stürzten das stolze „Reich der Mitte“ in die quasi-koloniale Abhängigkeit. Das historische Gedächtnis Chinas sah sich mit ei-

nem Male empfindlich gestört, weil der Mechanismus der „Sinisierung“ des Fremden bei den „widerspenstig-arroganten Europäern“ nicht funktionierte: Sie nahmen sich, was sie wollten, erzwangen einen ungleichen Vertrag nach dem anderen und trotzten sich weite Küstenstriche als Handelshäfen und koloniale Einflusszonen ab. Überall zeigten sie offen ihre technologische Überlegenheit. Zwischen 1894 und 1895 gelang es auch dem kleinen Inselreich Japan den großen Drachen China derart vernichtend zu schlagen, dass China „von dieser Zeit an nicht mehr Herr über sein Schicksal“ war.¹⁸ Danach herrschte Chaos. Der Schriftsteller Lu Xun bezeichnete den Zustand Chinas während des frühen 20. Jahrhunderts in einem Brief an seine spätere Frau Xu Guangping „hoffnungslos“, wenn nicht bald die Revolution erfolgen würde.¹⁹

Spätestens mit der Niederlage des „Reichs der Mitte“ im Opiumkrieg 1842 gegen die Engländer begann der hartnäckige chinesische *qifu*-Komplex, das Gefühl des „Gedemütigt werdens“, aus dem nur die Zukunft das Land befreien konnte. Eine Zukunft, die aus „mehr Kampfstärke, erfolgreichen Kriegen gegen die Unterdrücker und allgemein mehr Aggressivität gegenüber Unterdrückern aller Art“ bestehen müsste.²⁰ Selbststärkung durch wirtschaftliches und eingeschränkt auch militärisches Wachstum ist seit den Niederlagen des 19. Jahrhunderts, vor allem aber seit dem Zweiten Japanisch-Chinesischen Krieg von 1937 bis 1945, einer der wichtigsten Diskurse Chinas.

Zwar etablierten die Kommunisten unter Mao 1949 eine neue Dynastie und knüpften damit wieder an das starke „Reich der Mitte“ der Vergangenheit an. Doch auch die „Mao-Dynastie“, die Strategien politischer Stärke und wirtschaftlicher Autarkie verfolgte, konnte das kollektive Gefühl einer gedemütigten Nation nicht überwinden. Seine Herrschaftsjahre von 1949 bis 1976

¹⁸ J. Gernet (Anm. 1), S. 504.

¹⁹ Lu Xun/Xu Guangping, *Letters Between Two. Correspondence between Lu Xun and Xu Guangping*, Beijing 2000, S. 36.

²⁰ Vgl. Warum sind Chinesen das am meisten gedemütigte Volk der Welt? (Weishenme zhongguoren shi shijie shang zui shou qifu de minzu?), online: www.360doc.com/content/08/1020/13/77483_1794042.shtml (21.8.2010).

¹⁷ Die fünf Beziehungen regeln das Verhältnis zwischen Eltern und Kindern, Herrschern und Untertanen, Ehepartnern, Geschwistern und Freunden.

werden im kollektiven Bewusstsein der chinesischen Gesellschaft zumindest teilweise als weitere Jahre der „Demütigung“¹¹ empfunden, weil sie am Ende in der „Großen Proletarischen Kulturrevolution“ mündeten, während derer fast jede Familie ein Opfer zu beklagen hatte und „das eigene Land seine Kinder fraß“. In der Mao-Zeit fielen bis zu 70 Millionen Menschen direkt oder indirekt politischen Kampagnen und Verfolgungen zum Opfer.¹²

„China der Demütigungen“

Das Gefühl der Demütigung sitzt tief in der kollektiven Erinnerung Chinas. Denn trotz wirtschaftlich äußerst erfolgreicher drei Jahrzehnte nach der Reform- und Öffnungspolitik seit 1978, welche der chinesischen Gesellschaft neuen Stolz und Selbstbewusstsein einflößten, sind besonders die Stimmen laut, die an Chinas Demütigung durch die Europäer vor mehr als 150 Jahren erinnern. Die Beispiele hierfür sind zahlreich wie etwa der Bestseller aus den 1990er Jahren *China kann „Nein“ sagen*.¹³ Er war eine emotionale Protestschrift gegen die internationale Führungsrolle der USA. Sein Erscheinen fiel in eine Phase besonders starken wirtschaftlichen Wachstums, weshalb *China kann „Nein“ sagen* als Symbol für ein neues China gilt, das fortan um die Wiedererlangung seines Status als „Reich der Mitte“ mit dem „Reich der Mitte der Gegenwart“, den USA, konkurriere.

Erst mit der Reform- und Öffnungspolitik seit 1978 bot sich aus Sicht der chinesischen Eliten eine historische Chance, das Image eines gedemütigten Landes zu überwinden. In dieser Phase übernahm der technologische Fortschritt die Aufgabe, die Gegenwart so zu gestalten, dass wirtschaftliche Stärke gepaart mit internationalem Ansehen das „China der

Demütigungen“ endgültig zur Vergangenheit werden lässt.

An die Stelle des agrarischen Chinas, das noch in den 1990er Jahren das Selbstbild prägte, ist im 21. Jahrhundert eine zukunftsorientierte und technologiegläubige urbane Kultur getreten. Sie treibt die gesellschaftliche Entwicklung an und fördert den neuen Mythos eines Phönix, der endgültig aus der Asche der Vergangenheit aufsteigt. Dieser Phönix – im Übrigen ein chinesischer Mythos¹⁴ – ist Symbol dessen, was in Anklang an den amerikanischen Traum als „Chinesischer Traum“ bezeichnet wird. Die Olympischen Spiele in Peking und die Weltausstellung in Shanghai gaben Chinas Zukunft ein weltweit beachtetes Gesicht. Beide Großereignisse führten Chinas „großen 100-jährigen Traum“ (*bai nian da meng*) deutlich vor Augen: „ein reiches Land und ein starkes Volk“ (*fu guo qi ang min*) zu sein – „der Traum eines jeden Chinesen“.¹⁵

Gerade der kollektive Wunsch, „ein starkes Volk zu sein“, könnte Anzeichen für einen tief sitzenden Minderwertigkeitskomplex vieler Chinesen gegenüber Europäern und Amerikanern sein. Man empfindet sich als schwach im Vergleich zu den erfolgreichen Völkern des Westens und wünscht sich mehr Mut und Stärke, wie sie der Autor Jiang Rong in seinem erfolgreichen Buch *Wolf Totem* (*Lang Tu Teng*) seinen Protagonisten einfordern lässt: „Noch immer thronen Wölfin und ihre Kinder über der Stadt Rom. In den starken Volks-Adern ihrer Nachfolger, Germanen und Angelsachsen, floss ebenfalls Wolfsblut. Und das schwache chinesische Volk, das Han-Volk bedarf unbedingt einer solchen Infusion wilden Blutes. Ohne den Wolf gäbe es die Geschichte der Menschheit so nicht, wie sie ist.“¹⁶

Der „Chinesische Traum“ neuer Stärke besteht an der Oberfläche aus jenen Bildern, die ein Times-Reporter in den Wochen der

¹¹ Vgl. J. Gernet (Anm. 1), S. 504.

¹² Vgl. Jung Chang/Jon Halliday, *Mao – Das Leben eines Mannes, das Schicksal eines Volkes*, München 2007, S. 17; kontroverse Debatten über die Regierungszeit Maos online: lkc.net/bbs/index.php?showtopic=227331 (21.8.2010).

¹³ Song Qiang (Hrsg.), *Zhongguo keyi shuo bu: lengzhan hou shidai de zhengzhi yu qinggan jueze* (China kann „Nein“ sagen: Politische und emotionale Entscheidungen in der Ära nach dem Kalten Krieg), Peking 1996.

¹⁴ Der Phönix (*fenghuang* oder *feng*) gilt als König der Vögel und symbolisiert Glück und Harmonie. Wie der Drache (*long*) ist er eine Art Totem der Han-Chinesen, der großen Mehrheit im Lande.

¹⁵ *Zhongguo ren de bai nian da meng* (Der große Traum der Chinesen), online: www.ddbc.org/gospel/sky/revel-1.htm (23.7.2010).

¹⁶ Jiang Rong, *Lang tu teng*, Peking 2008², S. 148.

Olympischen Spiele eingefangen hat: Ein Land, das zum ersten Mal sportlich die USA bezwingen und somit ein wenig „Wolfsnatur“ im Sinne Jiang Rongs zeigen konnte. Noch stärker aber beeindruckte den Korrespondenten, dass er den alten amerikanischen Pioniergeist des 19. und 20. Jahrhunderts, „the optimism, dynamism, the patriotism, the cando-spirit, the determination to leave the next generation better off than one's own“,¹⁷ im China des 21. Jahrhunderts wiederfinden konnte.

Im Gegensatz dazu messen einige chinesische Autoren den „Chinesischen Traum“ eines wirtschaftlich, politisch und kulturell erstarkten Landes eher an den Bedürfnissen des Alltags: In der Verbesserung adäquater Bildungsangebote für eine breite Masse junger Menschen¹⁸ als große Hoffnung einer bildungsorientierten Gesellschaft, die China immer war, werde der „Chinesische Traum“ wach gehalten. Ein anderer chinesischer Autor zeigt sich gar äußerst kritisch gegenüber dem Konstrukt des „Chinesischen Traums“ als das kollektive Streben eines Staates, endlich die Demütigungen der Vergangenheit zu überwinden. Für ihn ist diese Art des „Chinesischen Traums“ derjenige einer privilegierten Ober- und Mittelschicht des Landes, die ihre Verantwortung für das „Kollektiv“ nie gefunden habe. Die armen Schichten der Bevölkerung blieben davon völlig ausgenommen. Ein „Chinesischer Traum“ könne nur dann ein kollektiver sein, wenn die Privilegierten ihre Aufgabe darin sähen, die Unterprivilegierten zu unterstützen.¹⁹

Land zwischen Traum und Wirklichkeit

Ökonomisch und zunehmend auch politisch ist China wieder in den Mittelpunkt der Welt gerückt. Allerdings teilt es diese Stel-

lung vor allem mit den USA, die der einzige wirkliche Rivale um die Position des Primus sind, und ein wenig auch mit den Europäern, was künftig allerdings von der Einigkeit Europas abhängen wird. Wieder im kulturellen Sinne „Reich der Mitte“ zu sein, nährt den „Chinesischen Traum“ neuer nationaler Größe.

Mit dem zwangsläufigen Niedergang der transatlantisch geprägten Weltordnung kommt dem alten und neuen „Reich der Mitte“ eine Schlüsselposition zu, dessen konkrete Aufgaben der „Chinesische Traum“ kaum anspricht: China muss zu einer der wichtigen Integrationskräfte für eine stabile Weltordnung aus Ost und West, Nord und Süd werden. Die Funktion, die es im Kleinen bereits im Falle des Korea-Konflikts inne hat, gilt es zunehmend auch in anderen Spannungsbereichen zu erfüllen: die der friedlichen politischen Mittlerrolle. Gerade Chinas gute Beziehungen zum Iran und anderen Konflikttherden können einer wirklich integrativen Rolle Chinas in der Welt, einem neuen Verständnis als „Reich in der Mitte“, dienlich sein.

Die Zukunft liegt daher eher bei denen – sei es in Europa oder in China –, die erkannt haben, dass ein friedliches Zusammenleben „in der Mitte“ nur durch internationale Kooperation Wirklichkeit werden kann. Zur weiteren Einbindung des Landes in multilateral-globale Organisationen, Verbände und Abkommen bedarf es einer Internationalisierung des Landes (auch im Inneren) und Kooperationen von Chinesen und Nicht-Chinesen bei der Bewältigung chinesischer Strukturprobleme beispielsweise in den Bereichen Bildung und Armutsbekämpfung. Davor steht aber die Notwendigkeit für den Abbau der auf beiden Seiten propagierten kulturellen Dichotomie: „wir und die“, „unsere Kultur und ihre Kultur“. Wenn diese Art der Zusammenarbeit möglich wird, dann vergrößert sich die Chance, dass China auch international als ein „großartiges“ Land anerkannt wird.

¹⁷ The Chinese Dream has replaced America's, in: The Times vom 23.8.2008.

¹⁸ Cherish the Chinese Dream, in: People's Daily Online vom 12.2.2009, online: <http://english.people.com.cn/90001/90780/6591151.pdf> (23.7.2010).

¹⁹ Vgl. Meiguo meng yu Zhongguo meng (Der amerikanische und der „Chinesische Traum“), in: Guangming Wan (Guangming Netz) vom 17.7.2010, online: <http://view.news.qq.com/a/20100717/000025.htm> (23.7.2010).

China: Administrative Gliederung und ethnolinguistische Gruppen



Heinrich Kreft

Chinas Aufstieg – eine Herausforderung für den „Westen“

Der wirtschaftliche und in der Folge politische Aufstieg Chinas ist der Megatrend unserer Zeit. Wir sind Zeitzeugen einer

Heinrich Kreft

Dr. phil., geb. 1958; Botschafter und Sonderbeauftragter für den Dialog zwischen den Kulturen im Auswärtigen Amt.
heinrichkreft@msn.com

geopolitischen Machtverschiebung vom euro-atlantischen Raum in die asiatisch-pazifische Region mit China als neuem Machtzentrum. Aus Warte der USA ist China der einzige ernst zu nehmende zukünftige Rivale. Daher sehen einige bereits eine neue Zeit der Bipolarität (G-2) heraufziehen – was nicht nur in Europa auf Skepsis und Ablehnung stoßen würde. Seit Beginn der Reform- und Öffnungspolitik Chinas im Jahr 1978 ist das „Reich der Mitte“ dank zumeist zweistelliger Wachstumsraten von der Peripherie ins Zentrum der Weltwirtschaft gerückt. Im zweiten Quartal 2010 hat China gemäß eigener Statistiken die Wirtschaftsleistung Japans übertroffen und sich hinter den USA als weltweit zweitgrößte Volkswirtschaft etabliert. Chinas Anteil am Welthandel ist von unter einem Prozent vor 25 Jahren auf heute über sechs Prozent angestiegen. Das Land hat Deutschland im vergangenen Jahr als „Exportweltmeister“ abgelöst. Das Pro-Kopf-Einkommen im Land konnte von 1980 bis 2008 mehr als verzehnfacht werden. Damit ist auch die Armut im Lande signifikant zurückgegangen.

Als weltweit größter Halter von Devisenreserven spielt China auch im Weltwährungssystem eine immer wichtigere Rolle. Die wachsende Bedeutung Chinas auf den Weltfinanzmärkten wird dadurch deutlich, dass die ersten vier der zehn größten Banken der Welt ihren Sitz im „Reich der Mitte“ haben. Ausländische Direktinvestitionen strömen weiter in das Land – allein 2008 fast 150 Milliarden US-Dollar. Chinesische Firmen sind in die Weltliga aufgestiegen und exportieren nicht nur, sondern treten auch zunehmend selbst als Investoren im Ausland

auf (etwa 100 Milliarden US-Dollar im Jahr 2009). Durch die globale Finanz- und Wirtschaftskrise ist die Bedeutung Chinas für die Weltwirtschaft weiter gestiegen. Während die Wirtschaftsleistung in den OECD-Ländern 2009 deutlich schrumpfte, konnte China dank erheblicher Konjunkturspritzen seinen Wachstumskurs halten. In 2010 wird ein Wachstum der chinesischen Volkswirtschaft von über neun Prozent erwartet, womit China wie schon im vergangenen Jahr der wichtigste unter den wenigen verbliebenen Wachstumspolen der Weltwirtschaft sein dürfte.

Wachsender Einfluss Chinas in der Weltpolitik

Der ökonomische Aufstieg des Landes führt auch zu einem politischen: Das Land entwickelt sich zu einer Macht mit nicht nur regionalen, sondern globalen Ambitionen. China ist ohne Zweifel eine Weltmacht im Werden. Nach Jahrzehnten relativer Isolation und der Konzentration auf die eigene wirtschaftliche Entwicklung ist das Land seit den 1980er Jahren auf die Weltbühne zurückgekehrt – mit schnell wachsenden Handelsbeziehungen zu immer mehr Ländern und seit der Jahrtausendwende auch mit wachsendem politischen, diplomatischen und kulturellen Einfluss. Damit einher gehen zunehmende Auslandsinvestitionen und Entwicklungshilfeprogramme vor allem in Afrika. Durch diesen Aufstieg werden für nahezu alle Staaten der Welt die bilateralen Beziehungen zu China immer wichtiger: Auch der aktuelle Auftragsboom für die deutsche Exportwirtschaft wird insbesondere von der hohen chinesischen Nachfrage nach Investitionsgütern und Automobilen gespeist.

Chinas Aufstieg verändert die Welt

Der Aufstieg Chinas hat nicht nur ökonomische und ökologische Folgen, sondern auch politische, geopolitische und sicherheitsrelevante. Europa und die USA sehen sich immer mehr gezwungen, ihre Position in einer immer weniger euro-atlantisch geprägten Welt neu definieren zu müssen. Auch die gegenwärtige geopolitische Lage in Asien wird vor

Der Autor vertritt im Beitrag ausschließlich seine persönliche Meinung.

allem durch das größere Engagement und den zunehmenden wirtschaftlichen, politisch-diplomatischen, kulturellen und militärstrategischen Einfluss Chinas bestimmt. Durch sein wachsendes wirtschaftliches Gewicht, seine zunehmende *soft power* (wie kulturelle Anziehungskraft auf die asiatischen Nachbarn), seine Stellung als Nuklearmacht und ständiges Mitglied im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (VN), sein Engagement in regionalen und multilateralen Organisationen ist ein chinesischer Beitrag zur Lösung vieler regionaler und globaler Fragen inzwischen unerlässlich.

Dennoch sind die USA nach wie vor der sicherheitspolitische Stabilitätsanker Asiens und werden es auf absehbare Zeit bleiben, da dies im Interesse der meisten Staaten Asiens, welche wichtige regionale Verbündete der USA sind, ist.¹ Das Verhältnis zwischen den USA und China und damit zwischen der bisherigen Führungsmacht und dem aufstrebenden Land ist weltweit zur wichtigsten bilateralen Beziehung geworden, was weit reichende Auswirkungen für andere Akteure mit sich bringt. Jedoch werden China und die USA auf lange Sicht sowohl Partner als auch Rivalen bleiben, so dass die Sorgen eines chinesisch-amerikanischen Kondominiums (G-2 beziehungsweise „Chinamerica“) auf Kosten Europas oder anderer keine reale Grundlage haben.²

Wachsendes Gewicht in der Weltwirtschaft

Der Aufstieg Chinas bedeutet auch für die Weltwirtschaft tiefgreifende Veränderungen – obgleich diese de facto die Rückkehr zu den vorkolonialen Kräfteverhältnissen bedeuten. China hat heute wieder einen Anteil am Weltsozialprodukt wie schon vor etwa 200 Jahren. Der Aufstieg Chinas (und auch Indiens) verändert weltweit die ökonomischen und damit auch die politischen Kräfteverhältnisse und Grundmuster nachhaltig. Mittlerweile gilt es als wahrscheinlich, dass

China bereits 2035 – also erheblich früher als bisher angenommen – die USA als größte Volkswirtschaft der Welt ablösen könnte.

Trotz des Wachstumstempos der vergangenen Jahre verfügt China aber erst über einen Anteil von etwa sieben Prozent am Weltbruttosozialprodukt gegenüber jeweils einem Drittel Europas und der USA. Doch bereits in 20 Jahren wird China seinen Anteil verdreifacht und damit zu Europa und den USA aufgeschlossen haben. Als Folge der rapiden Wirtschaftsentwicklung verfügt China nicht nur dank gewaltiger Exportüberschüsse über Rekorddevisenreserven von 2,4 Billionen US-Dollar, sondern ist in diesem Jahr auch zum größten Emittenten von klimaschädlichen Gasen geworden. Die künftige Energiepolitik Chinas wird einen prägenden Einfluss auf den globalen Klimawandel haben.

Trotz aller Dynamik darf nicht übersehen werden, dass China nach wie vor mit großen innenpolitischen Problemen konfrontiert ist, welche das weitere Wachstum negativ beeinflussen können.³ Die schnelle Modernisierung des Landes geht mit einer Akzentuierung bestehender innerer Widersprüche einher. Dazu gehören eine ständige Gratwanderung zwischen hohem Wachstum und Überhitzung, massive gesellschaftliche Ungleichgewichte (große Wohlstandsunterschiede zwischen Stadt und Land sowie zwischen Küstenprovinzen und Binnenland), bis zu 150 Millionen Wanderarbeiter und hohe Arbeitslosigkeit (in zunehmendem Maße auch unter Hochschulabgängern) sowie die fortgesetzte Zerstörung natürlicher Lebensgrundlagen. Hinzu kommen die Zunahme sozialer Proteste, Probleme bei der Implementierung von Politik und modernem Recht sowie eine systemische Korruption. Die Kommunistische Partei Chinas (KPCh) tut sich immer schwerer damit, die Entwicklungen zu steuern und zu kontrollieren. Die Folge ist eine zunehmende Erosion der Legitimität der Partei. Ungeachtet der unbestrittenen Erfolge der vergangenen 30 Jahre und der wiederholt unter Beweis gestellten Anpassungsfähigkeit der KPCh bleiben daher Zweifel an ihrer Zukunftsfähigkeit.

Allerdings muss anerkannt werden, dass China, das aufgrund seiner starken Export-

¹ Vgl. Heinrich Kreft, Die USA – Stabilitätsanker für Asien?, in: Petermann Geographische Mitteilungen, 148 (2004) 2, S. 32–37; ders., United States – Indispensable World Power, in: The World Today, (2009) 2, S. 11 ff.

² Vgl. Elisabeth Economy/Adam Segal, The G-2 Mirage. Why the United States and China Are Not Ready to Upgrade Ties, in: Foreign Affairs, (2009) 5–6, S. 14–23.

³ Vgl. Heinrich Kreft, China – Die soziale Kehrseite des Aufstiegs, in: APuZ, (2006) 49, S. 15–20.

orientierung massiv von der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 betroffen war, die Finanzkrise in einem großen Kraftakt besser bewältigt hat als die USA, Europa oder andere Schwellenländer. Um der Wachstumsabschwächung zu begegnen, hat die chinesische Regierung Ende 2008 ein Konjunkturprogramm von umgerechnet 586 Milliarden US-Dollar aufgelegt, das im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) 13 Prozent ausmachte. Damit hat China die Krise genutzt, um den Rückstand seiner Volkswirtschaft in puncto Größe und Entwicklungsniveau gegenüber den OECD-Staaten merklich zu verringern.

Herausforderung für Europa und Deutschland

Für Europa und Deutschland bestehen die Herausforderungen zum einen darin, durch den politischen Aufstieg Chinas (und der anderen BRIC-Staaten Brasilien, Russland und Indien) einen Verlust von Einfluss auf die globale Agenda hinzunehmen. Besonders deutlich wurde dieser Einflussverlust auf der Klimakonferenz in Kopenhagen Ende des Jahres 2009.[†] Zum anderen bestehen sie in Faktoren, welche die politische Stabilität und Entwicklung in Asien und darüber hinaus gefährden können wie die militärische Aufrüstung, die nicht zuletzt von China – mit entsprechenden Reaktionen in der asiatisch-pazifischen Region – betrieben wird. Nach dem Mittleren Osten hat sich Asien zu der Region mit den am schnellsten wachsenden Rüstungsausgaben entwickelt, was bei den Regionalstaaten neue Bedrohungspereptionen und Sicherheitsdilemmas hervorgerufen und bestehende vertieft hat.

Sicherheitspolitisch könnte China die USA und ihre Verbündeten in Asien zukünftig herausfordern. Auf deutsche oder europäische Interessen haben Chinas Anstrengungen zur militärischen Modernisierung bisher zwar keinen direkten negativen Einfluss: China und die EU treten sich nicht als sicherheitspolitische Konkurrenten oder geopolitische Rivalen gegenüber. Dennoch kann nichts im deutschen beziehungsweise europäischen Interesse liegen, was die Gefahr eines militärischen Konflikts in Asien erhöhen würde, da

[†] Vgl. dazu die APuZ Klimawandel, (2010) 32–33.

auch Europa aufgrund transnationaler Zusammenhänge und Dynamiken unweigerlich davon betroffen wäre.

Die ökonomischen Herausforderungen des Aufstiegs Chinas bestehen für Deutschland und Europa vor allem im davon ausgehenden Wettbewerbs- und Anpassungsdruck für unsere Volkswirtschaft und Gesellschaft, im unzureichenden Schutz geistigen Eigentums und dem ausgeprägten Druck der chinesischen Regierung auf ausländische Unternehmen zum Technologietransfer. Aber es darf auch nicht unterschlagen werden, dass deutsche Firmen vom Aufstieg Chinas überdurchschnittlich profitiert haben und weiter profitieren werden.

Konkurrenz um Energie und Rohstoffe

Die seit der Jahrtausendwende zu beobachtenden Preissteigerungen für Energie, metallische Rohstoffe und Agrarprodukte – nur kurz von der Wirtschafts- und Finanzkrise unterbrochen – sind im Wesentlichen auf die gestiegene Nachfrage aus China zurückzuführen. Der Anteil Chinas an der Weltnachfrage nach Basismetallen stieg von etwa fünf Prozent Anfang der 1990er Jahre auf heute 20 bis 25 Prozent. Insbesondere im Energiebereich tritt China aufgrund seines schnell wachsenden Bedarfs (der Pro-Kopf-Verbrauch liegt bei nur einem Zehntel des europäischen Konsums) immer mehr als Wettbewerber auf, insbesondere um die Energievorräte im Nahen Osten, Zentralasiens und Russlands und in zunehmendem Maße auch Afrikas und Lateinamerikas. Gleiches gilt für eine Reihe metallischer Rohstoffe.[‡] Das Engagement Chinas in Afrika sticht hervor. Dort ist China vielfach in das Vakuum vorgestoßen, das durch den Rückzug westlicher Unternehmen entstanden war. Die Triebkraft des chinesischen Engagements in Afrika ist wirtschaftlich motiviert, wobei die chinesische Afrikapolitik inzwischen sehr viel breiter angelegt ist.[¶]

[‡] Vgl. Heinrich Kreft, Die geopolitische Dimension der Ressourcensicherheit – eine wachsende Herausforderung für Deutschland und Europa, in: Sicherheit + Frieden, (2009) 4, S. 225–231.

[¶] Vgl. hierzu den Beitrag von Jin Ling in dieser Ausgabe.

Ordnungspolitische Herausforderung

China ist zwar erst eine globale Macht im Werden, entfaltet jedoch bereits weltpolitisches Gewicht. Aufgrund seiner Stellung als VN-Vetomacht und Führungsmacht der Schwellen- und Entwicklungsländer sowie seines wachsenden Einflusses in multilateralen Strukturen ist ein chinesischer Beitrag zur Lösung vieler globaler Fragen inzwischen unerlässlich. Allerdings ist die chinesische Regierung bislang nur zögernd bereit, sich dieser wachsenden globalen Verantwortung zu stellen. Eine positive Ausnahme ist Chinas Engagement zur Beilegung der Nuklearkrise mit Nordkorea, seine Beteiligung an VN-Friedensmissionen und die jüngste Entscheidung, Sanktionen gegen den Iran nicht zu verhindern.

Mit China steigt ein nicht-demokratischer, nicht-liberaler Staat in der weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Hierarchie auf, der sich in Konkurrenz zum Westen zu einem eigenen ordnungspolitischen Modell für andere Staaten entwickeln könnte. China hat in den vergangenen 30 Jahren ein Entwicklungs- und Modernisierungsmodell geschaffen, welches bisher außerordentlich erfolgreich ist und pragmatische Anpassungen zulässt: Autoritäre politische Führung wird kombiniert mit staatlich beaufsichtigtem Kapitalismus. Hierbei darf aber nicht außer Acht gelassen werden, dass China aufgrund seiner Größe und Geschichte und nicht zuletzt aufgrund seiner im Vergleich zu europäischen Staaten spät begonnenen Reform- und Öffnungspolitik eine Ausnahme darstellt. Zudem hat die sich beschleunigende Globalisierung seit den 1990er Jahren erheblich zum Erfolg Chinas beigetragen. Der Beweis steht deshalb noch aus, ob das „chinesische Modell“ auch langfristig eine nachhaltige Entwicklung ermöglichen kann.

Ohne Zweifel besitzt das „chinesische Modell“ in einigen Entwicklungsländern eine gewisse Attraktion und mindert damit zugleich die Anziehungskraft westlich-liberaler Ordnungsprinzipien. China unterhält aus einem engen wirtschaftlichen Interesse heraus die intensivsten Beziehungen einer Großmacht zu einer Vielzahl wegen ihrer Menschenrechtsverletzungen weltweit geächteter Regime wie Simbabwe, Sudan, Birma/Myanmar und Nordkorea und ist zudem eine enge Kooperation mit Hugo Chávez in Venezuela und an-

deren links-populistischen Regimes in Lateinamerika eingegangen. Dieses bleibt nicht ohne Auswirkungen auf westliche Anstrengungen, im Rahmen der internationalen Entwicklungskooperation Demokratie und Krisenprävention zu fördern. Die hohen Devisenreserven erlauben es der chinesischen Regierung, Entwicklungsländern günstige Kredite anzubieten – ohne die im Rahmen westlicher Entwicklungskooperation etablierten Sozial-, Umwelt-, Transparenz- und Menschenrechtsauflagen beachten zu müssen. China scheint dem Westen damit in zunehmendem Maße die Systemfrage zu stellen und sich als alternatives politisches Ordnungsmodell zu projizieren. Selbst in krisengeschüttelten westlichen Industrieländern hat das „chinesische Modell“ in jüngster Zeit Sympathien gewonnen.[¶]

Sozioökonomischer Anpassungsdruck und Verschärfung des Wettbewerbs

Der Aufstieg Chinas löst in anderen Weltregionen einen sozioökonomischen Anpassungsdruck aus. So sind in der chinesischen Industrie über 100 Millionen Arbeitskräfte beschäftigt und damit etwa so viele wie in den 14 größten OECD-Ländern zusammen. Weitere 100 bis 120 Millionen chinesische Arbeitskräfte verfügen über vergleichbare Qualifikationen und könnten in den kommenden Jahren zusätzlich in den Industriesektor hineinwachsen. Angesichts dieser Situation ist es unwahrscheinlich, dass die Lohnkosten in China rasch steigen werden – auch wenn der Trend in jüngster Zeit (aufgrund einzelner Lohnstreiks) in diese Richtung zu gehen scheint. Die chinesischen Exporte setzen in einer steigenden Anzahl von Branchen die Industrieunternehmen in Europa, in den USA und anderen Industrieländern – aber auch Schwellenländern – unter enormen Kostendruck. Zwar findet nur in Ausnahmefällen eine direkte Verlagerung von Arbeitsplätzen nach China statt, doch schaffen etliche westliche Großunternehmen mehr Arbeitsplätze in China (und anderen asiatischen Standorten) als an ihren Heimatstandorten. Im Blick blei-

¶ Vgl. Roger C. Altman, *Globalisation in Retreat. Further Geopolitical Consequences of the Financial Crisis*, in *Foreign Affairs*, (2009) 7–8, S. 2–7; John Ikenberry, *The Rise of China and the Future of the West. Can the Liberal System Survive?*, in: *Foreign Affairs*, (2008) 1–2, S. 23–37.

ben sollte bei diesem Aspekt aber auch, dass hierbei häufig die Erschließung neuer Wachstumsmärkte im Vordergrund steht und weniger die Senkung der Arbeitskosten.

China holt auch technologisch auf

Dank steigender Qualifikation seiner Arbeitskräfte und rascher technologischer Lernprozesse wird der Kostendruck inzwischen auch in technologieintensiven Branchen spürbar. In China gibt es etwa vier Millionen Hochschulabgänger pro Jahr mit steigender Tendenz – darunter 600 000 Ingenieure, von denen allerdings nur etwa ein Drittel eine mit deutschen Ingenieuren vergleichbare Qualifikation erworben hat. Allerdings steigt auch das Niveau chinesischer Universitäten weiter an: Inzwischen verlagern Großunternehmen Teile ihrer Forschungs- und Entwicklungsabteilungen nach China, um sich den Zugang zu den kostengünstigen *Talentpools* Chinas zu sichern. China rückt damit zunehmend ins Zentrum globaler Innovationsnetzwerke.

Die Ansiedlung von Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen wird von der chinesischen Regierung massiv gefördert. China ist bislang zwar lediglich in sehr wenigen Bereichen in die Weltspitze vorgeedrungen, allerdings beginnen sich die zunehmenden staatlichen Investitionen in die Innovationsfähigkeit chinesischer Unternehmen auszuzahlen. Noch ist Deutschland das „Land der Ideen“ und die deutsche Verflechtung zwischen Industrie und industrienaher Forschung vorbildlich – doch auch hier holt China auf.

Produktpiraterie und Marktbarrieren

Der unzureichende Schutz geistigen Eigentums (*Intellectual Property Rights*, IPR) ist immer noch einer der großen Herausforderungen westlicher Unternehmen im „China-Geschäft“. Sie verlieren in China jedes Jahr Milliardenbeträge durch Produktpiraterie.¹⁸ Durch die erheblichen Investitionen deutscher und europäischer Unternehmen in China, die überwiegend in Gemeinschaftsunternehmen (*Joint Ventures*) eingebracht werden, besteht

die Gefahr einen unbeabsichtigten Technologie- und Wissenstransfers zugunsten Chinas. Westliche Firmen müssen verstärkt darauf achten, dass sie bestehende „Lücken“ im Patentschutz rechtzeitig schließen. China hat inzwischen ein gesetzliches Regelwerk zum Schutz geistigen Eigentums geschaffen, welches den Standards der Welthandelsorganisation entspricht, allerdings mangelt es an seiner Umsetzung. Da jedoch inzwischen die Mehrzahl der IPR-Fälle vor chinesischen Gerichten zwischen chinesischen Firmen ausgetragen wird, steigt auch in China das Interesse an einem effektiven Schutz gegen Produktpiraterie.

Ein größeres Problem ergibt sich allerdings in der immer ausgeprägteren chinesischen Industriepolitik mit der gezielten Förderung „nationaler Industrien“ (wie des Automobilsektors) und mit dem anhaltenden „Zwang zum Technologietransfer“. Dieser hat im Wesentlichen drei Komponenten: einen erzwungenen Technologietransfer im Gegenzug für die Beteiligung ausländischer Firmen an öffentlichen Aufträgen; einen erzwungenen Technologietransfer durch die Verpflichtung, zugewiesene chinesische *Joint-Venture*-Partner zu akzeptieren und diesen den Zugang zur Technologie zu eröffnen; und die Bedingung, genaue *Engineering*- und Baupläne für Investitionsgenehmigungen beziehungsweise Firmengründungen gegenüber einer staatlichen Behörde offen zu legen. Während chinesische Unternehmen damit begonnen haben, europäische Automobilhersteller zu übernehmen (wie Volvo), werden ausländische Autofirmen in China noch immer in *Joint Ventures* mit einer 50-prozentigen Teilhabe eines chinesischen Partners gezwungen – wie vor 30 Jahren.¹⁹

Herausforderungen durch China anerkennen

Während in den USA, Japan und Australien seit Jahren eine breite Diskussion über die Herausforderungen und Chancen, die mit dem Aufstieg Chinas verbunden sind, geführt wird, fehlt diese in Deutschland und Europa weitgehend. Dabei ist es nicht zuletzt auf dem Weltklimagipfel in Kopenhagen, als Europa mit seiner Position isoliert war, deut-

¹⁸ Allein für deutsche Unternehmen entsteht ein jährlicher Schaden in Höhe von 30 Milliarden Euro. Vgl. Financial Times vom 8. 6. 2010.

¹⁹ Vgl. EU Chamber of Commerce in China, European Business in China, Positionspapier, 2009/2010, Peking 2009.

lich geworden, dass wir eine strategische Debatte darüber brauchen, wie wir mit dem Aufstieg Chinas und anderer Schwellenländer umgehen sollten.

Aus deutscher Sicht müssen wir dringend die beiden traditionellen Pfeiler deutscher Außen- und Sicherheitspolitik – die transatlantischen Beziehungen und die europäische Integration – um die euro-asiatische Dimension erweitern. Deutschland und Europa brauchen eine vielschichtige China- und Asienstrategie, die sich in ihrer Breite und Tiefe an den transatlantischen Beziehungen orientiert. So, wie es sich heute kaum mehr ein Unternehmen erlauben kann, die Entwicklungen in China nicht in all ihren Facetten zu beobachten, müssen wir in der Außen-, Außenwirtschafts-, Entwicklungs- und Sicherheitspolitik, aber auch in unserer Bildungspolitik China und die anderen asiatischen Aufsteiger mit einbeziehen. China ist inzwischen ein Partner und Wettbewerber auf Augenhöhe. Dem wachsenden Konkurrenzdruck aus China kann und darf nicht mit protektionistischen Maßnahmen begegnet werden, denn damit würde Europa sich von der Dynamik Chinas abkoppeln und den eigenen ökonomischen Niedergang einleiten.

Vielmehr gilt es, der Herausforderung für die europäische Wettbewerbsfähigkeit mit einer neuen Wettbewerbsstrategie zu begegnen und an die Dynamik Chinas und seiner asiatischen Nachbarn anzukoppeln. Es spricht vieles dafür, dass sich das Kraftfeld globalen Wachstums dauerhaft vom euro-atlantischen Raum nach Asien mit China als Zentrum verlagert hat.

Der Aufstieg Chinas und Asiens verlangt eine grundsätzliche Neuorientierung Europas. Die Neuausrichtung der USA vom transatlantischen zum asiatisch-pazifischen Raum ist spätestens seit dem Ende des Kalten Krieges im Gange. Während China in seiner wirtschaftlichen Bedeutung für Europa schnell wächst, sinken die Möglichkeiten Europas, dort Einfluss zu nehmen. Die EU – wie auch Deutschland – muss eine Strategie entwickeln, um ihren Interessen in Asien mehr Gewicht zu verleihen. Dazu müssen die Europäer ihre gemeinsamen Interessen und Werte eindeutig formulieren, aber auch alle Bereiche europäischer Politik – Bildung und Forschung, Arbeitsmarkt, Technologie und

Raumfahrt, Finanzen und Energie – müssen auf die globale Wettbewerbsfähigkeit abgestellt werden. Zudem ist es wichtig, bestehende Dialogforen wie die EU-China-Gipfel und multilaterale Foren wie ASEM (*Asia-Europe Meeting*) weiter auszubauen. Oberste Maxime muss es sein, das partnerschaftliche Verhältnis zu China weiterzuentwickeln.

Gerade die Finanzkrise hat gezeigt, wie wichtig der chinesische Markt für die europäische, insbesondere die deutsche Exportindustrie ist. Deutsche Unternehmen gehören zu den größten ausländischen Investoren und Technologiegebern in China. Die wirtschaftliche Vernetzung zwischen Europa und China muss aber deutlich enger werden. Dazu gehören auch Investitionen chinesischer Firmen in Europa und die Sicherstellung eines fairen Wettbewerbs.

Neben der wirtschaftlichen sollte auch die politische und sicherheitspolitische Vernetzung zwischen Europa und China ausgebaut werden. Die Erhaltung von Stabilität und Sicherheit in China und seinen asiatischen Nachbarn ist auch für Europa von großer Bedeutung. Eine nachhaltige Entwicklung und Stabilität dürfte auch in Asien nur unter den Bedingungen von Partizipation und der Wahrung von Menschenrechten erreicht werden.

Deutschland und Europa treten für eine bessere Integration Chinas in die bestehenden internationalen Strukturen ein und streben Partnerschaften zur Durchsetzung von Anliegen an, die nur im globalen Rahmen sinnvoll umgesetzt werden können, wie der Ressourcen- und Klimaschutz. Wenn die EU als außenpolitischer Akteur gestärkt und die euro-chinesischen Beziehungen ausgebaut werden, bleibt Europa auch für die USA, deren Ausrichtung auf Asien sich weiter intensivieren wird, ein relevanter Partner.

Größere Machtverschiebungen zwischen Staaten oder Regionen sind selten, und da, wo es in der Geschichte dazu gekommen ist, sind diese in den wenigsten Fällen friedlich verlaufen. Es ist daher eine große gemeinsame Aufgabe Chinas, den USA, Europas und anderer relevanter Akteure, das jeweils in ihrer Macht stehende beizutragen, dass diese geopolitische Machtverschiebung friedlich verläuft.

Gemeinsam mehr. Wege für eine chine- sisch-europäische Zusammenarbeit in Afrika?

Chinas Engagement auf dem afrikanischen Kontinent ist bei chinesisch-europäischen Treffen zu einem der wichtigsten Themen geworden. Auf

Jin Ling

Dr. phil., geb. 1975; Wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung für EU-Studien am China Institute of International Studies (CIIS), 3 Toutiao, Taijichang, 100005, Peking/CHINA.
jinling@ciis.org.cn

dem 9. China-EU-Gipfel im Jahr 2006 wurde Afrika erstmals in der gemeinsamen Erklärung erwähnt: Beide Seiten vereinbarten, Wege praktischer Zusammenarbeit in Afrika in Fragen wie der Wirksamkeit von Entwicklungszusammenarbeit und dem Erreichen der Millennium-Entwicklungsziele zu finden.¹ Die Realität hat aber gezeigt, dass es angesichts unterschiedlicher Wahrnehmungen und Einschätzungen des Engagements der jeweils anderen Seite schwierig ist, über die verschiedenen Grundsätze hinweg eine wirkliche Zusammenarbeit zu beginnen.

Grundsätze und Prinzipien der Afrikapolitik Chinas

Anfang 2006 hatte China erstmals seine Strategie für Afrika veröffentlicht und die offiziellen Grundsätze seiner Afrikapolitik dargestellt: (1) Aufrichtigkeit, Freundschaft und Gleichheit, (2) beiderseitiger Nutzen, Reziprozität (Prinzip der Gegenseitigkeit) und allgemeiner Wohlstand, (3) gegenseitige Unterstützung und enge Koordinierung, (4) voneinander Lernen und Streben nach allgemeiner Entwicklung.² Im historischen Vergleich sind die vorgestellten Prinzipien umfassender und strategieorientierter als die bis

dahin gültigen. Sie reflektieren nicht nur die Kontinuität der chinesischen Afrikapolitik, sondern auch Anpassungen an die veränderten Rahmenbedingungen.

Vor diesem Hintergrund geht es im Folgenden darum, durch eine Darstellung der Entwicklung von Chinas Engagement in Afrika das europäische Verständnis für dessen Hintergründe und Intentionen zu vergrößern.³ Anschließend sollen aus chinesischer Sicht Folgerungen für eine Kooperation zwischen China und der EU diskutiert werden.

Kontinuität in den chinesisch-afrikanischen Beziehungen: Aufrichtigkeit, Freundschaft und Gleichheit. Im Grundsatzpapier von 2006 werden diese Prinzipien am stärksten betont.⁴ Sie gelten als Fortführung der „Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz“, die seit spätestens 1954 offizielle Leitlinien der chinesischen Außenpolitik sind. Dazu gehören: (1) gegenseitige Achtung der territorialen Integrität und Souveränität, (2) gegenseitiger Nichtangriff, (3) gegenseitige Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, (4) Gleichberechtigung und beiderseitiger Nutzen sowie (5) friedliche Koexistenz. Auf dem 3. Gipfel des China-Afrika-Kooperationsforums (*Forum on China-Africa Cooperation*, FOCAC) 2006 in Peking erklärte der chinesische Staatspräsident Hu Jintao dazu: „Aufrichtigkeit und Freundschaft sind die solide Grundlage der Beziehungen zwischen China und Afrika, Gleichheit ist der Garant für gegenseitiges Vertrauen. Beide Seiten respektieren den Entwicklungsweg und die Angelegenheiten der jeweils ande-

Übersetzung aus dem Englischen von Georg Danckwerts, Bonn.

¹ Vgl. das *Joint Statement of the Ninth EU-China Summit*, online: http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2006/september/tradoc_130360.pdf (12.7.2010).

² Vgl. Ministry of Foreign Affairs of the People's Republic of China, China's African Policy, online: www.fmprc.gov.cn/eng/zxxx/t230615.htm, (12.7.2010); Presseerklärung der chinesischen Botschaft in Berlin, online: <http://de.china-embassy.org/det/zygw/t231002.htm> (12.7.2010).

³ Aus Platzgründen kann an dieser Stelle keine Darstellung des Engagements der EU in Afrika stattfinden. Vgl. hierzu das Online-Dossier der bpb, online: www.bpb.de/themen/Q525HK,0,0,Afrika_und_Europa.html (31.8.2010).

⁴ Erstmals vorgestellt wurden diese Prinzipien vom damaligen Ministerpräsidenten Zhou Enlai während seines ersten Besuchs in Afrika 1964.

ren Seite.“¹⁵ Aufgrund ähnlicher historischer Erfahrungen mit dem Kolonialismus haben China und die Staaten Afrikas stets Sympathie füreinander gehegt, einander im Kampf für die nationale Befreiung unterstützt und einen freundschaftlichen Umgang miteinander gepflegt.

Durch die Verfolgung dieser Grundsätze gelang es China, viele „Herzen und Köpfe“ in den afrikanischen Staaten zu gewinnen. Denn im Gegensatz zu traditionellen „westlichen“ Geberländern, die als „Retter und Beschützer“ Afrikas auftraten, bestanden China und seine afrikanischen Partner auf Kooperation auf Augenhöhe: China stellte zwar Angebote für die Entwicklung Afrikas zur Verfügung, jedoch ohne dass die Beziehungen einem „Geber-Empfänger“-Prinzip folgten, in dem sich afrikanische Staaten unterlegen fühlten. Wichtigstes Merkmal war beispielsweise, dass die Angebote nicht konditioniert waren, was den afrikanischen Partnern größere Selbstständigkeit in der Umsetzung der Projekte verlieh. Da sie nicht an Vorgaben gebunden war, wirkte Chinas Hilfsleistung wesentlich attraktiver für diejenigen Afrikaner, die lange Erfahrung damit haben, nicht respektiert zu werden.

Erweiterung der chinesisch-afrikanischen Beziehungen: beiderseitiger Nutzen, Reziprozität und allgemeiner Wohlstand. Während des Kalten Krieges bezog sich „beiderseitiger Nutzen“ noch hauptsächlich auf Chinas Wunsch, von der afrikanischen Seite politische Unterstützung auf internationaler Ebene zu bekommen. Heute dagegen, mit verändertem innenpolitischen Kontext und der neuen internationalen Position Chinas, hat sich der Bedeutungsinhalt stark erweitert: Seit 1978, als China den Weg der Reform und der politischen Öffnung einschlug, ist wirtschaftliche Entwicklung zur Hauptaufgabe der chinesischen Gesellschaft geworden. Entsprechend wurden „beiderseitiger Nutzen, Gegenseitigkeit und allgemeiner Wohlstand“ zur zentralen Zielvorgabe für die Umgestaltung der Afrikapolitik Chinas, wobei sich „beiderseitiger Nutzen“ nunmehr weniger auf gegenseitige politische Unter-

stützung als vielmehr auf wirtschaftliche Zusammenarbeit bezieht.

Nach diesem Prinzip erkundete China verschiedene Wege, über reine Hilfslieferungen für Afrika hinaus nutzbringende Zusammenarbeit zu fördern, wie durch das Instrument der konzessionären Darlehen, welches die chinesische Regierung ab Mitte der 1990er Jahre einführte: Es wurden spezielle Geldmittel bereitgestellt, um Anreize für Investitionen chinesischer Firmen in Afrika zu schaffen. 2006 wurden weitere Maßnahmen zur Förderung von Handel und Investitionen in Afrika vorgestellt wie der China-Afrika-Entwicklungsfonds, Zollfreiheit und die Einrichtung von Sonderzonen für Überseehandel und wirtschaftliche Zusammenarbeit. Kurzum: Das Prinzip der Reziprozität bedeutet, dass China sich darum bemüht, neben der Verfolgung von Eigeninteressen auch das Streben der afrikanischen Staaten nach wirtschaftlicher Entwicklung und Nationenbildung zu unterstützen, auf dem Gebiet der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in verschiedenen Formen zusammenzuarbeiten und allgemeinen Wohlstand in China und Afrika zu fördern.

Verstärkt strategische Ausrichtung: Gegenseitige Unterstützung und enge Koordinierung. Gegenseitige Unterstützung und enge Koordinierung als Zielsetzung der Afrikapolitik Chinas bringt eine strategische Dimension in die bilateralen Beziehungen. Sie zeigt nicht nur die gewachsene Bedeutung des afrikanischen Kontinents in der Welt, sondern reflektiert auch die Tatsache, dass die chinesisch-afrikanischen Beziehungen heute weit über bilaterale Fragen hinausgehen. China als das größte aller Entwicklungsländer und Afrika als der Kontinent mit der größten Konzentration von Entwicklungsländern übernehmen immer wichtigere Rollen in der globalen Regierungsführung.

Wichtiger noch ist, dass der Wandel auch ein Spiegel der gemeinsamen Anliegen in der globalisierten Welt von heute ist. China und Afrika haben über ein halbes Jahrhundert ein hohes Maß an gegenseitigem Vertrauen aufgebaut, das für die heutige Zusammenarbeit in der globalisierten Welt eine solide Grundlage bildet. Darüber hinaus teilen China und die afrikanischen Staaten als „Entwicklungsländer“ die gleiche „Identität“ und stehen vor

¹⁵ Rede von Staatspräsident Hu Jintao bei der Eröffnungszereemonie des FOCAC-Gipfels in Peking, 2006, online: www.focac.org/eng/ltlda/dscbjhy/SP32009/t606840.htm (12. 7. 2010).

derselben Entwicklungsaufgabe, wenn auch mit verschiedenen Prioritäten. Angesichts gemeinsamer Herausforderungen wie Frieden und Entwicklung sprechen China und Afrika gewöhnlich eine gemeinsame „Sprache“. So sehen beide Seiten beispielsweise den Klimawandel zuerst einmal als ein Entwicklungsproblem an, das sie in ihrer Wirtschafts- und Industriepolitik einschränkt – und keine Vereinbarung zu diesem Thema sollte auf Kosten des Rechts der Entwicklungsländer auf Entwicklung gehen. Die gleiche gemeinsame Sprache findet sich auch für Themen wie die Strukturreformen in internationalen Institutionen (beispielsweise innerhalb der Vereinten Nationen, VN) und die Doha-Runde (Verhandlungen im Rahmen der Welthandelsorganisation zur Neustrukturierung des Welthandels). Die Realität zeigt aber auch, dass China und Afrika aufgrund verschiedener Prioritäten nicht notwendigerweise zu allen internationalen Fragen gemeinsame Positionen einnehmen – was wiederum die Bedeutung von enger Koordinierung hervorhebt.

Alles in allem bilden die genannten Prinzipien das Fundament der Afrikapolitik Chinas. Sie lenken die bilateralen Beziehungen in die Richtung einer neuen strategischen Partnerschaft, die *politisch* gegenseitiges Vertrauen, *wirtschaftlich* eine für beide Seiten Gewinn versprechende Kooperation und *kulturell* Austausch und gemeinsames Lernen bedeutet.

Chinas Engagement im Wandel

China ist in Afrika kein Neuankömmling. Bereits seit der Gründung der VR ist es dort vertreten. Beide Seiten verbinden politische Beziehungen, regelmäßige hochrangige Besuche und reger Austausch zwischen ihren Bevölkerungen. Heute genießen China und Afrika eine „Allwetterfreundschaft“. Rückblickend lässt sich das Engagement in drei Phasen einteilen:

1950er Jahre bis 1978: Aufbau von Freundschaft und Vertrauen. In dieser Phase wurde Chinas Afrikapolitik hauptsächlich vom internationalen Kontext geprägt. Damals sah sich China einer eher konfrontativen Politik der westlichen Staaten gegenüber und musste neuen diplomatischen Spielraum gewinnen, um auf internationaler Ebene als souve-

räner Staat seine Interessen durchsetzen zu können, während Afrika sich auf den Weg machte, Unabhängigkeit von Kolonialismus und Imperialismus zu erlangen. Beide Seiten standen vor gemeinsamen Aufgaben – Antikolonialismus, Antiimperialismus und Antihegemonialismus –, die gegenseitige Unterstützung erforderten. In jener Zeit sagte Tansanias Präsident Julius Kambarage Nyerere stets: „Die afrikanischen Staaten sind klein, schwach und arm und werden von den westlichen Staaten nicht respektiert. Nur vereint und mit der Unterstützung von Staaten wie China können wir unsere Rolle in der Welt aufwerten.“¹⁶ Zurückschauend können wir sagen, dass es in dieser Phase war, in welcher gegenseitiges Vertrauen aufgebaut und ein solides Fundament für die heutigen Beziehungen gelegt wurden. Diese Phase kennzeichnete sich durch folgende Merkmale:

- Gegenseitige politische Unterstützung war für beide Seiten das wichtigste Ziel: Sie wurde aufgrund der ähnlichen Vergangenheit als kolonisierte Länder und der gemeinsamen Aufgabe der nationalen „Wiedergeburt“ zum verbindenden Element. China unterstützte afrikanische Länder, die für ihre Unabhängigkeit kämpften, und Afrika unterstützte China in der Taiwan-Frage. Ein Höhepunkt war die Unterstützung, mit der Afrika der VR China im Jahr 1971 dazu verhalf, seinen Sitz in den VN zurückzuerlangen, den bis dahin die Republik China auf Taiwan inne hatte. Der damalige Vorsitzende der Kommunistischen Partei Chinas Mao Zedong wird heute noch oft zitiert mit den Worten: „Es waren afrikanische Freunde, die uns in die VN beförderten.“
- Wirtschaftshilfe galt als eine Maßnahme der Freundschaft: Angesichts der gemeinsamen Herausforderung, unterdrückten Völkern zur Unabhängigkeit zu verhelfen, stand China in der Pflicht, trotz des großen wirtschaftlichen Drucks im eigenen Land, Hilfe leisten zu müssen. Gegen Ende der 1970er Jahre erreichte Chinas Af-

¹⁶ Julius Kambarage Nyerere, South-South dialogue and development in Africa, in: Uhuru vom 23. 5. 1979. Zit. nach: Liu Hongwu, Thirty Years of Sino-African Relations: A Pivot in Reshaping the Structure of China's Relations with the Outside World, in: Chinese Academy of Social Sciences (CASS), Journal of World Economics and Politics, (2008) 11, S. 82.

rika-Hilfe einen Umfang von 2,476 Milliarden US-Dollar, die in 36 afrikanischen Staaten mehr als 200 Projekte finanzierten. Höhepunkt war der Bau der Eisenbahnverbindung zwischen Sambia und Tansania, die „Eisenbahn der Freiheit und Freundschaft“, deren Kosten von 455 Millionen US-Dollar eigentlich weit über den Möglichkeiten Chinas lagen.¹⁷

- „Bilaterale Freundschaft“ wurde zum Schlagwort der Afrikapolitik Chinas: Wegen seiner uneigennütigen Hilfe, besonders aber wegen der Leistungsfähigkeit der entsandten medizinischen Einsatzkräfte und anderer Entwicklungshelfer konnte sich China als Helfer in Afrika einen guten Namen machen.

Von 1978 bis 2000: Transformation der Beziehungen. Verglichen mit der ersten Phase wurden die Beziehungen in dieser Phase hauptsächlich von innenpolitischen Faktoren in China bestimmt. Seit 1978 begann das Land den Prozess der Reform und Öffnung. Wirtschaftliche Entwicklung zur zentralen nationalen Aufgabe und dementsprechend wandelte sich auch die Afrikapolitik Chinas von gegenseitiger politischer Unterstützung zu wirtschaftlicher Zusammenarbeit. Allgemein wird diese Phase weithin als *Transformationsphase* der chinesischen Außenbeziehungen angesehen.¹⁸ Die Transformation zeigte sich in folgenden Aspekten:

- Es gab eine Verschiebung der Schwerpunkte in der Afrikapolitik von Politik hin zu wirtschaftlicher Entwicklung: Der neue Ansatz wurde erstmals vorgestellt vom damaligen Premierminister Zhao Ziyang während seines Afrikabesuchs im Dezember 1982. Zhao stellte die vier Prinzipien (1) Gleichheit und beiderseitiger Nutzen, (2) Effektivität, (3) Vielfalt der Methoden und (4) gemeinsame Entwicklung vor. Dabei reflektierten Gleichheit und beider-

seitiger Nutzen die Kontinuität der chinesischen Afrikapolitik, die anderen drei Prinzipien waren neue Elemente. Das Prinzip der Effektivität kündigte den Wechsel von einer „Hilfe ohne Kostenkalkulation“ (im Sinne von eher punktuellen Hilfsleistungen) zu „nachhaltiger Hilfe“ an, und Vielfalt der Methoden bedeutete, das Verhältnis nicht mehr nur auf Hilfsleistungen zu gründen, sondern darüber hinaus auch die wirtschaftliche Zusammenarbeit auszubauen – zu beiderseitigem Nutzen, was sich im Prinzip der gemeinsamen Entwicklung widerspiegelte.

- Es kam zum Wechsel von hilfezentrierter wirtschaftlicher Kooperation (das heißt Wirtschaftsleistungen, die primär akute Missstände beheben sollten) zu einer für beide Seiten gewinnbringenden wirtschaftlichen Kooperation: Auf seinem eigenen Entwicklungsweg hatte China die Erfahrung gemacht, dass Hilfe von außen allein nicht zu Entwicklung führt. Daher erkundete man neue Wege, um mehr Geld und andere Ressourcen in die „durstigen“ afrikanischen Märkte fließen zu lassen. 1992 führte China eine sozialistische Marktwirtschaft ein. Drei Jahre darauf stellte es ein neues Finanzinstrument vor, konzessionäre Darlehen für chinesische Unternehmen. Die Kooperation hatte somit eine zweifache Intention: Auf chinesischer Seite wurde internationales Engagement chinesischer Firmen gefördert, auf afrikanischer Seite wurden finanzielle Lücken geschlossen, welche bis dahin Investitionen in die wirtschaftliche Infrastruktur verhindert. Daneben wurde der bilaterale Handel ausgebaut.
- Der Aufbau einer zukunftsorientierten mehrdimensionalen Partnerschaft wurde vorangetrieben: Obwohl der Schwerpunkt auf der wirtschaftlichen Kooperation lag, gestalteten sich die chinesisch-afrikanischen Beziehungen während der 1990er Jahre zunehmend umfassender und zukunftsorientierter. Seither hat China großen Wert auf politischen und kulturellen Austausch gelegt. So ist Afrika seit 1996 stets das erste Ziel von Auslandsreisen des chinesischen Außenministers gewesen. Und um afrikanischen Diplomaten China näher zu bringen, lädt die chinesische Regierung regelmäßig Vertreter der diplomatischen Korps zur Teilnahme an Symposien

¹⁷ Vgl. die Rede des Botschafters der Volksrepublik China in Südafrika Liu Guijin am South African Institute of International Affairs (SAIIA) am 25.10.2006 in Pretoria, online: <http://za.china-embassy.org/eng/dsxx/dshd/t277443.htm> (12.7.2010).

¹⁸ Vgl. Li Anshan, On the Adjustment and Transformation of China's African Policy, in: West Asia and Africa, (2006) 8, online: http://en.cnki.com.cn/Article_en/CJFDTotat-XYFZ200608001.htm (12.7.2007) (englische Zusammenfassung).

und zum Meinungs- und Erfahrungsaustausch über Entwicklungsthemen ein.

Von 2000 bis heute: strategische, umfassende und gereifte Beziehungen. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts lassen sich die bilateralen Beziehungen als gereift, strategisch und umfassend beschreiben. Nach über einem halben Jahrhundert sind sie in eine neue Phase eingetreten, die alle Ebenen und Themenbereiche einschließt. Zentrales Zeichen dieser gereiften Beziehungen sind die bewährten und institutionalisierten Instrumente des China-Afrika-Kooperationsforums (FOCAC), die eine effektive Plattform für eine routinierte Zusammenarbeit bieten. Weitere Kennzeichen dieser Phase sind folgende Wesensmerkmale:

- Die sich weiterentwickelnden chinesisch-afrikanischen Beziehungen gelten aus der Warte Chinas als strategische Partnerschaft im Rahmen der Süd-Süd-Beziehungen: Noch auf dem 1. FOCAC-Gipfel im Jahr 2000 in Peking wurde das Verhältnis als eine „langfristige und stabile Partnerschaft“ beschrieben;⁹ auf dem Gipfel von 2006 ging es einen Schritt weiter zur „strategischen Partnerschaft neuen Typs zwischen China und Afrika“.¹⁰ Stärkster Indikator für diesen Trend ist das steigende Handelsvolumen zwischen beiden Seiten: Während es im Jahr 1998 bei 5,5 Milliarden US-Dollar und im Jahr 2000 bei zehn Milliarden US-Dollar lag, waren es 2005 bereits knapp 40 Milliarden und einer jährlichen Steigerungsrate von 30 Prozent. Für die chinesische Wirtschaft sind die Rohstoffe aus Afrika überlebensnotwendig und afrikanische Märkte wichtige Absatzmärkte, während China zu einem bedeutenden Investor auf dem Kontinent aufgestiegen ist.
- Es findet eine rasante Ausdehnung der bilateralen Beziehungen statt, die alle Seiten, Ebenen und Sektoren einschließt: Neben einer Expansion in Handel und Wirtschaftsbereichen sowie einer zunehmenden Koordinierung der Positionen in der

Sicherheits- und internationalen Politik haben China und die afrikanischen Staaten sich dazu entschieden, auch ihre „Zusammenarbeit in Wirtschaft, Handel, Finanzen, Landwirtschaft, Gesundheitsfürsorge und Gesundheitswesen, Wissenschaft und Technologie, Kultur, Ausbildung, Entwicklung und Förderung des Arbeitskräftepotenzials, Transport, Umwelt, Tourismus und anderen Bereichen energisch weiter auszubauen“.¹¹ Das spiegelt sich im Anstieg der chinesischen Präsenz in Afrika wider.

- Ausgereifte Mechanismen garantieren langfristige und nachhaltige Beziehungen: Inzwischen haben sich die chinesisch-afrikanischen Beziehungen durch Kooperationsmechanismen auf verschiedenen Ebenen zu Routineabläufen entwickelt. Dazu gehören beispielsweise abwechselnd in China und Afrika stattfindende Ministertreffen alle drei Jahre und Treffen hochrangiger Funktionäre alle zwei Jahre. Außerdem wurden zwischen China und afrikanischen Staaten zur weiteren Regulierung der Zusammenarbeit zahlreiche bilaterale Vereinbarungen unterzeichnet.

Folgerungen für die chinesisch-europäische Zusammenarbeit in Afrika

Sowohl in den politischen als auch akademischen chinesisch-europäischen Debatten über Afrika herrscht Konsens darüber, dass beide Seiten im Hinblick auf Friedenssicherung, Sicherheit, nachhaltige Entwicklung und die Garantie des *ownership* der afrikanischen Staaten (das heißt ihrer Eigenverantwortung und Beteiligung an entwicklungspolitischen Entscheidungsprozessen) ähnliche Ansichten vertreten. Jedoch gibt es darüber, wie diese Ziele zu erreichen sind, nach wie vor Meinungsverschiedenheiten, die eine umfassende Zusammenarbeit zwischen China und der EU in Afrika blockieren. Europäische Kritik zielt vor allem auf die nicht konditionierte Hilfsleistung Chinas. Hinzu kommt, dass eine Reihe von Fehleinschätzungen und Vorurteilen über die Afrikapolitik der jeweils anderen Seite bestehen, die regelmäßig zu Misstrauen und Missverständnissen führen. Angesichts dessen ist es an der Zeit, die Ein-

⁹ Vgl. *Beijing Declaration of the Forum on China-Africa Cooperation* vom 12.10.2000, online: www.focac.org/eng/lttda/dyjbzjhy/DOC12009/t606796.htm (13.7.2010).

¹⁰ Vgl. *Declaration of the Beijing Summit of the Forum on China-Africa Cooperation* vom 5.11.2006, online: www.focac.org/eng/lttda/dscbzjhy/DOC32009/t606841.htm (13.7.2010).

¹¹ Ebd.

schätzung beiseite zu schieben, dass es hier primär um Systemkonkurrenz ginge, und sich auf die Gemeinsamkeiten zu konzentrieren.

Logik hinter der Afrikapolitik der jeweils anderen Seite verstehen: Die verschiedenen Ansätze in der Afrikapolitik der EU und Chinas widersprechen sich nicht notwendigerweise. Die Differenzen rühren von den jeweils unterschiedlichen Entwicklungsmodellen, Entwicklungsstufen und verschiedenen Erfahrungen in der Entwicklungshilfe in Afrika her. Allgemein gesprochen, ist die Politik Chinas als Entwicklungsland eher auf wirtschaftliche Entwicklung ausgerichtet, während die EU sich eher institutionellen Reformen und der Politik zuwendet. Beide sind sich jedoch darin einig, dass keine äußere Macht das Patentrezept für Afrikas Probleme besitzt, und dass Entwicklung niemals allein von außen bewirkt werden kann. Sowohl die EU als auch China bieten verschiedene Entwicklungsmodelle und Erfahrungen mit Entwicklung an, die für Afrika nutzbringend sein können.

Selbstkritik gegenüber der eigenen Afrikapolitik: Um dem Ziel der Entwicklung Afrikas besser zu dienen, müssen sowohl China als auch die EU einen selbstkritischeren Standpunkt gegenüber ihren jeweiligen Strategien für Afrika einnehmen. Beide Ansätze stehen kurzfristig und langfristig vor bestimmten Problemen. Für die europäischen Staaten bestehen die Herausforderungen in den Fragen, wie sie als ehemalige Kolonialherren ihr Image als ein Partner „auf Augenhöhe“ in Afrika wiederherstellen und wie sie ihre eigenen politischen Ziele mit den Erfordernissen für die wirtschaftliche Entwicklung Afrikas in Einklang bringen, das heißt sicherheits- und entwicklungspolitische Zielkonflikte auflösen können. Dabei muss über zwei Fragen ernsthaft nachgedacht werden: Warum ist für afrikanische Partner das Thema der Souveränität so wichtig? Warum kommt es zu so großen Missverständnissen, was die Umsetzung des *ownership*-Prinzips angeht: Wie kann es sein, dass die EU das Prinzip angewandt sieht, während viele afrikanische Partner sich bei den Entscheidungsprozessen im Rahmen der Hilfsprojekte nicht beteiligt beziehungsweise involviert fühlen?

Für China sind die wichtigsten Herausforderungen folgende: Chinesische Firmen sind

bekannt und werden geschätzt für ihre schnellen Lieferungen, was vor allem an der Arbeitseffizienz und -kapazität in chinesischen Betrieben liegt. Problematisch ist allerdings, dass kaum Kapazitäten vor Ort (das heißt in den afrikanischen Staaten) aufgebaut oder die lokalen Arbeitsmärkte gestützt werden und auch kaum Technologietransfer stattfindet. Wie können daher die verschiedenen chinesischen Akteure in Afrika am besten koordiniert werden, besonders was die Einhaltung von Sozial- und Umweltstandards anbetrifft? Und eine grundsätzliche Frage: Wie können Dialogmechanismen auf der Ebene der Afrikanischen Union und ihrer Mitgliedstaaten angestrebt werden, ohne das Prinzip der Nichteinmischung zu verletzen?

Pragmatische und flexible Kooperation

Ein Blick auf die Herausforderungen zeigt, dass beide, sowohl China als auch die EU, verschiedene Vorteile in ihrem Vorgehen, aber auch Erfahrungsschätze und Wissensbestände haben; diese könnten in institutionalisierten Austauschmechanismen systematisch zusammengeführt werden. Bei der Konzeption einer möglichen Zusammenarbeit müssen praktische, pragmatische und flexible Vorgehensweisen gefunden werden. Man könnte zunächst mit gemeinsamen Forschungsprogrammen beginnen, an denen Mitglieder aus China, der EU und Afrika beteiligt sind. Gemeinsame Forschung bietet außerdem die Gelegenheit, Defizite beim Fachwissen zu überbrücken und durch mögliche Feldstudien zu umfassenden und ausgewogenen Beurteilungen der jeweils anderen Strategie zu gelangen. Zweitens würde ein wichtiger Ansatz zur Förderung des Erfahrungsaustauschs darin bestehen, dass auf der Ebene der Politikgestaltung Möglichkeiten zur Einrichtung von Austauschprogrammen für die Funktionäre aus involvierten Fachbereichen geprüft werden. Drittens sollte, sobald ein bilateraler oder multilateraler Rahmen geschaffen ist, praktische Zusammenarbeit in weniger umstrittenen Bereichen wie Gesundheit und Arbeitskräftequalifizierung beginnen. Jede Art von Erfahrungsaustausch muss jedoch unter den Prinzipien von Vielfältigkeit, gleicher Augenhöhe und gegenseitigem Respekt stattfinden.

APuZ

Nächste Ausgabe

40/2010 · 4. Oktober 2010

Intellektuelle

Károly Méhés

Die Intellektuellen und Europa

Dietz Bering

„Intellektueller“: Schimpfwort, Diskursbegriff, Grabmal?

Barbara Vinken

Die Intellektuelle: gestern, heute, morgen

Dorothea Wildenburg

Sartres „heilige Monster“

Friedrich Wilhelm Graf

Propheten moderner Art?

Hauke Brunkhorst

Die Macht der Intellektuellen

Herausgegeben von
der Bundeszentrale
für politische Bildung
Adenauerallee 86
53113 Bonn



Redaktion

Dr. Hans-Georg Golz
Dr. Asiye Öztürk
(verantwortlich für diese Ausgabe)
Johannes Piepenbrink
Anne Seibring (Volontärin)
Telefon: (02 28) 9 95 15-0
www.bpb.de/apuz
apuz@bpb.de

Redaktionsschluss dieses Heftes:
17. September 2010

Druck

Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
Frankenallee 71–81
60327 Frankfurt am Main

Satz

le-tex publishing services GmbH
Weißensefelder Straße 84
04229 Leipzig

Abonnementservice

Aus Politik und Zeitgeschichte wird
mit der Wochenzeitung **Das Parlament**
ausgeliefert.

Jahresabonnement 34,90 Euro; für Schüle-
rinnen und Schüler, Studierende, Auszubil-
dende (Nachweis erforderlich) 19,00 Euro.
Im Ausland zzgl. Versandkosten.

Vertriebsabteilung **Das Parlament**
Societäts-Verlag
Frankenallee 71–81
60327 Frankfurt am Main
Telefon (069) 7501 4253
Telefax (069) 7501 4502
parlament@fsd.de

Nachbestellungen

IBRo
Kastanienweg 1
18184 Roggentin
Telefax (038204) 66 273
bpb@ibro.de
Nachbestellungen werden bis 20 kg mit
4,60 Euro berechnet.

Die Veröffentlichungen
in **Aus Politik und Zeitgeschichte**
stellen keine Meinungsäußerung
der Herausgeberin dar; sie dienen
der Unterrichtung und Urteilsbildung.

ISSN 0479-611 X

Thomas Heberer

3–9 Chinas zivilgesellschaftliche Entwicklung

Eine funktionierende Zivilgesellschaft braucht „Bürger“. Der chinesische Staat versucht Bürgersinn und -moral als zentrale Charakteristika von Bürgern zu schaffen. Er erweist sich hierin als Entwicklungsagentur.

Tobias ten Brink

9–15 Chinas neuer Kapitalismus: Wachstum ohne Ende?

Wer die Wachstumsraten der chinesischen Wirtschaft verstehen will, muss sich mit den Besonderheiten dieses Systems auseinandersetzen. Dabei werden Entwicklungsdynamiken und Widersprüche sichtbar, die den weiteren Erfolg behindern können.

Anja-Désirée Senz

15–22 Nationale Minderheiten zwischen Anpassung und Autonomie

China ist ein multiethnischer Staat mit offiziell 56 ethnischen Gruppen. Seine Nationalitätenpolitik setzt auf kulturelle Anpassung. Doch haben sich im Zuge der Reform- und Öffnungspolitik für die Minderheiten neue Freiräume ergeben.

Gerhard Paul

22–29 Geschichte des Mao-Porträts und seiner globalen Rezeption

Das Mao-Porträt zählt zu den am meisten reproduzierten Herrscherbildern. Als Kultobjekt der internationalen Studentenbewegung und Gegenstand der zeitgenössischen Kunst trug es zur globalen Mythologisierung Maos bei.

Marcus Hernig

29–33 Zur Aktualität chinesischer Mythen

Ausgehend vom Begriff des Mythos als kollektive Aussage stellt der Beitrag zwei bedeutende Mythen Chinas vor, die eng miteinander verknüpft sind: den Mythos vom „Reich der Mitte“ und den Mythos des „Chinesischen Traums“.

Heinrich Kreft

35–40 Chinas Aufstieg – eine Herausforderung für den „Westen“

Der Aufstieg Chinas führt zu einer Machtverschiebung vom euro-atlantischen Raum nach Asien mit China als neuem Machtzentrum. Auf diesen Wettbewerb muss sich der „Westen“ politisch und ökonomisch besser einstellen.

Jin Ling

41–46 Chinesisch-europäische Zusammenarbeit in Afrika?

Chinas Präsenz in Afrika wird in der EU mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Trotz unterschiedlicher Ansätze entwickeln sich Potenziale für eine chinesisch-europäische Kooperation auf Augenhöhe mit den afrikanischen Partnern.